



Plenarprotokoll

111. Sitzung

Mittwoch, 17. Februar 2016

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Karl Otto Meyer	9256	Lars Harms [SSW], zur Geschäftsordnung.....	9259
Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Max Werner Detlefsen	9257	Beschluss: Absetzung des Tagesordnungspunktes 26, Drucksache 18/3846.....	9259
Gesetz zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister	9257	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Persönliche Erklärung.....	9260
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3846		Gemeinsame Beratung	
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	9257	a) Ablehnung Asylpaket II	9261
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	9257	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3836	
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	9258, 9260		

b) Verantwortung wahrnehmen - Asylpakete I und II unterstützen und umsetzen	9261	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/3817 und des Berichts Drucksache 18/3715 an den Bildungsausschuss, den Bericht zur abschließenden Beratung.....	9299
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3837			
Angelika Beer [PIRATEN].....	9261, 9278	Cannabis legalisieren - Konsumenten entkriminalisieren	9299
Daniel Günther [CDU].....	9264, 9282		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9266, 9279	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3844	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9269	Drogenpolitik braucht Prävention, Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten und entschiedene Verfolgung des Drogenhandels	9299
Wolfgang Kubicki [FDP].....	9272, 9280		
Lars Harms [SSW].....	9275	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3878	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9278	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9299
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	9283	Hans Hinrich Neve [CDU].....	9301
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3636 und 18/3837 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	9285	Peter Eichstädt [SPD].....	9302
Gemeinsame Beratung		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9303
a) Chancen für eine erfolgreiche Integration verbessern - Unterrichtsangebote für Asylbewerber und Flüchtlinge ausbauen ...	9286	Anita Klahn [FDP].....	9304
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3817		Lars Harms [SSW].....	9306
b) Bericht zur Integration von Flüchtlingskindern ins Schulsystem	9286	Torge Schmidt [PIRATEN].....	9307
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3715		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	9308
Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	9286	Dr. Heiner Garg [FDP].....	9308
Anita Klahn [FDP].....	9288	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	9309
Astrid Damerow [CDU].....	9289	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	9310
Kai Vogel [SPD].....	9291	Dr. Heiner Garg [FDP], zur Geschäftsordnung.....	9311
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9292	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3844 in namentlicher Abstimmung	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	9294	2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/3878 in geänderter Fassung.....	9311
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9295	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (WohlföGSH)	9311
Martin Habersaat [SPD].....	9296		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9297	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/3809	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9298		

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 18/3877

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 9311, 9312
Wolfgang Baasch [SPD]..... 9313
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9314
Anita Klahn [FDP]..... 9314
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 9316
Lars Harms [SSW]..... 9317
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 9318
Kristin Alheit, Ministerin für So-
ziales, Gesundheit, Wissen-
schaft und Gleichstellung..... 9319

Beschluss: Überweisung des Gesetz-
entwurfs Drucksache 18/3809 und
des Änderungsantrags Drucksache
18/3877 federführend an den So-
zialausschuss und mitberatend an
den Finanzausschuss..... 9321

**Europäische Dimension der Juri-
stenausbildung** 9321

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3736

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 9321
Barbara Ostmeier [CDU]..... 9322
Thomas Rother [SPD]..... 9323
Burkhard Peters [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9323
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 9323
Lars Harms [SSW]..... 9324
Anke Spoorendonk, Ministerin für
Justiz, Kultur und Europa..... 9324

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 18/3736..... 9325

Gemeinsame Beratung

**a) Landwirte in wirtschaftlich
schwieriger Zeit unterstützen** 9325

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3816

**b) Der Marktmacht des Lebens-
mitteleinzelhandels begegnen -
Dumpingpreise verhindern -
Gründung einer Vermarktungs-
plattform vorantreiben** 9325

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3848

Heiner Rickers [CDU]..... 9325, 9335
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]..... 9327
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 9328
Oliver Kumbartzky [FDP]..... 9329
Angelika Beer [PIRATEN]..... 9331
Lars Harms [SSW]..... 9332
Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume.. 9333
Beschluss: Ablehnung der Anträge
Drucksachen 18/3816 und
18/3848..... 9337

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Heike Franzen und Christopher Vogt. Wir wünschen ihnen beiden gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen ist Frau Ministerin Monika Heinold beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Im Alter von 87 Jahren ist am 7. Februar 2016 unser früherer Abgeordneterkollege **Karl Otto Meyer** verstorben. Er gehörte diesem Haus von 1971 bis 1996 an. In dieser Zeit war er Mitglied im Landesausschuss, in der begleitenden Verfassungskommission, in zahlreichen Untersuchungsausschüssen sowie im Sonderausschuss „Verfassungs- und Parlamentsreform“.

Karl Otto Meyer wurde 1928 in Sünderup geboren. Nach seiner Schulzeit wurde er - mit nur 16 Jahren - zur damaligen deutschen Wehrmacht eingezogen, um Kriegsdienst zu leisten; ein Dienst, der den ethischen und demokratischen Prinzipien Karl Otto Meyers zutiefst widersprach. Er entschied sich deshalb für den mutigen Schritt, aus der Wehrmacht zu desertieren und sich 1945 dem dänischen Widerstand anzuschließen. Der Tag der Befreiung von der NS-Herrschaft eröffnete Karl Otto Meyer sowohl berufliche Perspektiven als auch die Möglichkeit, sich für die dänische Minderheit im Nachkriegsdeutschland einzusetzen. Beides ging Hand in Hand: Sowohl als Lehrer an dänischen Schulen, vor allem in Schafflund, wo Karl Otto Meyer Wurzeln schlug, als auch in seiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Chefredakteur vom „Flensburg Avis“ verband er Beruf und politische Berufung.

Er widmete sich allen seinen Aufgaben als eine zutiefst politische Persönlichkeit, der es immer um die Nähe zu den Menschen und um die Nähe zu seiner heimatlichen Region Südschleswig ging. Sein Weg ins Landeshaus begann deshalb bereits in frühen Jahren in der Kommunalpolitik, denn als Karl Otto Meyer 1971 das erste Mal als Abgeordneter in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einzog, konnte

er bereits auf langjährige kommunalpolitische Erfahrungen zurückblicken: Von 1959 bis 1974 war er Gemeinderatsmitglied in Schafflund und von 1959 bis 1971 SSW-Kreistagsabgeordneter im damaligen Kreis Flensburg-Land.

Auch und gerade in seiner Partei, dem Südschleswigschen Wählerverband, hat sich Karl Otto Meyer schon früh engagiert. Fünfzehn Jahre lang, von 1960 bis 1975, war er Landesvorsitzender, dazu seit 1965 auch Mitglied des Beratenden Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesinnenministerium.

Karl Otto Meyer überblickte annähernd 60 Jahre deutsch-dänische Grenzlandpolitik. Er kannte ihre Tiefpunkte mit deutscher Besetzung, Grenzkampf und Diskriminierung aus eigenem Erleben, und er gestaltete ihre Höhepunkte bis in die jüngste Zeit aus diesen Erfahrungen heraus aktiv mit. Seine Verdienste um die Annäherung zwischen Deutschen, Dänen und Friesen im Grenzland und seine Verdienste um das Bemühen um eine volle Gleichstellung und Gleichberechtigung der dänischen Minderheit sind außerordentlich.

Karl Otto Meyer hat sich als ein bedeutender Bürger unseres Landes hervorgetan. Der „bedeutende Däne mit dem deutschen Pass“, wie „Flensburg Avis“ ihn jüngst nannte, war ein überzeugter Europäer und zugleich ein mit seiner Heimat tief verwurzelter Mensch. Für ihn war das Engagement für „seine“ Minderheit niemals ein Widerspruch zur verantwortungsvollen und fruchtbaren politischen und gesellschaftlichen Arbeit für alle Menschen in Schleswig-Holstein.

Karl Otto Meyer hat Spuren hinterlassen, die immer dann besonders sichtbar wurden, wenn das große Versöhnungswerk im deutsch-dänischen Grenzland, an dem er maßgeblich mitgewirkt hat, Rückschritte zu machen drohte. Mit Karl Otto Meyer verlieren der SSW, die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe, aber auch ganz Schleswig-Holstein einen engagierten, geradlinigen, standfesten und streitbaren Fürsprecher, Bürger und politischen Gestalter.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt Anteil an der Trauer der Familie Meyer, und es ist mir ein besonderes Anliegen, hier in diesem Kreise persönlich Ihnen, lieber Flemming Meyer, mein tiefes Beileid und unser aller großes Mitgefühl auszusprechen.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Karl Otto Meyer in tiefer Dankbarkeit und Re-

(Präsident Klaus Schlie)

spekt. Wir haben - lassen Sie es mich so sagen - einen Leuchtturm verloren, der in diesem Land Orientierung wie nur wenige andere geboten und die jüngere Geschichte Schleswig-Holsteins geprägt hat.

Meine Damen und Herren, wir erinnern uns heute auch an den ehemaligen Abgeordneten **Max Werner Detlefsen**, der am 8. Februar 2016 im Alter von 88 Jahren verstarb. Der selbstständige Landwirt aus Lindaunis gehörte dem Landtag als direkt gewähltes Mitglied von 1983 bis 1987 an. Er wirkte hier vor allem als Mitglied des Wirtschaftsausschusses, des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport sowie des Untersuchungsausschusses „Deponie Schönberg“.

Max Werner Detlefsen trat 1957 in die CDU ein und übernahm schon bald kommunalpolitische Verantwortung als Kreistagsabgeordneter, als Amtsvorsteher des Amtes Süderbrarup von 1970 bis 1983 und als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Boren.

Darüber hinaus engagierte sich Max Werner Detlefsen in vielfacher Hinsicht auch ehrenamtlich, so im Kreisbauernverband Schleswig, dessen Vorsitzender er von 1969 bis 1993 war, im Landeshauptausschuss des Landesbauernverbandes Schleswig Holstein oder im Delegiertenausschuss des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes, dem Max Werner Detlefsen ebenfalls vorstand, von 1984 bis 1992.

Wir erinnern uns in Respekt und Dankbarkeit an Max Werner Detlefsen, der eine geradlinige, zupackende und durch und durch bodenständige Persönlichkeit war. Für seine Verdienste um unser Land wurde Max Werner Detlefsen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille geehrt. Seinen Angehörigen spreche ich im Namen des ganzen Hauses unsere Anteilnahme aus.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unsere verstorbenen Kollegen Karl Otto Meyer und Max Werner Detlefsen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren unserer Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 7, 9, 17, 18, 23, 27, 30 bis 39, 42, 43, 48 und 50 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abge-

setzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 10, 12, 25, 40, 44, 47 und 49.

Seitens der SPD-Fraktion ist angekündigt worden, dass es einen Antrag zur Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 26 gibt:

Gesetz zur Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3846

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 26 von der Tagesordnung abzusetzen. Wir haben hier im Parlament Regeln, eine Geschäftsordnung und parlamentarische Gepflogenheiten. Dazu zählt auch, dass alle Gesetzentwürfe, auch die der PIRATEN, zur weiteren Behandlung in die Ausschüsse überwiesen werden. Das trifft auch auf diesen Gesetzentwurf zu.

Dass die PIRATEN darauf offenbar keinen Wert legen, ist interessant, könnte uns auch einiges an Lebenszeit sparen. Trotzdem möchten wir gern an diesem Verfahren festhalten. Herr des Verfahrens ist im Moment der Innen- und Rechtsausschuss, der wird sich auch weiter damit befassen.

Im Moment laufen zu diesem Gesetzentwurf ganz konkret Gespräche, weil wir versuchen wollen, über die Fraktionen hinweg zu einer möglichst breiten Einigung zu kommen. Das dauert naturgemäß etwas länger, als es braucht, um einen Gesetzentwurf von ein oder zwei PIRATEN zu formulieren. Unser Ziel ist es nicht, hier irgendetwas zu verschleppen. Die Legislaturperiode dauert bis 2017. Wir werden bis dahin nicht die Arbeit einstellen. Von daher möchten wir, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt wird.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist schon außergewöhn-

(Dr. Patrick Breyer)

lich, um nicht zu sagen einzigartig, dass gegen den Willen einer antragstellenden Fraktion ein Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Deswegen erlauben Sie mir ein paar Worte zur Begründung, was eigentlich diese Änderung der Tagesordnung, die Sie beantragen, bedeuten würde.

Mit Ihrem Antrag begnügen Sie sich ja gerade nicht mehr damit, die Entscheidung über unseren Gesetzentwurf zur Einführung von Karenzzeiten weiter zu verschleppen, sondern Sie wollen mit Ihrem Tagesordnungsantrag verhindern, dass wir über diese Entscheidungsblockade in diesem Landtag überhaupt sprechen dürfen. Das heißt, Sie wollen uns nicht einmal 5 Minuten Redezeit zugestehen, damit wir hier begründen können, warum wir eine Abstimmung des Landtags über unseren Gesetzentwurf beantragen, Frau Herdejürgen, wohlgemerkt, über unseren Gesetzentwurf. Was Sie mit Ihrem machen, ist Ihre Entscheidung.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Mit dem Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung wollen Sie per **Mehrheitsbeschluss** festlegen, mit welchen **Themen** sich dieser **Landtag** überhaupt noch befassen darf.

Die Absetzung unseres Antrags, Herr Kubicki, würde mit der langjährigen Tradition unseres Hauses brechen, dass hier auch die Minderheit das Recht hat, ihr wichtige und dringende Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zurufe)

Und es ist dringend, dass es der Wirtschaft endlich unmöglich gemacht wird, die zuständigen Minister mit lukrativen Posten aus ihrem Amt herauszukaufen. Gerade deswegen verlieren doch die Menschen das Vertrauen in unsere Demokratie, weil so etwas möglich ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Absetzung schafft einen Präzedenzfall dafür,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Quatsch!)

dass die Mehrheit über unsere Agenda hier entscheidet, dass also die Koalition eine Themenhoheit in diesem Haus beansprucht. Wir sollten es zu diesem Präzedenzfall nicht kommen lassen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sehr verehrte Damen und Herren von der Koalition, auch Sie werden in diesem Haus mal wieder in der Minderheit sein. Wollen Sie wirklich mit dieser guten Tradition brechen, dass doch jeder hier im Haus

Anträge stellen und begründen darf, nur um fünf Minuten einzusparen?

(Zurufe)

Gerade aus Ihren Reihen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden doch genau solche Anträge gestellt: Ausschussüberweisung aufheben, Abstimmung in der Sache. Sie haben solche Anträge in der Vergangenheit auch schon gestellt. Damals jedoch ist darüber beraten worden.

Warum wollen Sie jetzt eigentlich um jeden Preis verhindern, dass unser Gesetzentwurf zur Einführung von Karenzzeiten hier auch nur zur Sprache kommt, Herr Dr. Stegner? Haben Sie denn solche Angst vor unserem Vorwurf,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

dass Sie mit solchen Verfahrenstricks versuchen, eine unbequeme Reforminitiative zu verschleppen?

Ja, Sie haben die Macht über die Agenda unseres Hauses. Aber nein, wenn Sie klug sind, sollten Sie als Demokraten von dieser Macht keinen Gebrauch machen.

Wie Sie über unseren Antrag abstimmen, ist Ihre Entscheidung. Aber verhindern Sie bitte nicht, dass er überhaupt debattiert und abgestimmt wird. Belassen Sie unseren Antrag auf der Tagesordnung, und stellen Sie sich der Debatte.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, man darf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer so nicht stehenlassen, weil sie schlicht und ergreifend eine Verkennung der Umstände beinhalten.

(Beifall FDP und SPD)

Herr Dr. Breyer, die Geschäftsordnung des Landtags sieht genau dieses Verfahren vor, und diejenigen, die sich momentan nicht an die **Geschäftsordnung** des Landtages halten wollen, sind die PIRATEN.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist in diesem Haus üblich, dass man Gesetzentwürfe in der ersten Lesung einbringt. Darüber ist

(Wolfgang Kubicki)

debattiert worden. Es ist in diesem Haus üblich und auch so vorgesehen, dass sie in den Ausschüssen behandelt werden und aus den Ausschüssen zurückkommen. Sie wollen momentan, dass dieses Verfahren aufgehoben und in das Gegenteil verkehrt wird, nämlich die Abstimmung im Plenum.

Dass Sie sich momentan als verfolgte Minderheit gerieren wollen, leuchtet mir ein bei der Größenordnung der Werte in den Meinungsumfragen, die Sie haben. Aber es rechtfertigt nicht, dass der Landtag seine Prozesse, die er lang und breit in seiner Geschäftsordnung niedergelegt hat und die sich bewährt haben, Ihretwegen ändert.

Deswegen sage ich noch einmal: Auch wir sind **Minderheit**, auch wir akzeptieren, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass man Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung absetzen kann. Das geschieht durch dieses Haus, von Ihnen abgesehen, wahrscheinlich einstimmig. Sie werden sehen, dass Sie mit Ihrem Verfahrensvorschlag scheitern und dass Ihre Behauptung, die Sie in den Raum stellen, schon wieder unterdrückt zu werden, wenn es darum geht, dass ein entsprechender Gesetzentwurf auf den Weg kommt, falsch ist. Die Zusagen von allen Beteiligten stehen ja. Sie werden sehen, dass sich der Landtag mit einem entsprechenden Gesetzentwurf in der zweiten Lesung beschäftigen und diesen noch vor Ende der Legislaturperiode verabschieden wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Geschäftsordnungsbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Geschäftsordnungsfrage hat sich der Kollege Kubicki ja schon entsprechend geäußert. Dem kann man selbstverständlich nur zustimmen.

Ich möchte aber noch einige andere Dinge dazu sagen, lieber Kollege Breyer, weil ich glaube, dass Sie da wirklich auf einem ganz falschen Weg sind. Es geht nicht darum, dass man in irgendeiner Art und Weise einen Gesetzentwurf ausbremsen will. Vielmehr ist das der Versuch - lieber Kollege Breyer, das mag Ihnen vielleicht nicht so liegen, aber bei uns ist das so -, eine Frage, die sowohl Abgeordnete als auch Regierungsmitglieder angeht, parteiübergreifend in diesem Parlament gemeinsam zu lösen,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit eine Koalitionsmehrheit nichts durchdrückt, sondern sie den Kontakt zur Opposition sucht, um so eine Regelung zu finden. Ich finde, das ist allerhöchstes parlamentarisches Niveau, das Sie jedoch gerade mit Ihrem Antrag unterlaufen, lieber Kollege.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Das ist an sich schon ein Problem. Ich finde, wir sollten uns immer an die Geschäftsordnung halten, die wir im Übrigen immer im Einvernehmen beschließen. Dies gilt sowohl für Regierungs- als auch für Oppositionsfraktionen.

Lieber Kollege Breyer, denken wir das Ganze doch einmal zu Ende. Wenn das, was Sie jetzt hier vorschlagen, Schule macht, wenn also die Behandlung in einem Ausschuss per Antrag abgebrochen wird, wenn eine Diskussion und eine Meinungsfindung unterbrochen werden, dann will ich Sie einmal sehen, wenn eine Regierung das mithilfe ihrer Mehrheit machen würde. Das wäre eine Katastrophe. Das wäre ein Unterlaufen von Demokratie. Ein Unterlaufen von Demokratie ist mit uns hier im Haus aber nicht zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, weise ich darauf hin, dass nach § 51 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung der Landtag mit einfacher Stimmenmehrheit einen Gegenstand von der Tagesordnung absetzen kann und dieser abgesetzte Antrag nach § 51 Absatz 4 in der nächsten oder der darauf folgenden Landtagstagung zu behandeln ist.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 26 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Bei Gegenstimmen der Fraktion der PIRATEN ist dieser Absetzungsantrag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Dr. Breyer hat angekündigt, das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung zu erbitten. Nach § 55 Absatz 2 der Geschäftsordnung kann ei-

(Präsident Klaus Schlie)

nem Abgeordneten auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu einer persönlichen Erklärung erteilt werden. In diesem Fall muss der Inhalt der persönlichen Erklärung nicht mit der Beratung eines bestimmten Tagesordnungspunktes in Verbindung stehen. Die persönliche Erklärung ist insofern thematisch nicht begrenzt. Sie soll sich auf Angelegenheiten beziehen, die für die Arbeit des Abgeordneten von Bedeutung sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da mir Herr Abgeordneter Dr. Breyer vor der Sitzung mitgeteilt hat, dass sich seine persönliche Erklärung auf diesen Punkt und die soeben durchgeführte Abstimmung bezieht, habe ich darauf verzichtet, von ihm zu verlangen, mir seine persönliche Erklärung schriftlich vorzulegen.

Herr Dr. Breyer, Sie haben gleich das Wort für eine dreiminütige Erklärung. Zuvor gibt es aber noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. - Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich nehme zum zweiten Mal zur Kenntnis, dass der Abgeordnete Breyer einen Rucksack mit ans Pult nimmt. Ich bitte darum, darauf zu verzichten, weil ich mich etwas unwohl fühle bei der Tatsache, dass er dauernd mit einem Rucksack an das Rednerpult tritt.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für den Hinweis, Herr Abgeordneter Kubicki.

Ich habe das schon bei der ersten Geschäftsordnungswortmeldung des Abgeordneten Dr. Breyer bemerkt. Ich dachte, dass das irgendeine physischen Gründe hätte. Da der Rucksack jetzt aber abgestellt wird, ist das soweit in Ordnung, denke ich. Manchmal ist es aber notwendig, dass man seine Bewegungsabläufe unterstützt.

Das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat jetzt der Abgeordnete Dr. Breyer. Denken Sie an die Dreiminutenregelung.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich erklären, dass ich persönlich enttäuscht darüber bin, dass Sie sich heute nicht der Debatte dar-

über stellen, warum Sie Ihren Ministern bis heute Drehtürwechsel direkt in die Wirtschaft gestatten.

Sie haben über ein Jahr lang Zeit gehabt, sich im Innen- und Rechtsausschuss zu überlegen, ob Sie zu unserem Gesetzentwurf Ja oder Nein sagen wollen. Trotzdem lehnen Sie es ab, sich zu unserem Gesetzentwurf zu positionieren. Was Sie verhandeln, was Sie machen, ist völlig unbenommen. Uns ist es aber ein Anliegen, dass unsere Initiativen nicht dauernd „zwangsvertagt“ werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich habe im Vorfeld persönlich abgeklärt, dass der Antrag, den wir gestellt haben, nämlich auf Abstimmung in der Sache, in Ordnung ist - das sagt der Wissenschaftliche Dienst - und dass er Praxis dieses Parlaments ist. Das gab es in der Vergangenheit von Ihrer Seite auch schon.

Ich darf nun schon einige Jahre Mitglied dieses Parlaments sein und hätte mir nach den guten Traditionen dieses Landtags wirklich erhofft, dass Sie es aushalten, wenn wir auch Ihnen unbequeme Anliegen vorbringen. Andererseits war aber auch damit zu rechnen, wenn Sie schon in den Ausschüssen immer wieder verhindern, dass Reforminitiativen von uns zur Abstimmung gestellt werden, dass Sie bereit sind, auch eine Aussprache darüber im Landtag zu verhindern.

(Zurufe SPD)

- Das betrifft die Ausschüsse, in denen ich persönlich Mitglied bin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD, Grünen und SSW, Ihre Vogel-Strauß-Politik des jahrelangen Kopf-in-den-Sand-Steckens vor unbequemen Reformen ist nicht nur rekordverdächtig, sie ist sogar preiswürdig. Deswegen darf ich Ihnen im Namen der Piratenfraktion einen „Vogel-Strauß-Preis“ für außerordentliche Leistungen bei der Verschleppung wichtiger Reformen in unserem Land verleihen. - Herzlichen Glückwunsch! Sie haben diesen Preis redlich verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Birte Pauls [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung - und nach der verfahren wir - -

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] legt ein Stofftier auf den Tisch vor Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Präsident Klaus Schlie)

- Sehr geehrter Herr Dr. Breyer, bitte hören Sie zu, was ich Ihnen sage. Bitte nehmen Sie dieses Stofftier wieder mit auf Ihren Platz.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist kein Kasperletheater hier!)

Ich bitte Sie sehr eindringlich darum, das zu machen. Ich bitte Sie sehr eindringlich! Herr Dr. Breyer, bitte nehmen Sie dieses Stofftier und legen es auf Ihren Platz, und zwar so, dass wir es nicht sehen! Die Würde des Hauses erfordert das. Ich bitte Sie, diese zu wahren.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] entfernt das Stofftier vom Tisch vor Dr. Ralf Stegner [SPD] - Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich erteile Ihnen wegen Ihres Verhaltens einen Ordnungsruf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch, den Satz zu Ende zu bringen, was die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Breyer im Rahmen seiner persönlichen Erklärung angeht. Unsere Geschäftsordnung legt fest, dass persönliche Erklärungen insoweit thematisch nicht begrenzt sind. Deswegen habe ich nicht eingegriffen, was die Inhalte angeht.

Meine Damen und Herren, ich setze meine Ausführung fort und teile mit, dass folgende Tagesordnungspunkte zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind: 6 und 13, Gesetz zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und Antrag zum Krankenhausbau; 14 und 28, Anträge zur Unterstützung der Landwirte und zur Begegnung der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels; 15 und 45, Integration von Flüchtlingskindern ins Schulsystem; und 20 und 21, Anträge zum Asylpaket I und II.

Anträge zu einer Aktuellen Stunde oder zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 40. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler der Jacob-Struve-Gemeinschaftsschule aus der Ge-

meinde Horst bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Im Rahmen der Eröffnung unserer heutigen Sitzung gibt es noch einen erfreulichen Hinweis außerhalb der Tagesordnung. Ich gratuliere im Namen des Hauses unserem Kollegen Daniel Günther und natürlich auch seiner lieben Frau zur Geburt der Tochter Frieda. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Alles Gute für die Zukunft! Dass es eine Tochter ist, freut uns ganz besonders.

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich freue mich, dass Sie meine Freude teilen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 21 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Ablehnung Asylpaket II**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3836

b) Verantwortung wahrnehmen - Asylpakete I und II unterstützen und umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3837

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird folgendermaßen verfahren: die Fraktion der PIRATEN zu a), dann die Fraktion der CDU zu b), dann die Fraktionen nach Stärke, anschließend die Landesregierung. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Abgeordneten Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor der größten **humanitären Herausforderung** seit Jahrzehnten. Und: Wenn die Bemühungen der letzten Tage, einen Waffenstillstand und humanitäre Hilfe für die Menschen in Syrien durchzusetzen, scheitern sollten, dann wird diese Herausforderung noch wachsen.

Wie sollte verantwortungsvolle, demokratische Politik darauf reagieren? Vielleicht so, wie es uns viele Ehrenamtliche, Bürgerinitiativen und Kommunen landauf, landab vormachen: unaufgeregt, besonnen,

(Angelika Beer)

überaus hilfsbereit, vollkommen uneigennützig - und natürlich verantwortungsvoll.

Doch was passiert in der Realität? Diejenigen, die im Bund und im Land in der Verantwortung stehen, einen tragfähigen **gesellschaftlichen Konsens** für die nächsten Jahrzehnte zu erreichen, um nicht nur das Überleben der Flüchtlinge, sondern auch deren Integration zu gewährleisten, leisten sich verbale Schlammschlachten. Sie richten den Schwerpunkt ihrer Aktivität darauf, das Grundrecht auf Asyl noch weiter auszuhöhlen.

Das hat zumindest drei schwerwiegende Folgen: Erstens. Die Menschen in unserem Land, die sich engagieren und die helfen wollen, werden verunsichert. Zweitens. Die Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten, die nichts anderes tun als zu versuchen, ihr Leben zu retten, werden durch immer neue Zäune und Mauern in und um Europa herum auf immer gefährlichere Fluchtwege getrieben. Drittens. Der von fast allen politischen Parteien immer lauter werdende Ruf nach Gesetzesverschärfungen, Sanktionen, Abschiebungen und vielem mehr ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten.

Wir PIRATEN wollen und werden uns an diesem unwürdigen Kanon der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge nicht beteiligen.

(Beifall PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen haben wir hier in diesem Haus darüber debattiert, welche Maßnahmen wir treffen können, um eine Willkommens- und Bleiberechtskultur zu gestalten. Wir PIRATEN haben schon damals davor gewarnt, dass unsere Landesregierung, nachdem sie bereits bei dem **Asylpaket I** Grundsätze unserer gemeinsamen humanitären Politik über Bord geworfen hat, möglicherweise auch den Rest an Solidarität aufkündigt. Genau dies droht nun zu passieren, obwohl Menschenrechtsorganisationen, der Flüchtlingsrat, Pro Asyl, das Deutsche Institut für Menschenrechte und viele andere an Landesregierung, Landtagsabgeordnete und Bundestagsabgeordnete appelliert haben, dem **Asylpaket II** und dem Gesetzentwurf zu den „sicheren Maghreb-Staaten“ nicht zuzustimmen.

Dennoch konnten wir am 30. Januar 2016 der Presse entnehmen, dass Sie, Herr Ministerpräsident Albig, einer erneuten Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer im Bundesrat zustimmen möchten. Fast zeitgleich, auf dem Kleinen Parteitag der schleswig-holsteinischen Grünen, wurde beschlossen, dass das Asylpaket II nicht mitgetragen

wird. Der Beschluss der Landes-Grünen führt so starke Argumente gegen das Asylpaket II auf, dass wir ihn fast wörtlich als Begründung für unseren heutigen Antrag „Ablehnung Asylpaket II“ übernommen haben.

(Beifall PIRATEN)

Dies war insbesondere deswegen angezeigt, weil der stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Robert Habeck, sich in ersten öffentlichen Stellungnahmen zum Asylpaket II vollkommen unklar äußerte. Liebe Kollegen und Kolleginnen, man nennt das auch „Herumgeeiere“, um sich alle Optionen für eine Regierungsbeteiligung nach der nächsten Bundestagswahl offenzuhalten.

Verehrte Kollegen, da möchte mensch schon meinen, erleichtert sein zu können, wenn man am vergangenen Sonntag Luise Amtsberg, grüne Bundestagsabgeordnete, im Radio hörte, die zutreffend feststellte, dass das Asylpaket II innovationsfeindlich sei und dass für den Fall, dass eine Mehrheit des Bundesrates - mit dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann - für die Ausweitung der Regelung zu den sicheren Herkunftsländern auf die Maghreb-Staaten stimme, zu überlegen sei, wegen Verstoßes gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Klage zu erheben. Wir können Luise Amtsberg nur zustimmen und hoffen, dass die Mehrheit der grünen Partei ihren Kurs mitträgt.

Zweifel daran sind allerdings berechtigt. Im aktuellen „Spiegel“ meldet sich der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit der Aussage zu Wort, um mehr Menschen als bisher abzuweisen, müssten die EU-Außengrenzen durch einen Zaun und durch bewaffnete Grenzer gesichert werden. An die Gegner einer solchen, wirklich unverantwortlichen Verschärfung der Flüchtlingspolitik richtete er die Worte - ich zitiere -, es seien „nicht die Zeiten für Pippi-Langstrumpf- oder Ponyhof-Politik.“

Palmer? Petry? - Das hat sich ja nicht einmal Seehofer getraut! Nicht einmal er hat diesen Positionswechsel zustande gebracht, obwohl er dauernd versucht, die Koalition in Berlin zu spalten. Ja, liebe Grüne, ich weiß: Sie hören das nicht gern. Ich verstehe auch die Unruhe.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Unruhe? - Lars Winter [SPD]: Wie sieht denn bei Ihnen Ruhe aus, wenn das Unruhe ist? - Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Angelika Beer)

Aber die Angriffe von Seehofer auf die Kanzlerin und seine Äußerungen zum Unrechtsstaat ordne ich einer unerträglichen, aber durchaus bekannten Rhetorik der CSU zu, die schon immer, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, versucht, den rechten Rand in Bayern in die eigene Partei einzubinden. Dass sich grüne Spitzenpolitiker einer solchen Sprache bedienen, ist nicht nur neu, sondern auch Verrat an dem Gründungsgedanken der Grünen.

Aber zurück nach Schleswig-Holstein! Herr Albig, Sie wollen also am liebsten zustimmen? Wissen Sie, was die **Aussetzung** des **Familiennachzugs** und die **Einführung** der **Einzelfallprüfung** schon jetzt zur Folge haben? Seit Mai 2015 sind in Schleswig-Holstein 267 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verschwunden. Die meisten von ihnen sind aus Syrien, Afghanistan und Eritrea zu uns gekommen. Sie bleiben nicht in Schleswig-Holstein, nicht in Deutschland; denn der Familiennachzug bleibt auch nach dem Kompromiss zum Asylpaket II - der ein Kompromiss nur zur Gesichtswahrung von Gabriel ist, der es in der entscheidenden Sitzung im Kanzleramt selbst verbockt hat - für unbegleitete Jugendliche mit subsidiärem Schutz eingeschränkt. Ausnahmen gibt es nur nach einer Einzelfallprüfung, und das in einer Zeit, in der das BAMF bei der Bearbeitung der Asylanträge immer noch kein Licht am Ende des Tunnels sieht. Ist das Ihre humanitäre Willkommenskultur? Ihre Zustimmung zum Asylpaket II wird möglicherweise dazu führen, dass noch mehr **unbegleitete Jugendliche** einfach verschwinden.

Herr Ministerpräsident, ich rate Ihnen dringend: Folgen Sie Ihrer Sozialministerin Kristin Alheit. Gegenüber „dpa“ sagte sie am 14. Februar 2016, dass sie eine Einschränkung des Familiennachzugs bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ablehne. Als Familienministerin könne sie grundsätzlich nicht befürworten, dass Familien aus Bürgerkriegsgebieten auseinandergerissen werden.

Frau Ministerin Alheit, wir PIRATEN stimmen Ihnen in diesem Punkt uneingeschränkt zu.

(Beifall PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, als Sie der ersten Asylrechtsverschärfung, dem Paket I, zustimmten - und damit auch den verschärften Bedingungen für Abschiebungen, nämlich ohne Vorankündigung in einer Nacht- und Nebel-Aktion -, versprachen Sie noch, Abschiebungen in Schleswig-Holstein würden nur

in Würde stattfinden. Sie haben es schön geredet. Wir wissen heute, wie die Praxis aussieht.

Am 12. Februar 2016 titelten die „Kieler Nachrichten“: „Familie taucht plötzlich unter“. Konkret ging es um die gescheiterte Abschiebung einer sechsköpfigen syrischen Familie nach Bulgarien, obwohl das Verwaltungsgericht im Saarland Anfang Februar 2016 Abschiebungen sowohl nach Bulgarien als auch nach Ungarn untersagt hatte, weil dort menschenunwürdige Zustände herrschten. Aber wir in Schleswig-Holstein ignorieren das einfach. Insgesamt zwölf Polizeibeamte wurden eingesetzt, auch Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Es war ein 96-stündiger Einsatz - vergebens! Denn die Familie konnte, nachdem sie nach Boostedt gebracht worden war, eine andere Obhut finden; das hoffe ich jedenfalls.

Wir machen uns Sorgen um diese Familie und um mögliche andere Familien. Vielleicht sind es Einzelfälle. Aber jeder einzelne Mensch ist ein Schicksal und braucht unsere Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - ich spreche insbesondere den Kollegen Neve von der CDU an -, ich kann Ihre Äußerung zu dem Vorfall, es gehe um den Rechtsstaat und nicht um Sympathie, nur mit absolutem Unverständnis quittieren.

Sie sagten ferner, das Land habe es nicht geschafft, die Syrer am Untertauchen zu hindern, weil Boostedt seine Türen weit offen lasse. Was wollen Sie denn? Wollen Sie alle kasernierten Flüchtlinge einsperren? Vielleicht wollen Sie sogar Polizeischutz beantragen, damit sich diese nicht bewegen können? Ist es Ihre Art, die Flüchtlinge mit Mauern einzuzäunen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen auf den Antrag der CDU nicht ein. Er ist konträr zu unserem; es ist klar, dass wir ihn ablehnen. Wir beantragen eine Abstimmung in der Sache und sind gespannt, ob die Grünen im Sinne ihres Parteitagbeschlusses hier beschließen oder sich - à la Palmer - dagegen richten.

Ich appelliere an alle, gerade im Hinblick auf die Kanzlererklärung heute Nachmittag und den EU-Gipfel morgen: Folgen Sie nicht weiter dem Irrglauben der AfD und anderen Stimmen abjagen zu können, indem Sie das Grundrecht auf Asyl immer weiter schleifen.

Die Mitverantwortung für die Zukunft der Flüchtlinge, für ihr Leben oder für ihren Tod, muss ein jeder mittragen, der versucht, Grenzen aufzubauen, die nicht mehr zu überwinden sind.

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich danke Ihnen für Ihre - zum Teil auch widerwillige - Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort für die CDU-Fraktion erhält ihr Fraktionsvorsitzender und der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns liegen zwei Anträge vor. Liebe Fraktion der PIRATEN, wie es gute Sitte und Brauch in unserer Geschäftsordnung ist, berät der Schleswig-Holsteinische Landtag natürlich über die zwei gestellten Anträge. Das mag Sie überraschen; aber das gehört zu den guten demokratischen Gepflogenheiten.

Frau Kollegin Beer, bei aller Sympathie:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Sympathie?)

- Ich wollte es höflich verpacken.

(Heiterkeit)

Sie sagen uns, wir hätten Ihnen nicht zugehört. Über diese Aussage habe ich mich mindestens genauso gewundert wie über Ihre Formulierung, unser Antrag würde das Gegenteil von dem bedeuten, was die PIRATEN sagen, und Sie wollten sich deswegen unserem Antrag mit keinem Wort widmen. Ich frage mich wirklich: Was für ein Demokratieverständnis haben Sie eigentlich, Frau Beer?

(Beifall CDU und SPD)

Natürlich haben wir Ihren Ausführungen zugehört. Wir halten diese nicht für richtig, aber trotzdem setzen wir uns hier in der Sache auseinander.

Wir setzen uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum wiederholten Male mit der Flüchtlingspolitik und dem Asylpaket II auseinander. Mit Blick auf die Debatte, die wir morgen zum Thema „Rechtspopulismus“ führen, zu seinen Auswirkungen und zu seinem Erstarken, sollten wir uns in die-

sen Bereichen auch immer wieder selbst vor Augen führen, dass insbesondere **Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik**, dass Kompromisse, die man vielleicht machen und auch umsetzen muss, ein ganz großes Mittel sind, um wieder Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Wir müssen nicht immer nur auf Umfrageergebnisse gucken. Aber schauen Sie sich an, was passiert ist, als in der Großen Koalition endlich und kurzzeitig Einigkeit über das Asylpaket II hergestellt war.

(Heiterkeit Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich sage das so deutlich, weil jeder sich an seine eigene Nase fassen muss, nicht nur diejenigen, die immer wieder die nächsten Verschärfungen fordern. Das gilt insbesondere auch für diejenigen, die plötzlich, nachdem solche Kompromisse gefunden worden sind, das Paket am Ende wieder aufschnüren. Das ist genau der falsche Weg. Deswegen hat die Bevölkerung die Sorge, ob wir die Probleme in unserem Land gelöst bekommen.

(Beifall CDU und SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Ja, genau!)

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen sehr klar: Die CDU-Fraktion hat sehr begrüßt, dass Sie nach dem **Gipfel** in unmissverständlicher Klarheit deutlich gemacht haben, dass Schleswig-Holstein dem Asylpaket II hinsichtlich der Erklärung zu sicheren Herkunftsstaaten zustimmen wird. Sie haben gleich nach dem Gipfel ein starkes Signal ausgesandt. Das haben wir uns gewünscht. Das war genau richtig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU)

Aber bei den Debatten, die wir führen, hilft es uns nicht weiter. Bei dem Thema muss man bestimmte Dinge sensibel ansprechen und verkaufen. Ich finde, es hilft uns nicht weiter, wenn wir in dieser Debatte anderen vorwerfen, dass man mit Überzeichnungen und Unwahrheiten argumentiere.

Sie, Herr Ministerpräsident, sagen bei jedem Neujahrsempfang und jetzt auch in öffentlichen Erklärungen in Schleswig-Holstein immer wieder, **99 % der Menschen**, die hierhin kommen, **flüchteten vor Krieg und Verfolgung**. Und Sie wissen, dass das nicht stimmt.

Ich frage mich: Warum machen Sie so etwas? Wir haben doch tolle Argumente. Wir wollen die Bevölkerung davon überzeugen, dass es richtig ist. Aber die Bevölkerung mag es nicht, wenn wir ihr etwas

(Daniel Günther)

vorgaukeln, was schlicht und ergreifend nicht stimmt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU)

Ich möchte, dass Sie das heute hier richtigstellen oder uns Zahlen, die Ihre Aussagen belegen, vorlegen.

Genauso handelt die Landesregierung. Sie kalkuliert mit 27.000 Flüchtlingen in diesem Jahr; die Zahl richtet sich nach den bundesweiten Zahlen. Wir alle miteinander versuchen, den Menschen deutlich zu machen, dass wir wollen, dass die Zahl der Menschen, die zu uns kommt, begrenzt wird. Wir wollen, dass die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, auch Wirkung haben. Wir versuchen, das auf allen Veranstaltungen zu dokumentieren. Wir glauben, dass das, was auf Bundesebene verhandelt wird, was auf europäischer Ebene verhandelt wird, zu spürbaren Entlastungen bei uns führen wird.

Was, Herr Ministerpräsident, macht das für einen Eindruck auf die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, wenn Sie im gleichen Atemzug - während wir den Menschen sagen, wir wollen, dass die Zahlen reduziert werden - sagen, in diesem Jahr kämen nicht 50.000 Flüchtlinge, sondern 70.000 Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein? Was für einen Eindruck macht das auf die Bevölkerung, wenn Sie mit diesen haltlosen **Zahlen**, die sich durch nichts belegen lassen, die Bevölkerung verunsichern, Herr Ministerpräsident?

(Beifall CDU)

Frau von Kalben, ich gehören zu den Vielen hier im Haus, die sich im Moment über die CSU ziemlich ärgern. Ich halte es nicht für sonderlich hilfreich, wenn die CSU der Bevölkerung über Scheinlösungen schnelle Hilfestellungen zusichert, die überhaupt nicht durchsetzbar sind, Stichwort - wir brauchen nicht darüber zu reden -: Festlegung einer **Obergrenze**. Ich halte das für wenig glaubhaft, weil das aus meiner Sicht Populismus ist. Man sagt den Leuten: „Wir würden das so und so machen“, aber am Ende machen wir überhaupt nichts.

Ich sage Ihnen aber auch: Ich finde das, was Sie machen, mindestens genauso populistisch. Sie beschließen nämlich auf Ihrem grünen Parteitag in Schleswig-Holstein letztlich, dass Sie den **Zuzug** - Sie sprechen nicht von „Begrenzung“; das passt nicht zu Ihnen - nach Schleswig-Holstein durch schnellere Maßnahmen begrenzen wollen. Die SPD macht genau das Gleiche. Man überbietet sich gegenseitig mit markigen Formulierungen, dass die Anzahl der Flüchtlinge reduziert werden solle. Aber

was für ein Populismus ist es, wenn man glaubt, damit auf Wählerfang zu gehen, aber sich vor der Verantwortung drückt, wenn Maßnahmen zu einer Begrenzung des Zuzugs führen würden. Ich halte das für noch viel falscher als das, was die CSU in unserem Land macht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich weiß, dass es für jede einzelne Maßnahme ein Für und Wider gibt. Bei jeder einzelnen Maßnahme kann hinterfragt werden, was diese bringt und wie viel schneller die Verfahren würden, wenn Herkunftsländer als sicher gälten.

Vergleichen Sie diese Verfahren mit denen hinsichtlich von Flüchtlingen aus den Ländern, die wir als sichere Herkunftsländer bezeichnen. Nur 1 % der Flüchtlinge, die nach Schleswig-Holstein kommen, kommt aus den sicheren Balkanstaaten. Daran sehen Sie doch, dass die Festlegung von **sicheren Herkunftsländern** etwas bewirkt hat. Schauen Sie sich das Verfahren zu Menschen aus dem Senegal an. Schauen Sie sich das Verfahren zu Menschen aus Ghana an. Obwohl diese beiden Staaten als sichere Herkunftsländer gelten, sind die Zahlen mit Blick auf die Schutzquoten höher als bei Flüchtlingen aus den Ländern, die wir jetzt als sicher erklären wollen.

Ihre Argumente, dass es in diesen Ländern natürlich Verfolgung gebe - wer bestreitet das denn? -, sprechen nicht gegen die Festlegung von Ländern als sicherer Herkunftsstaat. Jedem, der individuell betroffen ist - ob aus Gründen der Homosexualität, was Sie immer wieder anprangern, oder anderen Gründen -, steht es frei, in Deutschland Asyl zu beantragen. Das hat doch überhaupt nichts damit zu tun, dass Staaten als sichere Herkunftsländer gelten. Vielmehr soll durch diese Erklärung das Asylverfahren beschleunigt werden. Das ist doch der Grund, warum das Asylpaket II beschlossen werden soll.

(Beifall CDU)

Es hilft uns überhaupt nicht weiter, wenn diese Regierungskoalition als einziges verbindendes Element hat, dass sie sich immer einig ist, wenn es darum geht, hier im Land Geld auszugeben. Da kann man die Uhr nach stellen. Da sind sich plötzlich immer alle einig. Genauso einig sind Sie sich immer, wenn es bei diesen Verhandlungen darum geht, Geld von Bund zu erhalten. Schleswig-Holstein stimmt - das ist immer der einzige Punkt, bei dem Schleswig-Holstein das tut - immer sofort zu, wenn es darum geht, in diesem Bereich mehr Geld zu er-

(Daniel Günther)

halten. Aber bei den einzelnen Maßnahmen ziehen Sie sich aus der Verantwortung.

Sie haben bis heute nicht einmal das **Asylpaket I** durchgesetzt. Wir reden über Asylpaket II, und Asylpaket I in Schleswig-Holstein ist nicht umgesetzt. Das wissen Sie alle miteinander.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Machen Sie sich endlich an die Arbeit! Wenn Sie so etwas umsetzen, dann haben Sie wieder Vertrauen in der Bevölkerung.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man gibt ja die Hoffnung nicht auf. Deswegen, Herr Ministerpräsident, will ich zum Ende auf das zurückkommen, was ich am Anfang gesagt habe.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben Zustimmung für Schleswig-Holstein zugesichert. Stellen Sie sich einmal auf Bundesebene vor, Angela Merkel, unsere Bundeskanzlerin, verhandelt jetzt beim EU-Gipfel, kommt dort mit Ergebnissen zurück nach Deutschland und sagt: So und so wird das gemacht, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder gibt danach ein Interview und sagt: Ja, Frau Merkel, da haben Sie gut verhandelt, aber die Bundesregierung wird dem nicht zustimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Würde Kauder nie tun! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist der Unterschied. Deshalb ist er auch ein Guter!)

Wenn er das machen würde, wüsste ich, was Frau Merkel da machen würde.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihn einen Kopf kürzer! - Beifall CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie würde die Vertrauensfrage stellen!)

Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Sie würde das tun, was die Bevölkerung hier auch in Schleswig-Holstein von ihrem Ministerpräsidenten erwartet, nämlich, dass man dem Land Schleswig-Holstein nicht nur als Ministerpräsident ein Gesicht gibt, sondern dass man diesem Land auch Richtung und Führung gibt. Herr Ministerpräsident, Sie haben nachher noch die Chance, für die Landesregierung hier zu reden. Zeigen Sie dem Kollegen Stegner heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag einmal, wer das Heft des Handelns in der Hand hat.

(Beifall CDU und FDP)

Auf der Seite werden Sie Unterstützung für Ihre Position bekommen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlings- und Integrationspolitik bleibt eine unserer **schwierigsten Herausforderungen**. Wir beschäftigen uns damit seit Monaten fast täglich, und immer wieder werden auch neue Maßnahmen notwendig, beschlossen und umgesetzt.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Manchmal werden Beschlüsse aber auch übereilt und unnötig gefasst.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Begleitet wird all dies von sehr schwierigen internationalen Aufgaben. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, den Staaten bei den Flüchtlingslagern helfen, und - in diesen Tagen zeigt sich, wie schwer das ist - eine europäische Lösung anstreben. Ich füge hinzu: schwierig, aber notwendig, denn alleine wird Deutschland das nicht schaffen können.

Aus Sicht der SPD stehen wir in Deutschland vor drei konkreten Aufgaben: Erstens. Wir müssen den Auftrag des Grundgesetzes und des Völkerrechts umsetzen und politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Asyl beziehungsweise Schutz gewähren.

Zweitens. Wir müssen die Aufnahmeverfahren so ordnen, dass wir allen Menschen gerecht werden können und handlungsfähig bleiben.

Drittens. Vor allem aber müssen wir die Menschen, die bei uns Schutz suchen, integrieren und dabei unsere Gesellschaft zusammenhalten. Das ist unsere Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Als Maßstab für unser Handeln steht die **Humanität** weiterhin unverrückbar fest. Das individuelle Verfassungsrecht auf Asyl und die Würde des Menschen sind und bleiben für uns unantastbar. Wir wissen, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Nie-

(Dr. Ralf Stegner)

mand beschönigt das. Aber wir müssen Antworten finden, die den eben dargelegten Grundsätzen auch entsprechen, keine Scheinantworten, nur weil dies einer öffentlichen Stimmungslage entsprechen möge.

Die **Asylpakete I und II**, über die wir heute diskutieren, enthalten viele wichtige Bausteine und eine komplexe Antwort. Die **Verhandlungen der Großen Koalition** in Berlin waren kompliziert und langwierig, und es liegt in der Natur der Sache eines solchen Kompromisses, dass nicht jeder mit dem Ergebnis zufrieden sein kann. Wie sollte es auch anders sein, wenn dem Koalitionspartner CSU kein Vorstoß zu populistisch ist und die CSU einerseits die Staatspartei gibt, andererseits mit Ultimativen und Verfassungsklage den Ankläger der eigenen Regierung mimt. Wir hatten eine Einigung im November 2015, die wurde als dringlich beschrieben, dann von der CSU wochenlang boykottiert und nach dem politischen Kälteschock der Silvesternacht in Köln nachverhandelt.

Die Positionen der Parteien gehen bei diesem Thema weit auseinander. Zwei Beispiele haben wir eben erlebt. Die einen lehnen die Beschlüsse ab und würden nichts davon umsetzen, die anderen feiern das Ergebnis und finden jedes Detail problemlos umsetzbar. Es gibt aber auch eine Sichtweise, die sehr viel differenzierter und auch notwendig ist. Diese Position der Mitte nehme ich heute ein.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte daran erinnern, dass die Große Koalition im Bund schon mit dem **Asylpaket I** einiges geregelt hat. Sachleistungen werden - sofern mit vertretbarem Verwaltungsaufwand realisierbar - Geldleistungen vorgezogen. Leistungen für Ausreisepflichtige werden gekürzt. Am wichtigsten war aber, dass wir durchsetzen konnten - dass Sie sich darüber lustig machen, Herr Kollege Günther, spricht Bände -, dass der Bund endlich seiner Verantwortung bei der Finanzierung der Aufgabe strukturell, dauerhaft und dynamisch nachkommt. Das haben wir durchgesetzt, übrigens gegen Ihren Widerstand. Da haben Sie uns gar nicht unterstützt, in dieser Frage.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Bund unterstützt bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, dem sozialen Wohnungsbau, öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel auf. Untätig war die Bundesregie-

rung nicht. Sie hat einerseits Dinge verschärft, gleichzeitig aber auch neue Wege zur Integration eröffnet. Das größte Problem ist und bleibt aber: Die Menschen müssen schneller wissen, ob sie bleiben können oder nicht. Die Kommunen wollen wissen, wen sie integrieren können und sollen. Die Asylverfahren in Deutschland müssen also besser gesteuert und geordnet, vor allem aber endlich beschleunigt werden. Die Voraussetzungen dafür sind längst geschaffen worden, auch für die Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten kommen. Es überrascht schon, dass es uns in Schleswig-Holstein gelingt, die Menschen tagesaktuell zu registrieren und die Verfahren zu ordnen, aber Herr de Maizière immer noch keine Registrierungsstellen eingerichtet und die Verfahren immer noch nicht beschleunigt hat. Die Menschen warten monatelang auf einen Anhörungstermin, und es passiert nichts.

Beim **Datenabgleich** sind die Beschlüsse immer noch nicht umgesetzt. Das ist unser zentrales Problem, und das ist ein handfester Skandal, Herr Kollege Günther, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Sie sollten also nicht die Landesregierung kritisieren, sondern Ihrem Parteifreund de Maizière einmal Druck machen, statt hier parteipolitisch zu polemisieren. Die Kommunen und die integrationswilligen Menschen würden Ihnen das danken.

(Lachen CDU)

Die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat dagegen ihren Job gemacht. Sie hat Vorschläge zur Unterbringung schutzbedürftiger Personen gemacht. Sie hat ein KfW-Förderprogramm zur Schaffung und zum Umbau von Flüchtlingsunterkünften für Frauen und Kinder vorgelegt, die Kooperation mit der UNICEF zur Beratung und Unterstützung von Flüchtlingsunterkünften und für Angebote von Folteropferzentren mit Fokus auf Gewalt gegen Frauen. Das hilft Menschen konkret, und nicht die Sprüche zu anderen Dingen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Malu Dreyer und die vier sozialdemokratischen Bundesministerinnen haben vor Monaten ein überzeugendes **Integrationskonzept** vorgelegt: Unterstützung für die Schulen, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Weiterqualifizierung, Schaffung von Wohnraum, aber auch in so grundlegenden Fragen wie gemeinsamen Grundwerten und Integration, gerade auch in Fragen der Gleichberechtigung und der se-

(Dr. Ralf Stegner)

xuellen Selbstbestimmung. Wir müssen diese Integration entschlossen vorantreiben und auch finanzieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Notwendigkeit dieser Zeit.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmen Sie nun zu oder nicht?)

Ihre populistischen Forderungen - Abschottung, Abschreckung, Abschiebung - lösen kein einziges Problem. Die Opposition erträumt sich eine Welt, wie sie ihr gefällt. Fangen Sie einmal an, eine Politik zu machen, die pragmatische Lösungen für bestehende Herausforderungen auch wirklich anbietet. Wer allein auf Stimmungsmache setzt, macht noch keine Politik.

Herr Kollege Günther, weil Sie es hier gesagt haben: Da braucht es gar nicht den Kauder. Ohne die SPD in der Bundesregierung hätte die Bundeskanzlerin doch schon längst das Handtuch werfen können, was die Europapolitik und ihre Flüchtlingspolitik angeht, um das einmal klar zu sagen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer solche Freunde wie Herrn Seehofer hat, der braucht keine Feinde mehr. Das ist doch ganz eindeutig so.

Es gibt Maßnahmen, die falsch sind, weil sie das Gegenteil von Integration sind. Dazu zählt die ursprüngliche Schnapsidee der Union, den Mindestlohn für Flüchtlinge abzusenken und für deutsche Niedrigverdiener eine neue Dumpingkonkurrenz zu schaffen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch!)

Diese brandgefährliche Idee haben wir Ihnen zum Glück über das Wochenende ausgedet. Die AfD hätten sich doch die Hände gerieben, wenn Sie das durchgesetzt hätten!

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Lars Harms [SSW])

Falsch, um das auch deutlich zu sagen, ist allerdings auch die Aussetzung des Familiennachzugs. Die Möglichkeit, per Einzelfallprüfung davon abzuweichen, ist nur ein kleiner Trost. Ich frage mich schon, Herr Kollege Günther, auch an einem solchen Tag, wie es mit einem christlichen Menschenbild vereinbar ist, wenn einem 9-jährigen Kind die Zusammenführung mit seinen Eltern verweigert werden soll. Das frage ich Sie wirklich sehr ernsthaft, was daran christlich oder sozial sein soll.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nichts davon ist es.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, lieber Kollege Dr. Stegner, ich habe nur eine Frage: Bei den wunderbaren Leistungen der SPD der Bundesregierung, die Sie gerade aufgezählt haben, haben Sie eine Erklärung dafür, warum der SPD nicht die Herzen der Menschen in Deutschland zufliegen, sondern - im Gegenteil - sich die Menschen von der SPD abwenden?

- Herr Kollege Kubicki, ich finde, das ist eine sehr passende Nachfrage von jemandem, der dem Deutschen Bundestag mit seiner Partei gar nicht angehört.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir kommen wieder, und Sie gehen demnächst!)

Wir geben uns große Mühe, schwierige Fragestellungen, wirklich schwierige Fragestellungen hier miteinander zu erörtern. Das ist nicht spaßig. Das sind schwierige Dinge, die man lösen muss. Ich finde, insofern ist die Frage, die Sie gestellt haben, vielleicht nicht ganz dem Ernst der Debatte angemessen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich war beim christlichen Menschenbild und beim Familiennachzug. Das sollten Sie mir noch einmal erläutern, Herr Kollege Günther, was daran christlich ist und warum es eigentlich falsch ist, darüber kontrovers zu diskutieren. Ich sage Ihnen: In der Welt von „Abschiebe-TV Schleswig-Holstein“ bringt so etwas sicher Einschaltquoten, falsch ist es trotzdem.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Ich bin schon ein wenig überrascht, wie leicht sich die Union das mit den **sicheren Herkunftsstaaten** macht. Marokko, Algerien und Tunesien sollen so eingestuft werden. Wir reden über 5 % der Flüchtlinge, die zu uns kommen; darüber geht der ganze Streit.

(Dr. Ralf Stegner)

Sie haben recht: Albanien, Kosovo und Montenegro wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, aber erst nachdem Schleswig-Holstein mit der Küstenkoalition darauf bestanden hat, dass die Menschen Arbeitsmarktperspektiven bekommen, dass wir etwas gegen die Diskriminierung der Roma tun, so dass sie nicht den falschen Weg sicher abgelehnter Asylanträge wählen müssen, sondern einen vernünftigen Weg haben. Das haben wir durchgesetzt, nicht Sie. Also rühmen Sie sich nicht mit fremden Federn! Das ist der Punkt, um den es eigentlich geht.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich war kürzlich beim Landesverband der Sinti und Roma, bei Matthäus Weiß. Der hat mir geschildert, was es bedeutet für Menschen, die aus Staaten kommen, in denen sie verfolgt werden, in denen Homosexuelle diskriminiert werden. Reden Sie einmal mit betroffenen Leuten! Machen Sie es sich nicht so einfach, die Leute hier einfach anzumachen, sondern reden Sie einmal mit den Menschen! Dann wüssten Sie, dass man dazu differenzierter Stellung nehmen muss.

Nein, wir geben unser Problembewusstsein vor **Abstimmungen** im **Bundesrat** nicht ab. Ich habe vor Wochen und Monaten gesagt: Ich gehe davon aus, dass sich Schleswig-Holstein vermutlich der Stimme enthalten wird. Herr Kollege Günther, wie stimmt eigentlich das CDU-geführte Hessen, und wie sieht es mit Bayern aus? Warum verweigern die Diskussionen mit Herrn Kretschmann über die Inhalte des Pakets? Das hat doch nichts mit Politik zu tun, das ist doch reine Parteitaktik! Kommen Sie uns hier also nicht mit solchen Scheinheiligkeiten!

Wir erleben hier regelmäßig, wie uns Regierungspolitiker mit peinlichen öffentlichen Auftritten vor alpiner Kulisse beglücken. Mal will Herr Scheuer grundlegende Menschenrechte wie die Unschuldsvermutung abschaffen, wenig später halluziniert Herr Seehofer nach Gesprächen mit den Herren Orban und Putin über eine Herrschaft des Unrechts in unserer Bundesrepublik. Dazu fällt einem wirklich nichts mehr ein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit der Wirklichkeit in diesem Land hat das nichts zu tun.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist mit Sigmar Gabriel?)

Ich sage Ihnen, was demgegenüber unser Ministerpräsident tut: Der sorgt dafür, dass der Wohnungsbau intensiv gefördert wird. Der sorgt dafür, dass wir etwas für die Infrastruktur tun, bei Sprachförde-

rung, Integrationskursen, Bildung, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt. Was für ein Glück, dass dieses Land einen Ministerpräsidenten hat, der Haltung bewahrt und gleichzeitig pragmatische Lösungen für die Menschen vorantreibt. Das ist ein ganz großer Unterschied zu dem Seehofer, den ich gerade genannt habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Dass wir es uns bei diesem Thema nicht leichtmachen, finde ich mehr als in Ordnung, denn es ist eine schwierige Herausforderung. Wir würden der Sache nicht gerecht, wenn wir das mit leichten, falschen, schnellen Antworten versehen oder auf Schalter hinweisen, die es gar nicht gibt.

Unsere Aufgabe ist eine andere. Wir halten das Land zusammen, wir machen Politik für alle Menschen, für die, die kommen, und für die, die hier leben. Wir wollen eine Flüchtlingspolitik, wie es Johannes Rau einmal formuliert hat, ohne Angst und Träumerei. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder liegt uns ein **Asyl-Paket** vor, wobei ich mich frage: Ist das eigentlich ein Asyl-Paket oder ist das ein „Wir müssen mal wieder Handlung zeigen“- oder „Wir wollen die AfD zurückhalten“-Paket? Denn von Asyl ist in dem Paket nicht viel zu sehen.

Ich habe Verständnis dafür, dass Politik jetzt zeigen muss, dass sie das Heft des Handelns in der Hand hat. Das ist ein wichtiger Punkt; das müssen wir zeigen; wir sind diejenigen, die die Herausforderung immer noch stemmen können.

Aber es geht nicht darum, irgendein Paket zu schnüren, sondern es geht um die Inhalte. Wir brauchen nicht ständig neue Abschreckungsgesetze und eine schleichende Aushöhlung des Asylrechts. Wir brauchen wirksame Maßnahmen, um die Flüchtlinge bei uns gut zu integrieren. Wir brauchen wirksame Maßnahmen in den Herkunftsländern, um menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

(Eka von Kalben)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Köln verunsichert die Republik, und die Große Koalition beschließt die größten **Verschärfungen** im **Asylrecht** seit 20 Jahren. Das ist weder die Antwort auf die Frage noch die richtige Antwort.

Ja, Politik muss etwas tun. Aber das **Paket** der **Großen Koalition** hat einen völlig falschen Inhalt: Außen steht Weihnachten drauf, drinnen sind faule Ostereier. Erst liegt das Paket monatelang rum, dann soll es über Nacht beschlossen werden, und zwar so hektisch, dass selbst die mitzeichnenden Ressorts nicht mehr richtig hinterherkommen. Auch die vollziehenden Behörden und Kommunen sind angesichts der vielen Gesetzesänderungen, die ständig beschlossen werden, mittlerweile verunsichert. Die sind doch diejenigen, die wir jetzt stärken müssen.

Herr Günther, kommen wir zu den **Maßnahmen**, die von uns angeblich nicht umgesetzt wurden. Was wurde denn beschlossen? Erstens. Beschlossen wurde, dass das **Bundesamt für Migration** vernünftig ausgestattet wird, dass das Bundesamt so ausgestattet wird, dass die Bearbeitung der Fälle schneller geht, mit allem, was dahintersteht, einer schnelleren Integration und natürlich auch einer Rückführung derjenigen, die nicht hierbleiben können. Wenn das nicht gemacht wird - das ist nun einmal Step one im Asylverfahren -, kann alles andere hinterher auch nicht funktionieren. Dass das nicht funktioniert, darin sind wir uns - glaube ich - in diesem Haus einig.

Im Gegenteil, die **Einzelfallprüfung** für **Syrerinnen und Syrer** führt eher dazu, dass die Aktenberge weiter steigen. Die Einzelfallprüfungen beim **Familiennachzug** werden zu noch höheren Aktenbergen führen. Damit lösen wir doch keine Probleme in diesem Land, sondern wir verschärfen sie.

Zweitens wurde im letzten Jahr beschlossen, dass die **Herkunftsländer** besser **unterstützt** werden sollen und auch die Anrainerländer. Jahrelang kürzen wir dort die Gelder, letztes Jahr kürzten wir die Gelder in den Flüchtlingslagern in den Anrainerländern, und dann sagen wir, das ist die Methode, um Flüchtlingsströme zu begrenzen. - Das ist absurd.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens brauchen wir eine konsequente Umsetzung von **Integrationsmaßnahmen**. Wenn wir jetzt - seien wir ehrlich, die richtigen Verschärfungen sind nach Köln und der Debatte um Flüchtlinge gekom-

men - zu dem Schluss kommen, die jungen Männer müssen integriert werden: Ja, was haben wir denn bisher dafür getan? Die Bundesregierung hat gerade beschlossen, dass Leute, die nicht aus Syrien kommen, keine Integrationskurse mehr bekommen, dass sie keine Schulangebote bekommen, dass sie keine Ausbildungsangebote bekommen. Dann müssen wir uns auch nicht wundern, dass wir eine Menge Menschen hier haben, die keine Perspektive in Deutschland sehen. Die gesellschaftlichen Folgen möchte ich mir nicht ausmalen.

Genauso ein Quatsch ist es, den **Familiennachzug** einzuschränken und damit die Integrationschancen noch weiter zu senken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Alle Experten sagen, dass Familie für die Integration ein ganz wichtiger Bestandteil ist. Deswegen ist es absurd, gerade an der Schraube zu drehen.

Für die Kommunen, die zu Recht sagen, dass es schwierig ist, so viele Menschen mit Wohnraum zu versorgen, wird es gar nicht so einen großen Unterschied machen. Denn schon jetzt dauert es Jahre, bis Menschen, bis Familien, hierherkommen können, weil die Konsulate überlastet sind und weil es lange Wartezeiten gibt. Der einzige Unterschied, den die Einschränkung des Familiennachzugs machen wird, ist, dass das eventuell eine abschreckende Wirkung hat und sich die Frauen und Kinder in den Herkunftsländern in Schlauchboote setzen, weil der einzig legale Zugangsweg abgeschnitten wird. Das finde ich nicht hinnehmbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja - Herr Stegner hat es angesprochen -, Familiennachzug ist auch eine Frage der Haltung. Die Haltung, dass Familien zusammengehören, wird nicht nur in den Menschenrechtskonventionen und dem Grundgesetz genannt, sie ist auch für die CDU immer ein Bollwerk, und zwar immer dann, wenn es um die Verhinderung von gleichen Rechten für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften geht. Dann geht es um den Schutz der Familie. Wenn es um Flüchtlinge geht, geht es offensichtlich nicht darum.

Auch die **christlichen Werte**, die die Union sonst gern als Leitkultur bemüht und auf die alle Geflüchteten schwören sollen, müssten jetzt jeden Christdemokraten aufschreien lassen, ganz besonders, wenn man sich anguckt - das ist aus meiner Sicht das Erbärmlichste am Vorschlag zum Famili-

(Eka von Kalben)

ennachzug -, dass Minderjährige einbezogen werden. Kindern ihre Eltern vorzuhalten, ist nicht nur unklug, das ist schändlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Noch einmal zu den neuen **sicheren Herkunftsländern**. Die Welt wird gefühlt immer unsicherer, die Liste der Länder, die sicher sind, immer länger. Irgendwie passt das nicht richtig zusammen.

Erinnern wir uns an den aktuellen Anlass für diesen Vorschlag. Ins Paket gerutscht ist diese Maßnahme erst nach der allgemeinen Verunsicherung im Januar 2016. Man kann es auch als Sippenhaft bezeichnen: Verüben wir einzelne Straftaten, wird die gesamte Gruppe bestraft. Das gefällt dem Stammtisch.

Die Maßnahme ist völlig ungeeignet, eine realistische Antwort auf die Ängste der Bevölkerung aufgrund der Verhältnisse in Köln zu geben. Die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer ist nichts als weiße Salbe. Eine Gruppe von Jugendlichen wird kriminell, eine Gruppe, die vielleicht gar nicht als Flüchtlinge hierhergekommen ist, sondern sich wie andere junge Menschen in verschiedenen europäischen Ländern ohne Papiere durchschlägt.

Ohne viel Federlesen werden ihre vermeintlichen Herkunftsländer zu sicheren Ländern erklärt, ungeachtet der Beurteilung durch Menschenrechtsorganisationen, ungeachtet der Einschätzung der Kirche. Es wäre ja auch praktisch, wenn damit alles wieder friedlich würde. Das ist doch - mit Verlaub - Mumpitz.

Erstens kann man die Berichte über Folter oder die Bestrafung von Homosexualität durch eine Erklärung im Deutschen Bundestag nicht einfach wegdiskutieren, mal abgesehen davon, dass das individuell garantierte Recht auf Asyl schleichend ausgehöhlt wird. Der Bundesratsantrag der CSU zeigt, wohin die Marschroute gehen soll: Einfach die ganze Welt für sicher erklären - Problem gelöst!

Und zweitens macht die Erklärung Köln doch keinen Deut sicherer. Den Berichten zufolge waren die meisten der Straftäter vor Ort, sofern sie überhaupt ein Asylverfahren durchlaufen haben, abgelehnte Asylbewerber. Trotz der Ablehnung konnten die Abschiebungen von ihnen nicht vollzogen werden, weil sie die Herkunftsländer nicht aufnehmen.

Herr Günther, deshalb funktioniert auch das **Ab-schreckungsmoment** hier nicht. Sie haben gesagt, beim Balkan hätte es auch gewirkt. Ich bin mir sicher, dass gerade diejenigen, die man vermeintlich

mit diesem Gesetz treffen will, sich von einer Deklaration „Achtung, hier sicheres Herkunftsland!“ nicht abschrecken lassen werden, weil doch viele hier gar nicht mit der Absicht herkommen, Asyl zu beantragen. Denen ist es völlig egal, ob ihr Verfahren 10 Minuten schneller oder kürzer verhandelt wird dadurch werden von ihnen nicht weniger hier herkommen. Deshalb ist die Lösung weiße Salbe und wird nichts bringen. Gerade das, was Sie, Herr Günther, vorgeworfen haben, dass man nicht mit Scheinlösungen Sand in die Augen streuen soll, das teile ich total. Aber gerade dieser Punkt ist eine solche Scheinlösung. Deshalb lehnen wir diese Ausweitung ab.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist wirklich Unsinn!)

Meine Damen und Herren, es gibt in dem Päckchen auch etwas Gutes, das ist sozusagen das Stück Schokolade neben dem Lebertran. Positiv ist es, wenn Auszubildende endlich die Möglichkeit bekommen, in Ruhe ihre Ausbildung zu beenden und anschließend arbeiten können, das sogenannte **3+2-Modell**. Das fordern nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Grüne oder Flüchtlingsrat, das fordern schon lange Unternehmerverbände, Industrie und Handelskammer oder auch die Handwerkskammer. Dieser Teil des Asylpaketes würde unsere Unterstützung finden. Das ist der Weg, den wir mitgehen können: Integration und nicht mehr Abschreckung, aber bitte für alle Herkunftsländer.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Es ist Zeit für ehrliche Antworten, statt hysterisch Pakete zu schnüren.

Erstens. Migration ist ein Fakt, und es zieht Menschen nach Europa, auch Menschen, die keine Flüchtlinge sind. Sie brauchen eine Einwanderungsperspektive.

Zweitens verlassen Menschen ihre Heimat ungerne. Deshalb müssen wir an die Fluchtursachen herangehen, auch wenn das mühsam ist und nicht schnell geht. Wir können das Migrationsproblem nicht auf andere Staaten schieben, zumal auch wir Verantwortung für die Ursachen tragen.

Und drittens müssen wir Menschen, die zu uns kommen, schnell integrieren. Das kostet Kraft und Geld, aber wir müssen wieder dahin zurückkommen, die Herausforderung volley zu nehmen und

(Eka von Kalben)

die Chancen der Migration für uns alle in den Mittelpunkt zu stellen.

Keiner der drei Punkte versteckt sich im Paket, deshalb lehnen wir das Paket ab. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der FDP-Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, aber auch die Flüchtlingspolitik der Landesregierung steht langsam aber sicher kurz vor dem Scheitern. Und die Orientierungslosigkeit der Sozialdemokratie hat der Redebeitrag des Kollegen Dr. Stegner ziemlich deutlich offenbart.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die vielen ehrenamtlichen Helfer, die ein einigermaßen funktionierendes System der Flüchtlingshilfe erst ermöglichen, haben zunehmend Überlastungsbefürchtungen. Anstatt jetzt sachorientiert und geschlossenen Steuerungsinstrumente zu etablieren, um wenigstens einen Teil der verlorengegangenen Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen, haben Union und SPD das hier in Rede stehende **Asylpaket II** mit einer fast beispiellosen Peinlichkeit geschnürt. Nachdem sie es bereits im November letzten Jahres zum ersten Mal beschlossen hatten, haben sie erst einmal drei Monate gestritten - und das auf einem Niveau, das seinesgleichen sucht.

Die SPD wollte zwischenzeitlich straffällig gewordene Asylbewerber die Gefängnisstrafe im Heimatland verbüßen lassen und vermeintlich unsolidarischen EU-Mitgliedsstaaten Finanzmittel streichen. Die CDU will eigentlich einen vollständigen Kurswechsel - wobei ständig Maßnahmen gefordert werden, die wahlweise gegen die Genfer Flüchtlingskonvention oder Europarecht oder sogar beides verstoßen -, kommt aber an der eigenen Kanzlerin nicht vorbei. Die CSU stellt in ihren Augen keine Kanzlerin, weshalb sie dieser eine „Herrschaft des Unrechts“ vorwirft und erwägt, die Bundesregierung, der sie selbst angehört, vor dem Bundesverfassungsgericht zu verklagen. - Das ist doch ein unglaubliches Schauspiel.

Die Menschen im Land gewinnen den Eindruck, dass unser politisches System in Krisensituationen in eine Schockstarre verfällt, dass die Exekutive gelähmt und die Legislative gleich verzichtbar ist, weil sie in den entscheidenden Fragen der Flüchtlingspolitik gar nicht mehr gefragt wird.

(Beifall FDP)

Das Schlimme daran ist, dass sowohl die Art der Debattenkultur als auch der zwischen den Regierungsparteien ausgebrochene Überbietungswettbewerb nicht nur den Parteien selbst schadet, sondern vor allem dem Parlamentarismus an sich und damit am Ende uns allen. Das Gleiche gilt für den Zustand unseres Rechtsstaates. Wenn an mancher Stelle der politische Wille fehlt, geltendes Recht durchzusetzen, dann verlieren die Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Auch hier im Land sieht es nicht besser aus. Und damit meine ich nicht die Debatte über die Erlasslage bei der Polizei.

Der Ministerpräsident macht seine Zustimmung zu der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer vom Votum des Auswärtigen Amtes abhängig. Und als die entsprechende Billigung vorliegt, wird er von Herrn Dr. Stegner zurückgepiffen. Was ist das eigentlich für eine Haltung, Herr Dr. Stegner, sich zu enthalten, nachdem Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender in Berlin zugestimmt haben, um jetzt zu erklären, dass es Ihnen selbst peinlich ist.

(Beifall FDP)

Und der grüne Teil der Regierung empört sich lieber reflexartig über sämtliche Vorschläge - mitunter ja auch völlig zu Recht -, weil er seine durchaus lobenswerten Grundsätze lieber nicht der Wirklichkeit anpassen will. Es ist aber zu wenig, Frau von Kalben, immer nur darauf zu hoffen, dass der grüne Ministerpräsident Kretschmann schon allem zustimmen werde. Es reicht auch nicht, sich immer nur darüber einig zu sein, die Fluchtursachen bekämpfen zu wollen und die europäischen Außengrenzen zu sichern, wobei die Herren Gabriel und Steinmeier nach einer bemerkenswerten Kehrtwende neuerdings ja auch bereit sind - ich zitiere -, „zusätzliche Maßnahmen an den Binnengrenzen Europas zu ergreifen“, um die Flüchtlingsströme besser kontrollieren zu können. Besser hätten es Herr Kauder, Herr Seehofer oder auch Herr Söder nicht sagen können.

(Beifall FDP)

Das sind zwar in der Sache alles vollkommen richtige Forderungen, bei denen Sie uns an Ihrer Seite

(Wolfgang Kubicki)

wissen, doch wenn wir ehrlich und realistisch sind, wissen wir doch, dass sich das kurzfristig überhaupt nicht umsetzen lässt.

Genauso ist es doch parteiübergreifend konsens, dass wir eine **europäische Lösung** brauchen. Aber davon sind wir erstens weit entfernt, und zweitens heißt europäische Solidarität, anders als es manch ein Vertreter von CDU und SPD versteht, auch nicht, sich den deutschen Interessen zu fügen. Ich würde wirklich auf die anderen europäischen Länder hören, die es mittlerweile leid sind, am deutschen Wesen genesen zu sollen. Den schlimmsten Auftritt hat der Parlamentspräsident des Europäischen Parlaments, Herr Schulz, SPD, gegenüber Regierungen abgeliefert, die demokratisch ins Amt gekommen sind. So kann man mit europäischen Nachbarn, auf deren Mithilfe man angewiesen ist, nicht umgehen.

(Beifall FDP)

Alle diese Forderungen, die erhoben werden, fordern keinen Mut.

Was wir jetzt brauchen, sind **nationale Lösungen**. Das **Asylpaket II** ist auf dem Weg dahin auch sicher kein unvernünftiger Schritt. Wir können den Regelungen grundsätzlich zustimmen, weil sie für sich genommen jedenfalls nicht ungeeignet sind.

Dazu gehört auch die Einstufung der Maghreb-Länder als **sichere Herkunftsstaaten**, wenn man sich die aktuellen Zahlen vor Augen hält: Allein im Dezember 2015 kamen fast 2.300 Asylbewerber aus Algerien und 3.000 aus Marokko nach Deutschland, während im Gesamtjahr 2014 weniger als 4.000 Menschen aus diesen beiden Staaten Asyl in Deutschland begehrt hatten. Im Vergleich zum Juli 2015 stellt dies eine Verfünfachung der Zugangszahlen dar. Die bisherige Schutzquote im Jahr 2015 betrug bei algerischen Staatsbürgern 0,98 %, bei Marokkanern 2,29 % und bei Tunesiern 0,02 %. Das ist übrigens ein Land, in das die Deutschen gern in den Urlaub fliegen.

Und wenn die Kritiker jetzt wieder entgegenen, dass die Einstufung als sicheres Herkunftsland wirkungslos sei, dann empfehle ich einen Blick auf die Zugangszahlen vom **Westbalkan**. Während im März 2015 noch 11.729 Kosovaren einen Asylantrag stellten, waren es im Dezember 2015, nachdem das Land zum sicheren Herkunftsland erklärt worden war, nur noch 451. Das zeigt, diese Maßnahme hat Signalwirkung.

Bei allen berechtigten Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Einstufung ist es wichtig darauf hinzuwei-

sen, dass die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat als „verfahrensbezogene“ Regelung das **Grundrecht auf Asyl** nicht beseitigt, sondern eine widerlegbare Vermutung etabliert. Die Behauptung, das Asylrecht werde damit beseitigt, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall FDP - Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich gern, Herr Präsident.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der Ausweisung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten vorausgegangen ist, dass man dort den Antragstellerinnen und Antragstellern - und zwar durch Einwirkung von Schleswig-Holsteins; so ist das ins Paket gekommen - gesagt hat, statt dass ihr einen abgelehnten Asylantrag mit Wiedereinreisepflicht bekommt, habt ihr die Möglichkeit, wenn ihr einen Arbeitsplatz bekommt, nach Deutschland zu kommen? Das hat am Ende dazu geführt, dass viele diesen falschen Weg gar nicht erst beschritten haben, die Per-se-Ausweisung zu riskieren, bei der wir bei Staaten, mit denen wir nicht einmal Rückführungsabkommen haben, ohnehin nicht zu einer Veränderung kommen werden. Das war der Unterschied. Insofern war es die Einwirkung dieser von Ihnen eben kritisierten Koalition, die dazu geführt hat, dass ein wirksames Mittel im Kontext mit den Balkanstaaten angewandt worden ist. Das war der Fakt, und das war nicht so, wie Sie eben behauptet haben.

- Herr Dr. Stegner, ich bedauere Ihre beschränkte Sichtweise. Das Recht hier in Deutschland, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren, wenn man einen entsprechenden Arbeitsplatz nachweisen kann, gilt grundsätzlich, nicht nur für die Balkanstaaten. Das hat mit den Balkanstaaten überhaupt nicht zu tun. Aber ich stimme Ihnen zu, dass es wichtig ist, ein Zuwanderungsgesetz zu schaffen, das die Möglichkeit eröffnet, legal nach Deutschland zu kommen, wenn man hier seinen Lebensunterhalt verdienen will. Das ist momentan nur über das Asylverfahren möglich. Deshalb plädiere ich ja dafür, dass wir ne-

(Wolfgang Kubicki)

ben den Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, noch ein Einwanderungsgesetz schaffen, damit diese Probleme, die Sie beschrieben haben, gar nicht mehr auftreten können.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, aber es hat doch mit den Balkanstaaten überhaupt nichts zu tun, denn aus jedem anderen Land der Welt kann jemand, der einen Arbeitsplatz nachweist und ein bestimmtes Einkommen sicherstellt, nach Deutschland einwandern. Die Behauptung, die SPD habe das durchsetzen müssen, ist schlicht und ergreifend Unsinn.

(Beifall FDP)

Auch künftig muss das Bundesamt bei den Menschen aus sicheren Herkunftsländern jeden Antrag prüfen, ob im Einzelfall nicht doch eine Verfolgung droht.

Das Gleiche gilt für die geplante Begrenzung des **Familiennachzuges**. Es ist möglich, dass sowohl die Europäische Menschenrechtskonvention als auch die UN-Kinderrechtskonvention beeinträchtigt werden. Tatsache ist aber, dass die EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung dem Gesetzgeber nur für Flüchtlinge Verpflichtungen auferlegt, nicht jedoch für subsidiär Schutzberechtigte.

Die hier in Rede stehenden Maßnahmen sind Schritte in die richtige Richtung. Die Probleme werden sie aber nicht lösen. Nach wie vor haben wir nämlich weniger ein **Gesetzesdefizit**, sondern vor allem ein **Vollzugsdefizit**. Der Rückstau unbearbeiteter Asylanträge beim zuständigen **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** liegt inzwischen bei rund 370.000 Verfahren. Weitere 400.000 Menschen haben wegen der langen Wartezeiten noch gar keinen Antrag stellen können. Nach Kenntnis der Landesregierung sind in Schleswig-Holstein derzeit zudem nur knapp ein Drittel der Stellen des BAMF besetzt: 56 Vollzeitstellen von 173, das heißt, zwei Drittel sind nicht besetzt.

Dies wirft ein Schlaglicht auf den desaströsen Verfahrensstand in diesem Bereich. Seit November 2015 vergibt das BAMF bei der Registrierung der Flüchtlinge für die Annahme von Asylanträgen überhaupt keine Termine mehr, womit die Situation bei der Verfahrensdauer seither systematisch verschleiert wird. Man kann dies nicht anders bezeichnen als ein Totalversagen der zuständigen Dienststellen des Bundes, und das liegt im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministers de Maizière.

Wir haben deshalb an dieser Stelle schon mehrfach gefordert: Wir brauchen eine Schutzgewährung für Bürgerkriegsflüchtlinge in einem summarischen Verfahren außerhalb des individuellen Asylverfahrens. Mit unserem **Gesetzesentwurf zum vorübergehenden Schutz** haben wir hierzu schon vor Monaten einen belastbaren Verfahrensvorschlag gemacht, der die Behörden nachhaltig entlastet und das Asylverfahren deutlich beschleunigt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die CDU will aber leider nicht!)

- Ja, aber wir könnten es doch gemeinsam hier beschließen, Frau Midyatli. Das wäre schon einmal ein Signal.

(Beifall FDP)

Die **Aufnahme von Flüchtlingen** ist nicht nur eine Rechtspflicht, sondern ein Gebot der Humanität, sie ist aber kein Grund zu euphorischer Freude. Flüchtlinge sind Menschen, die Schutz vor konkreter Verfolgung suchen, und nicht Mittel zum Zweck - weder ökonomisch, noch demografisch oder zur Selbstverwirklichung. Bürgerkriegsflüchtlinge sind nämlich gerade keine Arbeitsimmigranten und im Übrigen auch keine Asylbewerber im Sinne unseres Grundgesetzes. Die Flüchtlingsstellung ist abhängig von der Fortdauer der Verfolgungslage im Heimatland. Sobald sich die Lage in ihrer Heimat bessert, müssten sie **zurückkehren**. Nur so kann weltweite Flüchtlingshilfe überhaupt funktionieren. Genau das sieht das Völkerrecht auch vor. Die Genfer Flüchtlingskonvention sieht hierfür in Artikel 1 Absatz C Nummer 5 ein automatisches Erlöschen der Flüchtlingseigenschaft vor.

Der Status des **vorübergehenden Schutzes** trägt sowohl dem Schutzbedürfnis der Flüchtenden als auch den Aufnahme- und Integrationskapazitäten unserer Gesellschaft Rechnung. Wer als Flüchtling Schutz sucht, erhält ihn ohne Einschränkung. Wer in der Folge für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, erhält nach Maßgabe eines modernen Einwanderungsgesetzes einen dauerhaften Aufenthaltstitel und damit die Chance, auch Deutscher zu werden.

All dies wäre auch ein überfälliges internationales Signal, dass Deutschland solidarisch ist, aber nicht Flüchtlinge in unbegrenztem Umfang dauerhaft aufnehmen kann.

(Beifall FDP)

Schließlich muss das **Vollzugsdefizit bei Abschiebungen** beseitigt werden. Bis heute wird hier rechtsstaatliches Verwaltungshandeln unter dem

(Wolfgang Kubicki)

Deckmantel vermeintlicher Humanität als etwas Anrüchiges betrachtet. In keinem anderen Rechtsgebiet ist eine vergleichbare Positionierung festzustellen. Das sage ich auch im Hinblick auf die Freunde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kirche. Es käme zum Beispiel niemand ernsthaft auf die Idee, jemandem, der zehn Jahre lang erfolgreich Steuern oder Sozialabgaben hinterzogen hat, aus humanitären Gründen einen Steuererlass zu gewähren, oder jemandem nach zehn Jahren unfallfreien Fahrens ohne Fahrerlaubnis allein aus dieser Tatsache heraus eine Fahrerlaubnis zu gewähren.

„Jede Form von Restriktion zur Herstellung der Ausreisebereitschaft oder zur Erfüllung der dem Ausländer obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen wird als menschenunwürdig oder gar als menschenrechtsverletzend gebrandmarkt, um dadurch unter Berufung auf ein quasi höheres Recht die Rechtmäßigkeit jedes Verwaltungshandelns zu desavouieren und ein moralisches Widerstandsrecht zu begründen.“

Das war ein Zitat aus einem Bericht der Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission zur Frage des rechtmäßigen Verwaltungshandelns bei Abschiebungen aus dem Jahr 2011. Ich sage noch einmal: Wenn wir nicht am Ende eines Prozesses, wenn rechtsstaatlich festgestellt worden ist, dass ein Bleiberecht nicht besteht, dieses mangelnde Bleiberecht durch Ausweisungen und Ausföhrung und Abschiebung durchsetzen, dann werden die Menschen in Deutschland in der Tat verzweifeln, denn dann bräuchten wir das Verfahren insgesamt gar nicht mehr, über das wir uns unterhalten.

(Beifall FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Aber nicht nach zehn Jahren!)

- Ja, was sonst?

(Serpil Midyatli [SPD]: In sechs Wochen das Verfahren beenden und dann zurückföhren, aber doch nicht nach zehn Jahren!)

Präsident Klaus Schlie:

Also, es gibt die Möglichkeit eines Zwischenrufs, aber nicht einer Zwischenrede.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Midyatli, Sie haben mich an Ihrer Seite, wenn das konsequent gemacht wird. Ich kann Ihnen auch sagen, wie das in den Staaten funktioniert, die momentan erklären, sie nähmen ihre Staatsbürger nicht wieder auf. Das muss man im Zweifel finanziell un-

terlegen, statt sie zu bedrohen, wie die SPD das macht. Sie müssen den Staaten sozusagen etwas geben.

(Zurufe SPD)

- Die SPD bedroht Staaten! Herr Gabriel ist derjenige, der sich hingestellt und gesagt hat: Menschen, die sich nicht so verhalten, wie wir uns das vorstellen, Regierungen, die sich nicht so verhalten, müssen die Mittel gekürzt werden. Im Hinblick auf die Maghreb-Staaten ist das eine Aussage des Wirtschaftsministers. Das ist das Empörende, Herr Kollege Dr. Stegner! Sie sollten in Berlin dafür sorgen, dass die SPD mit diesen Drohungen aufhört, statt hier dauernd zu polemisieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Eckhorst aus Bargteheide und des Gymnasiums Elmschenhagen aus Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat sich bekanntermaßen auf das **Asylpaket II** geeinigt - ein bunter Blumenstrauß, der nach Meinung des SSW einiges an Unkraut und Gestrüpp beinhaltet. Es besteht kein Zweifel, dass es sich hierbei mehrheitlich um eine **Verschärfung der bisherigen Regelungen** handelt.

Die prominentesten Beispiele in diesem bunten Strauß sind der **Familiennachzug** sowie die Erklärung, die drei Nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien nun als **sichere Herkunftsländer** zu benennen. Der Druck der vergangenen Wochen war hoch, und das spiegelt sich auch im Gesetzespaket wider. Natürlich kann man dafür argumentieren, die drei nordwestlichen Staaten Afrikas als sicher zu erklären. Jedoch muss aus unserer Sicht auch gesagt werden, dass der Auslöser eigentlich nicht in Ordnung war. Die Vorfälle in Köln dürfen kein Grund sein, jetzt plötzlich Nordafrikaner auszuweisen. Ein Verfahren auf politischen Zu-

(Lars Harms)

ruf hin so grundlegend zu ändern, entspricht nicht unbedingt unserer Auffassung eines Rechtsstaats.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Was für uns als SSW wichtig ist, ist, dass es hierbei nicht um das Asylrecht an sich geht, sondern um das Verfahren vonseiten der Behörden. Verfahrensvereinfachung klingt zunächst einmal verlockend. Doch größtenteils muss man sich die **Entscheidungskriterien**, ein Land als sicher einzustufen, selbst zusammenreimen. Das Gesetz selbst spricht von **Vermutungen** wie etwa:

„Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, ...“

Zudem soll ausgeschlossen werden, dass in dem entsprechenden Land keine unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung stattfindet. Darüber, wie solche Vermutungen vonseiten der Bundesregierung zustande kommen, kann nur spekuliert werden. Das erfahren wir nämlich zurzeit nicht, zumal es natürlich nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl an Fixpunkten ist, die genannt werden. Der Versuch, die Lebenswirklichkeit eines Asylbewerbers zu bewerten, ist, glaube ich, schwierig.

Folgendes ist in der Diskussion auch ganz wichtig, weil es immer wieder angeführt wird. Man spricht immer über die **Anerkennungsquoten**. Das hat der Kollege Kubicki vorhin gerade dargestellt. Sie belegen aber eigentlich nichts. Sie belegen deshalb nichts, weil man, wenn man sich beispielsweise die Zahl der Asylanträge der Kosovaren anguckt, feststellt, dass die Zahl viel kleiner geworden ist. Da wird die Anerkennungsverfahrensquote automatisch höher sein. Es bewerben sich nur noch diejenigen, die relativ sicher sein können, dass sie wirklich Anerkennung erhalten. In der Theorie bedeutet das, dass es eine Anerkennungsquote von 20 %, 30 %, 40 % gibt. Eigentlich müsste man, nimmt man nur das als Kriterium, das Land wieder aus den sicheren Herkunftsstaaten herausnehmen.

Sie sehen also: Man muss das vielschichtiger betrachten. Man muss auch Berichte von Organisationen berücksichtigen. Ich für meinen Teil kann sagen, dass ich nicht die Informationen habe, welche es begründen, dass Algerien, Marokko und Tunesien tatsächlich sichere Herkunftsstaaten sind. Solange dies nicht der Fall ist, ist es, finde ich, nicht verantwortbar, dem entweder zuzustimmen oder das abzulehnen; man hat einfach keine Erkenntnisse.

Zudem ist für uns als SSW wichtig zu betonen, dass es bei dieser Neuregelung für die Menschen aus

Marokko, Tunesien und Algerien nicht darum geht, das Individualrecht auf Asyl auszuhebeln. Es geht prinzipiell um eine **Verfahrensvereinfachung**. Das **Asylrecht** bleibt bestehen - für jeden Einzelnen, der hier Asyl sucht. Wir müssen uns vor Augen führen, dass das Asylrecht ein individuelles Recht ist und sich an einen ganz bestimmten Menschen richtet und eben nicht an die Masse Mensch, also nicht an eine Bevölkerungsgruppe, sondern an Einzelpersonen. Deshalb bleibt es auch dabei, dass auch individuelle Begründungen bei den Betroffenen durchaus eine Berechtigung haben können. Ich denke dabei zum Beispiel an Homosexuelle aus Marokko, denen dort eine strafrechtliche Verfolgung droht. Das ist ein Asylgrund. Das ist ein individueller Asylgrund - zumindest für mich.

Vor dem Hintergrund der **individuellen Asylgründe**, die jeder vorbringen kann, sind aus unserer Sicht **Obergrenzen** widersprüchlich, zumal eine Verschärfung des Asylrechts nicht automatisch dazu führt, dass Menschen von einer Flucht nach Europa abgehalten werden. Krieg und Bombenhagel zwingen die Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Das machen sie nicht freiwillig. Das machen sie auch nicht, nachdem sie im Vorwege alle unsere Asylrechtsparagrafen gelesen haben, sondern das machen sie aus ihrer persönlichen Not heraus. Deshalb werden die Menschen weiterhin hierher kommen, denn friedliche Zeiten sind im Nahen Osten überhaupt nicht in Sichtweite. Von daher werden auch in Zukunft viele Menschen bei uns im Land Schutz suchen.

Ein anderer Punkt des Asylpakets, welcher nach Auffassung des SSW regelrecht absurd ist, ist die Tatsache der **Trennung von Eltern und Kindern**.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dabei geht es vor allem um diejenigen, die über **subsidiäre Schutzgewährungen** verfügen. Als subsidiär schutzbedürftig gelten Flüchtlinge, die keinen anderen Fluchtgrund haben, als dass sie einer eher allgemeinen Gefährdungslage unterliegen. Sie sind demnach einer allgemeinen Gefahr ausgesetzt, werden aber nicht individuell verfolgt. Aktuell betrifft dies vor allem Menschen aus Syrien. In den vergangenen Jahren hat man für diese Gruppe Sonderregelungen geschaffen, die nun vor allem die CSU wieder einkassieren möchte. Von nun an soll also für diese Gruppe von Menschen der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt werden, und zwar mittels einer sogenannten starren Jahresfrist. Danach soll die bisherige Regelung automatisch wieder in Kraft treten.

(Lars Harms)

Allein diese auch rechtsstaatlich schwer zu begründende Handhabung spiegelt einen gewissen Grad an Verzweiflung wider. Entweder man hat das Recht auf Familienzusammenführung, oder man hat es nicht. Hier für zwei Jahre eine Sonderregelung einzuführen beziehungsweise ein Recht nicht zu gewähren, ist eigentlich rechtsstaatlich angreifbar, denn es setzt ein Recht außer Kraft, ohne wirklich einen Grund hierfür anzuführen. Gute und rechtsstaatlich einwandfreie Politik sieht nach unserer Auffassung anders aus.

(Beifall SSW und Uli König [PIRATEN])

Ein weiterer Punkt, der uns wirklich am Herzen liegt: Es sind **Familien**, die dort getrennt werden. Es gibt einen **Verfassungsartikel**, der Ehe und Familie unter Schutz stellt. Bei allem politischen Handeln sollte man, so finde ich, dies im Auge haben. Es geht nicht immer nur um das Ehegattensplitting, damit kinderlose Ehepaare noch ein bisschen mehr Geld in der Kasse haben, sondern es geht hier auch um den Schutz von Familien, es geht um den Schutz von Kindern. Das ist ein Verfassungsrecht, und dieses Verfassungsrecht muss sich auch im Asylrecht wiederfinden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem sind die Zahlen der subsidiär Schutzberechtigten in der Bundesrepublik völlig unbekannt. Die ganze Zielsetzung bleibt daher fraglich. Für uns steht fest: Eltern und Kinder gehören zusammen. Mit dem Aussetzen der Möglichkeit der Familienzusammenführung für den Zeitraum von zwei Jahren erlangt man vor allem eines, nämlich das Erreichen der Volljährigkeit der betroffenen Jugendlichen. Bei Volljährigkeit besteht ohnehin kein Anrecht auf Familienzusammenführung. Alles, was man mit dieser Maßnahme erreicht, ist, das Leben von diesen Minderjährigen zu erschweren. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, dass in den meisten Fällen eine Flucht erst abgeschlossen ist, sobald die eigene Familie sich an einem Ort befindet. Fluchtbewegungen werden in diesem Fall also weitergehen und sogar noch gefördert. Die Familienzusammenführung ist zweifelsfrei ein legaler Weg, um sein eigenes Leben in Sicherheit zu bringen. Ohne praktizierte Familienzusammenführung werden illegale Bewegungen zunehmen. Das ist eigentlich nicht das Ziel unserer Asylpolitik.

Integration kann im Übrigen nicht nur in Containern, Turnhallen oder Zeltstädten stattfinden. Deshalb brauchen wir eine **Beschleunigung der Verfahren**, und da ist es ganz gleich, ob man sich in ei-

ner Flüchtlingsunterkunft in Kiel oder in Berchtesgaden befindet. Das **BAMF** ist zweifelsfrei das Nadelöhr. Die Registrierung von ankommenden Flüchtlingen wird in Schleswig-Holstein inzwischen tagesaktuell abgearbeitet. Die Aufgaben werden quasi aus Bordmitteln erfüllt, und da fragt man sich schon, warum es an anderer Stelle schier kein Vorankommen gibt. Diesen Zustand können wir uns als Bundesrepublik einfach nicht leisten. Statt an den entscheidenden Stellschrauben zu drehen, streitet man sich lieber auf Nebenkriegsschauplätzen. Diese Lage macht die Orientierungslosigkeit und den vorherrschenden Stillstand der Bundesinnenpolitik deutlich. Der Bundesinnenminister muss hier handeln, damit die Verfahren abgeschlossen werden können. Erst dann, wenn sie abgeschlossen sind, kann man den Menschen wirklich helfen und Integrationsarbeit leisten. Das sollte eigentlich das einzige Ziel unserer Flüchtlingspolitik sein.

Es muss doch darum gehen, den zu uns kommenden Menschen eine Perspektive zu geben. Perspektive heißt beschleunigte Asylverfahrensbescheide und vor allem erwerbsmäßige, bildungstechnische oder soziale Beschäftigung. Nach Auffassung des SSW ist eine vernünftige Beschäftigung oft sogar noch vordringlicher als das Besuchen von Sprachkursen oder Ähnlichem, denn durch die **Arbeitsaufnahme** wird ohnehin ein großer Teil an Kenntnissen vermittelt. Das ist der eigentliche Punkt der Integration.

Sprachkurse sind sicherlich nicht verkehrt und notwendig, jedoch sollte man sich vonseiten der Bundesregierung nicht nur darauf beschränken. Ein Flüchtling kann noch so viele Sprachkurse besuchen, dies führt nicht dazu, dass er besser integriert ist. Es geht auch darum, die vorhandenen Fähigkeiten und Qualifikationen zu nutzen, die er mitbringt. Besondere bundesweite Nachqualifizierungsprogramme, die vorhandene Fähigkeiten an den deutschen Arbeitsmarkt anpassen, sind leider noch nicht in Sicht. Deshalb müssen wir hier etwas mehr tun.

Alles in allem ist eine deutliche Entwicklung in der Flüchtlings- und Asylpolitik sichtbar: Asyl auf Zeit, neue sichere Herkunftsstaaten ohne tiefere Begründung, Verschärfung beim Familiennachzug für minderjährige Flüchtlinge.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Lars Harms [SSW]:

Der Ton ist härter geworden. Das ist etwas, das wir nicht in Ordnung finden. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht, und wir dürfen nicht nachlassen, uns für dieses Menschenrecht auch einzusetzen.

Ich beantrage die Überweisung der Anträge an den Innen- und Rechtsausschuss. - Danke.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem ersten Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich nach dem Wortbeitrag von Daniel Günther zu Wort gemeldet. Lieber Kollege Daniel Günther, ich habe mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Das sollte keine Arroganz oder eine Nichtbereitschaft sein, über Ihren Antrag zu diskutieren. Es ist aber so, dass wir wirklich unterschiedliche Auffassungen in diesen Bereichen haben. Sie sagen: Asylpakete I und II konsequent umsetzen. - Wir sagen: Den Asylpakt ablehnen. - Daher spricht das eigentlich für sich. In zehn Minuten kann man halt nicht alles unterbringen.

Einen Punkt möchte ich ansprechen, weil er mich besorgt macht. Heute jagt eine Schlagzeile die andere: Ist jetzt die Stunde der Wahrheit nicht langsam gekommen? Kriegt sie noch eine Mehrheit? Kann sie sich morgen und übermorgen auf dem EU-Gipfel durchsetzen? - Dazu wollte ich sagen: Wir begrüßen durchaus, dass die Bundeskanzlerin sich in einem entscheidenden Moment für einen großen humanitären Schritt ausgesprochen und ihn auch praktiziert hat.

Ich sehe aber etwas kritisch, was hier heute gar keine Rolle gespielt hat: Ein Teil der **Vereinbarungen**, die innerhalb der **EU** getroffen worden sind, wird jetzt unzureichend umgesetzt. Man macht sich jetzt abhängig vom Verhalten der **Türkei**. Schauen wir uns die innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei an, gerade im Südosten. Wir sehen, dass Aleviten bundesweit in den Hungerstreik getreten sind, auch bei uns in Schleswig-Holstein, weil Zivilisten zum Beispiel in Cizre, aber auch in Dyabakir oder in anderen Orten umgebracht werden, und zwar nicht nur, weil sie Kurden sind, aber auch weil sie Kurden sind. Da muss man sich die Fragen stellen, ob die Türkei der richtige Part-

ner ist und wie wir mit den Menschen umgehen, die Angst haben, dort zwischen den Fronten aufgerieben und umgebracht zu werden, denn auch diese Menschen werden versuchen, einen Weg zu finden - wohin auch immer.

Daher möchte ich Herrn Kubicki etwas zu der **legalen Zuwanderung** sagen, die er nicht angesprochen hat: Wir brauchen legale Zuwanderung. Da sind wir uns einig. Wir haben uns positiv auf Ihren Gesetzentwurf bezogen. Es muss für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge natürlich möglich sein, extra den humanitären Schutz zu gewährleisten, und zwar ohne den ganzen Formalkram drum herum. Das ist der Grund dafür, dass wir gegen das Asylpaket II sind. Insofern hoffe ich, dass wir in diesem Bereich kritisch auf unseren türkischen Nachbarn gucken, was die Auswirkungen der Außenpolitik in Bezug auf Syrien, Russland, die Türkei und andere betrifft. Wir sollten nicht so tun, als hätten wir eine Lösung für das Problem insgesamt, die hat nämlich keiner.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich zwei Aussagen des geschätzten Herrn Kollegen Kubicki so nicht stehen lassen kann.

Herr Kubicki, Sie sagten, die Regelung zu den **sicheren Drittstaaten** sei deswegen relativ unproblematisch, weil sie im Grunde genommen das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention im Kern überhaupt nicht angreifen würde. Das ist richtig. Viel schlimmer aber ist, dass es, je mehr Länder wir zu sicheren Drittstaaten machen, zu einer inhaltlichen Auszehrung genau dieses Rechtes kommen wird, sozusagen durch die kalte Küche, durch die Hintertür.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso denn?)

- Das sage ich Ihnen gleich.

Das Erste waren die Balkanstaaten. Jetzt kommen die Maghreb-Staaten nach. Kaum war das geschehen, hat Bayern im Bundesrat eine Initiative eingebracht, mindestens acht weitere Länder, darunter Mali und Pakistan - hochproblematische Länder - hinzuzufügen. Wir wissen, dass die Europäische

(Burkhard Peters)

Kommission daran denkt, im Rahmen des europäischen Rechts ausgerechnet die Türkei zu einem sicheren Herkunftsstaat zu erklären. Das ist doch hochproblematisch.

Sie wissen: Zwar wird das **individuelle Asylrecht** dadurch nicht infrage gestellt. Aber die von Ihnen selber benannte **Beweislastumkehr** führt dazu, dass gerade in diesem Ein-Wochen-Takt-Verfahren im Grunde genommen die Geltendmachung des Rechts so gut wie ausgeschlossen ist, insbesondere bei dem Umstand, dass die betroffenen Menschen kaum einen Zugang zu einem Rechtsanwalt bekommen. Das wissen Sie alles ganz genau. Deswegen kann man das so nicht stehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sichere Drittstaaten führen zu einer innerlichen Auszehrung des Asylrechts.

Das andere betrifft den **Arbeitsmarktzugang von Drittstaatlern**. Da haben Sie behauptet, das sei doch völlig unproblematisch. Alle Menschen dieser Welt könnten sich für den Arbeitsmarkt ein Visum verschaffen. Das ist doch beileibe nicht so.

Das, was im Asylpaket I im Hinblick auf die Roma geregelt worden ist, ist in dieser Hinsicht eine eindeutige Privilegierung. Deswegen ist das ein Erfolg gewesen.

(Beifall SPD)

Auch diese Behauptung muss ich hier zurückweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch völliger Unsinn!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil der Herr Kollege Kubicki hier etwas gesagt hat, das ich doch noch einmal ansprechen möchte.

Sie haben gesagt, Herr Kubicki, am Ende seien **Nationallösungen** erforderlich. Ich stimme Ihnen zu: Wir sollten im Ton gegenüber anderen europäischen Ländern zurückhaltend sein. Wir haben lange genug bei Lampedusa weggeguckt, und bei Griechenland war der Ton der Bundeskanzlerin nicht

besonders angemessen. Das macht es jetzt nicht leichter.

Ich füge aber hinzu: Die **Europäische Union** ist keine Zugewinnsgemeinschaft, in der man nur Fördermittel in Anspruch nimmt, sondern die Europäische Union kann nur funktionieren als Wertegemeinschaft, die auch die Lasten gemeinsam teilt. Anders funktioniert das nämlich nicht. Darum muss man auch kämpfen.

(Beifall SPD und SSW)

Denjenigen, die sich Binnengrenzen zurückwünschen, kann ich nur sagen: Das ist ein Massenjobvernichtungsprogramm in Deutschland, das sich gewaschen hat. Wir profitieren nämlich sehr stark von diesem offenen Europa. Dafür müssen wir kämpfen. Da ärgert und betrübt mich, wie wir hinnehmen, dass dieses Europa buchstäblich zerfällt, weil sich kaum noch einer einsetzt. Ich bete zwar nicht jeden Tag für die Bundeskanzlerin - wie Herr Kretschmann -, aber ich wünsche ihr allen Erfolg bei den europäischen Verhandlungen. Das ist nämlich nötig für Deutschland, dass das geschieht.

(Beifall SPD)

Übrigens hat die Europäische Union mit den Maghreb-Staaten Vereinbarungen geschlossen, Herr Kollege Kubicki, und hat denen sogar Geld dafür gegeben, dass sie ihre Südgrenzen sichern. So etwas macht die Europäische Union schon. Insofern ist das keine Neuerung.

Zweitens. Mich hat sehr befremdet, was Sie zum **Abstimmungsverfahren** gesagt haben. Wir haben eine Koalition mit CDU und CSU im Bund, und hier haben wir eine Koalition mit deutlich mehr Gemeinsamkeit mit den Grünen und mit dem SSW, wie ich hinzufügen möchte. Dass man zum Teil unterschiedlich abstimmt, ist normal. Was Sie mir aber nicht vorhalten können - das sollten sogar Sie wissen, obwohl Sie nur zweieinhalb Jahre Regierungserfahrung haben; ich will Ihnen das aber trotzdem sagen, weil Sie das auch so gemacht haben -, ist, dass ich mich im Bund anders äußere als im Land. Ich äußere mich immer klar und in der gleichen Weise, ob ich nun in Kiel bin oder in Berlin. Ich finde übrigens, Meinungsfreiheit ist eine wichtige Tatsache in Parteien. Ich habe Sie bisher so verstanden, dass Sie davon in Ihrer eigenen Partei gelegentlich auch Gebrauch machen.

Das Dritte, das ich sagen möchte, ist das, was die Kollegin Midyatli vorhin zu Recht einige Male dazwischen gerufen hat. Es ist doch nicht zu fassen, wenn wir Verfahren haben, die dazu führen, dass

(Dr. Ralf Stegner)

wir **Menschen abschieben**, die zum Teil hier geboren und aufgewachsen sind, nachdem die Familie **zehn Jahre lang hier lebt**. Das ist doch unser Problem. Deswegen müssen wir die Verfahren beschleunigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es auch so ärgerlich, dass Herr de Maizière da so versagt. Schnell herauszufinden, wer eine Bleibeperspektive hat, das ist die eigentliche Aufgabe, die wir in Deutschland leisten können und endlich auch leisten müssen. Solange wir da nicht Erfolg haben, können wir uns alles andere sparen, die Sonntagsreden und alles Mögliche. Das wird nicht funktionieren.

Ein Letztes: **Flüchtlingsverteilung** ist eine **europäische Aufgabe**. Die können wir nur gemeinsam lösen, so schwer es auch ist.

Integration ist in der Tat eine **nationale Aufgabe**; da geben wir uns alle Mühe. Wenn man da einmal vergleicht, was die unterschiedlichen Parteien insoweit anzubieten haben, ist es ein Unterschied wie Tag und Nacht, ob man investiert in Arbeitsmarkt, in Förderung von Ausbildung, in Schule, in bezahlbares Wohnen, in all diese Dinge, und das auch klar benennt oder ob man nur einen Katalog von Abschrecken, Abschotten, Abschieben vorlegt. Das ist ein großer Unterschied. Diesen Unterschied muss die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, damit wir wissen, worüber wir hier reden. Scheinlösungen nützen uns gar nichts. Wir müssen ernsthaft an Integration arbeiten. Das ist das Gebot der Stunde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich etwas zu dem Herrn Abgeordneten Peters sagen. Herr Peters, wir müssen zwei Dinge unterscheiden, damit wir das nicht vermischen. Das eine ist die Frage, ob das **Grundrecht auf Asyl** ausgehöhlt wird, was es nicht wird. Das zweite ist die Frage, ob wir die **Verfahrensvorschläge**, die wir jetzt in Bezug auf die Eingangszentren haben, also innerhalb von 14 Tagen zu unterscheiden, rechtsstaatlichen Grundsätzen genügen

werden. Da habe ich meine großen Zweifel ebenso wie Sie. Sie können das beschließen. Aber der erste Rechtsstreit darüber wird dazu führen, wenn man sich die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anschaut, dass diese Rechtswegverkürzung und die Zeitverkürzung wahrscheinlich keinen Bestand haben werden. Aber dass man Staaten zu **sicheren Herkunftsländern** macht und damit eine widerlegbare Vermutung ausspricht, halte ich für legitim, jedenfalls für rechtmäßig unabhängig von der Frage, ob einem dies politisch gefällt oder nicht.

Herr Dr. Stegner, ich möchte doch nur darauf hinweisen, vor welchen Problemen Sie stehen und wohin es führen wird - glauben Sie mir das -, dass die SPD mit dieser Form der Orientierungslosigkeit auf Bundes- und Länderebene mit unterschiedlichen Aussagen nach wie vor nicht aus dem Tal des Jammers herauskommt, sondern im Gegenteil: Sie sind in der Gefahr, in Baden-Württemberg hinter die AfD zurückzufallen, was ich auch schon gesellschaftspolitisch für eine ziemlich große Katastrophe halte. Sie stehen auch in der Gefahr, in Sachsen-Anhalt hinter die AfD zurückzufallen, was ebenfalls eine gesellschaftliche Katastrophe ist. Die beiden Regierungsfractionen von CDU und FDP werden in Baden-Württemberg nicht mal mehr eine gemeinsame Mehrheit hinbekommen, um eine Regierung bilden zu können. Das muss uns doch alle irgendwie beschäftigen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich gehe davon aus, dass auch Sie vernommen haben, was der sozialdemokratische Bundeskanzler der Republik Österreich gestern erklärt hat, nämlich das Österreich jetzt dabei ist, die Grenzen dichtzumachen und dass Deutschland diesem Beispiel folgen müssen. Das Auftreten Deutschlands selbst hat mit seinem Auftreten in Europa in Prinzip viele Barrieren aufgebaut, die zu beseitigen schwierig sein wird. Ich versuche doch nur, Ihnen dieses zu erklären. Wenn man etwas von anderen will, muss man darum werben, und sie dürfen jemandem nicht in die Ecke stellen, wenn er aus seinem Interesse heraus dem nicht unbedingt folgen will. Das wird das große Problem sein.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Sie diffamieren demokratisch gewählte Regierungen. Ob es einem passt oder nicht, innerhalb eines offenen Europas kann man mit Herrn Orban politisch nicht einverstanden sein. Aber zu sagen, das

(Wolfgang Kubicki)

sei ein Rechtspopulist oder sogar ein Faschist, ebenso im Falle der polnischen Regierung - -

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Ja, Sie sind gerade dabei, weil Sie erklären, dass Regierungen, die ihre Grenzen schließen, sich schlicht und ergreifend antieuropäisch verhalten und nicht solidarisch. Herr Stegner hatte gerade erklärt, die Europäische Union sei eine Wertegemeinschaft. Diejenigen, die Geld haben wollten - was ist das überhaupt für ein Ansinnen? -, müssten sich dann so verhalten wie diejenigen, die Geld geben. Was ist das für ein Ansinnen! Das ist doch das Gegenteil von Solidarität.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das hat Herr Stegner nicht gesagt!)

Herr Stegner hat gerade gesagt, die Europäische Union sei eine Wertegemeinschaft,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

und er hat gesagt - -

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Midyatli, bitte!

Jetzt frage ich den Herrn Abgeordneten Kubicki, ob er eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zulassen möchte.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bedanke mich für die Gelegenheit, zu wiederholen, was ich eben gesagt habe, nämlich zweierlei.

Erstens. Deutschland hat in der Tat durch die Art und Weise des Auftretens gegenüber Griechenland und durch die Art und Weise, wie ignoriert worden ist, das - solange das Problem vor Lampedusa war - Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, nicht gerade dazu beigetragen, die europäische Solidarität zu steigern.

Zweitens bin ich in der Tat dagegen, dass gegenüber anderen Staaten mit einem Megaphon zu machen. Ich halte es aber für falsch, Europa als eine reine Zugewinnsgemeinschaft zu betrachten, in der man nur Fördergelder bekommt für die wirtschaftlichen Dinge, die man will, sowie für Infrastruktur. Vielmehr glaube ich, zu einer Wertegemeinschaft gehört auch, dass man gemeinsam trägt. Dazu

gehört eben auch, gemeinsam eine Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingsfrage zu finden. Das habe ich hier in dem Ton und sogar in der gleichen Diktion erklärt. Ich bedanke mich sehr dafür, dass ich Gelegenheit hatte, das zu wiederholen. Ich halte es nämlich für richtig.

(Beifall SPD und SSW)

- Ja, aber was soll nun jemand vor dem Empfängerhorizont mit dieser Aussage anfangen, dass Europa schlicht und ergreifend nicht nur eine Wertegemeinschaft sei und Solidarität nicht nur darin bestehe, Geld zu empfangen, sondern sich im Zweifel dann auch anders zu verhalten. Was soll denn der Empfänger mit einer solchen Aussagen anfangen, wie soll er sie anders verstehen als dass man sagt: Wenn ihr wollt, dass dieses System weiterhin besteht, dann müsst ihr euch unseren Interessen unterwerfen? Alles andere macht doch gar keinen Sinn.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Was ist der Inhalt dieser Aussage? Das muss man doch fragen. Was kommt wo an, Herr Dr. Stegner? Vielleicht denken Sie gelegentlich auch einmal darüber nach, was bei den Menschen ankommt, bei den guten Sachen, die Sie gelegentlich äußern. Diese empfinden das nicht als Einladung, sondern als Bedrohung. So einfach ist das.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich glaube, der Kern ist, dass ein Europa auf Dauer keine Zukunft haben wird, das sich ausschließlich als Wirtschafts- und Währungsunion betrachtet, und dass ein Europa, das glaubt, wir könnten unseren Frieden und unseren Wohlstand verteidigen, während in großen anderen Teilen der Welt Elend und Krieg herrschen, nicht überleben wird. Ich habe großes Interesse daran, dass wir den Frieden und den Wohlstand, den wir hier seit Jahrzehnten genießen, verteidigen können. Das war meine

(Präsident Klaus Schlie)

Aussage, und das versteht, glaube ich, jeder Empfängerhorizont, wenn er willens ist, die Ohren aufzumachen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Dr. Stegner, genau das glaube ich auch. In Ihrer Aussage schwingt aber mit, dass die restlichen Europäer, die sich an Ihre Überlegungen nicht halten wollen, das nicht glauben.

(Serpil Midyatli [SPD])

- Logischerweise. Was soll denn die Aussage? Europa ist eine Wertegemeinschaft. Das heißt aber nicht, dass alle die Werte teilen müssen, die Sie und ich im Herzen tragen. Das heißt das aber eben nicht. Verständigung und Solidarität bestehen auch - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Aber die definieren Sie doch nicht alleine. Solidarität besteht darin, dass man die anderen in ihren Interessenlagen auch ernst nimmt und nicht von vornherein zurückweist, weil man glaubt, man sei der bessere Mensch. Dann kann das nicht funktionieren. Das sage ich Ihnen.

Wenn Sie sagen, unser Auftreten in der Vergangenheit habe **Europa** nicht zusammengeführt, sondern eher gespalten - dabei denke ich an Griechenland, Lampedusa und was auch immer -, dann sage ich, dass unser momentanes Auftreten gegenüber anderen Staaten, die die Flüchtlingskrise anders bewältigen wollen, als wir uns das vorstellen, auch nicht geeignet ist, ein größeres Maß an **Solidarität** herbeizuführen - was wir eigentlich dringend brauchen.

Lassen Sie mich noch eine letzte Aussage treffen, weil mich das wirklich umtreibt. Das ist ein Problem, das ich an die SPD weitergebe. Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag erklärt, mit dem Konzept der CDU werde die Bevölkerung belogen, weil die Union nicht gleichzeitig mitliefere, wie sie das finanzieren wolle, dann ist das nicht nur eine dumme Aussage, sondern dann ist das auch kontraproduktiv, weil damit Besorgnisse und Ängste in der Bevölkerung geweckt werden, die wir nicht wecken dürfen, wenn wir wollen, dass die Menschen uns in der Flüchtlingspolitik, die wir betreiben, folgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ganz beim Kollegen Dr. Stegner, der eine **europäische Lösung** angemahnt und gesagt hat, dass die entscheidenden Weichenstellungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Insofern habe ich mich insbesondere über eine Aussage von Ihnen geärgert, weil Sie einer derjenigen gewesen sind, die genau wissen, dass unsere Bundeskanzlerin an dieser Lösung arbeitet und dabei unsere Solidarität und Unterstützung braucht. Unser Problem ist nicht, dass Deutschland eine falsche Haltung zur Flüchtlingspolitik hätte, sondern das Problem ist, dass wir einige europäische Länder davon überzeugen müssen, dass sie ihre Meinung ändern müssen, damit wir die Lasten besser verteilen. In dieser Situation sagen Sie allen Ernstes, Frau Merkel versage auf europäischer Ebene und sei nicht durchsetzungsfähig genug, um das durchzusetzen. Insofern frage ich mich, was das für eine Unterstützung ist, wie Sie sie immer einfordern. Wir müssen uns doch solidarisch zeigen, sonst werden wir die Probleme an dieser Stelle nicht lösen.

Sie tun heute wieder einmal nichts anderes, als über europäische Lösungen zu sprechen. Sie stellen sich hier hin und beschimpfen die CSU und Bayern und sagen, das sei alles populistisch, was gefordert werde. Sie verschließen sich zum wiederholten Male der Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag und sagen nichts dazu, was Ihr Bundesvorsitzender Gabriel - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das denn damit zu tun?)

- Das hat sehr wohl etwas damit zu tun. Sie werfen uns das immer vor. Wir sagen auch sehr deutlich, was wir davon halten. Herr Gabriel gibt jedoch der „Bild“-Zeitung Interviews und bringt dabei eine Abschiebungs- und Abschottungsrhetorik zum Ausdruck. Wenn das einer von uns machen würde, würden Sie hier theatralisch kreischen. Ich möchte einmal von Ihnen hören, was Sie von den Äußerungen von Herrn Gabriel halten, Herr Kollege Stegner.

(Beifall CDU und FDP)

(Daniel Günther)

Selbstverständlich nervt auch uns die Geschwindigkeit, mit der im **BAMF** gearbeitet wird - bei allem Respekt. Sie waren auch nicht darauf vorbereitet, dass 1 Million Flüchtlinge zu uns kommen. Das muss man auch einmal sagen. Seien wir aber doch einmal ehrlich miteinander. Wenn das BAMF schneller arbeiten würde, würde das auf Schleswig-Holstein überhaupt keine Auswirkungen haben. Denn all das, was danach kommt, nachdem das BAMF entschieden hat, was zu einer Ausweisung und Rückführung führen kann, konterkarieren Sie doch jeden Tag mit Ihren eigenen Maßnahmen in Schleswig-Holstein. Was Sie fordern, hätte in Schleswig-Holstein überhaupt keine Bewandnis.

(Beifall CDU und FDP)

Um auch das noch einmal deutlich zu sagen: Wir kritisieren nicht Ihre Verfahrensregelung als regierungstragende Fraktionen mit Blick auf die Zustimmung im Bundesrat. Das haben andere Koalitionen genauso gemacht. Uns geht es darum, dass der Ministerpräsident bereits etwas angekündigt hat. Das wird er wohl mit Ihnen abgesprochen haben. Wie schicken Sie ihn denn sonst in Verhandlungen? Schleswig-Holstein hat schließlich eine Stimme. Der Ministerpräsident geht in die Verhandlungen, um für Schleswig-Holstein zu sprechen. Er erklärt am Ende, er werde zustimmen, Sie fallen ihm aber in den Rücken. Das ist doch das Problem, das hier stattgefunden hat.

Nun schweigt er seit zehn Tagen zu dem, was Sie gesagt haben. Herr Ministerpräsident, ich bin mir sicher, dass Sie heute ans Rednerpult treten und nicht den Innenminister vorschicken werden. Wir wollen heute eine Stellungnahme von Ihnen. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat wie angemeldet der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.

(Zuruf CDU und FDP)

Stefan Studd, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegen zwei Anträge vor, die Grundlage der Beratung sind. Insofern sollten wir diese beiden Anträge entsprechend bearbeiten.

Beginnen möchte ich mit den **Zahlen**, die schon genannt worden sind. Mitnichten hat jemand von uns - weder der Ministerpräsident noch ich - von 70.000 Flüchtlingen in 2016 gesprochen. Herr Günther hat diese Zahl genannt. Aufbauend auf den Zahlen, die uns für Januar vorliegen, kann man Hochrechnungen anstellen. Das kann man aber auch nicht tun. Wenn man die Januarzahlen mit 52 Wochen multipliziert, dann kann man auf 70.000 kommen. Das ist in den Medien verbreitet worden. Ich habe an dieser Stelle immer wieder gesagt, dass niemand von uns den Blick in die Glaskugel wagen sollte und dass keiner von uns an dieser Stelle - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wir haben die Kleine Anfrage entsprechend beantwortet, um deutlich zu machen, woher diese Zahl 70.000 eigentlich kommt. Das ist mitnichten eine Prognose der Landesregierung für das Jahr 2016. Wenn Sie die täglichen Zugänge der vergangenen Tage zugrunde gelegt hätten, die kleiner als 100 waren, dann kämen Sie auf ganz andere Ergebnisse.

Trotzdem ist es mir wichtig, dass wir den anhaltenden Zustrom an Flüchtlingen, der uns hier in Atem hält, ernst nehmen. Gemeinsam mit vielen Institutionen und insbesondere mit der Zivilgesellschaft haben wir es im vergangenen Jahr geschafft, das Jahr der Herausforderungen zum Jahr der Lösungen zu machen. Wir sehen aber natürlich auch, dass die organisatorischen Strukturen immer wieder an Grenzen stoßen. Diese Strukturen bedürfen daher immer wieder der Entwicklung und der Justierung.

Das betrifft die von uns zu organisierende Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ebenso wie die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in asylverfahrensrechtlichen Angelegenheiten. Dabei beobachten wir, dass diese notwendigen Anpassungen in immer höherer Frequenz durch immer neue Initiativen in Form von **Gesetzes- und Verordnungsänderungen** erfolgen. Die Frage, ob das alles richtig und notwendig ist, kann sicher nicht allgemeingültig beantwortet werden. Das kann und darf je nach Maßnahme unterschiedlich bewertet werden.

Gerade die aktuelle Diskussion um das Asylpaket II zeigt, dass die Schwierigkeiten in diesem Kontext zunehmen. Es gilt, zunehmend **unterschiedliche politische Zielsetzungen** zu berücksichtigen, der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu beweisen und in diesem Kontext auch noch fachlich einwandfreie Gesetzes- und Verordnungstexte zu schaffen. Das

(Minister Stefan Studt)

ist ein Spagat, der in der Tat nicht immer gelingt und deshalb Anlass für Kritik auf allen Ebenen sein kann und natürlich auch ist.

Die Landesregierung hat sich zu Eigen gemacht, die Vielzahl der aktuellen Gesetzgebungsverfahren auf einer fachlich orientierten Basis zu bewerten und nicht etwa einem vermeintlich verspürten politischen Handlungsdruck zu folgen. Dies führt dazu, dass wir gesamte Gesetzespakete weder komplett ablehnen noch in vollem Umfang unterstützen, sondern sie in ihren Einzelheiten sehr differenziert und stets vorrangig unter fachlichen Gesichtspunkten betrachten, um jeden Eindruck von Aktionismus an dieser Stelle zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich jetzt auf einzelne Aspekte, die in den Anträgen der Fraktion der PIRATEN und der CDU-Fraktion ausdrücklich angesprochen worden sind, im Einzelnen eingehe. Bitte sehen Sie mir nach, dass dies etwas detailreicher wird.

Die beabsichtigte Einstufung von Marokko, Algerien und Tunesien als **sichere Herkunftsstaaten** sehe ich in der Tat als problematisch an, aber nicht aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern wegen der im Gesetzentwurf verwendeten **Begründung**. Dabei geht es nicht darum, Artikel 16 a Absatz 3 des Grundgesetzes anzuwenden und eine erkennbare positive Entwicklung eines Staates durch eine entsprechende Einstufung nachzuvollziehen. Vielmehr geht es offenbar darum, diese Regelung zu nutzen, um innenpolitische Ziele der Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. Das kann aber nicht der richtige Weg sein.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es wäre um einiges ehrlicher und fachlich auch sinnvoller, Verfahrensbeschleunigung durch organisatorische und personelle **Ertüchtigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge** zu erlangen

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und in begründeten Einzelfällen Verfahrenspriorisierungen bis hin zur sofortigen Bearbeitung zu ermöglichen. Über 700.000 offene Fälle sprechen Bände. Das ist die eigentliche Herausforderung. Wir alle können dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nur wünschen, dass es seine in den letzten Tagen veröffentlichte Zielsetzung für 2016 erreicht, nämlich in Altverfahren innerhalb von fünf Monaten und über neue Asylanträge innerhalb von

drei Monaten zu entscheiden. Das muss endlich gelingen.

Herr Günther, lassen Sie mich an dieser Stelle feststellen: Natürlich sind wir auf der Ebene des Landes darauf eingestellt. Wir haben unser **Landesamt für Ausländerangelegenheiten** strukturell neu aufgestellt. Neues Personal ist zugeführt. Stellen werden besetzt, um die entsprechenden Leistungen zu erbringen. Diese sind aber nicht nur im Landesamt, sondern auch in den Kreisausländerbehörden beziehungsweise den Zuwanderungsbehörden zu unterlegen.

Daneben ist es im Sinne einer zeitnahen praktischen Umsetzung negativer Asylentscheidungen dringend erforderlich, dass der Bund mit den betroffenen Herkunftsstaaten, gerade denen der Maghreb-Region, eine bessere **Rückübernahme eigener Staatsangehöriger aushandelt**.

Die nach wie vor kontrovers diskutierte und auch von mir kritisch bewertete Regelung eines eingeschränkten **Familiennachzugs** für Personen mit subsidiärem Schutzstatus dürfte in der Praxis kaum spürbare Folgen nach sich ziehen. Dies zeigt sich, wenn man die Zahlen aus dem Jahr 2015 zugrunde legt; 1.707 Personen ist subsidiärer Schutz gewährt worden. Im Vergleich dazu sind über 135.000 Personen als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt worden, da sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt haben. Für diese Fälle ist kein Moratorium für den Familiennachzug geplant. Ich will es wiederholen: Völlig zweifelsfrei darf es keine Beschränkung beim Familiennachzug von minderjährigen Antragstellern geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hinsichtlich der **erhöhten Anforderungen** an die **Schwere von Erkrankungen** und die entsprechenden **Nachweise** bin auch ich kritisch. Ich halte es für unabdingbar, dass psychische und physische Erkrankungen sehr eingehend und individuell daraufhin geprüft werden, ob im Fall der Rückkehr in den Herkunftsstaat daraus eine Gefährdungssituation für den Betroffenen erwachsen kann. Allerdings entnehme ich dem Gesetzentwurf hinsichtlich der entsprechenden zielstaatsbezogenen Prüfungen, die übrigens ausschließlich durch das BAMF vorgenommen werden, kaum etwas Neues. Lediglich ein Aspekt ist neu, nämlich die generelle Annahme, dass eine ausreichende medizinische Versorgung bereits dann vorliege, wenn sie nur in einem Teil des Zielstaates gewährleistet ist. Dies halte ich für außerordentlich bedenklich, gerade wenn ich an

(Minister Stefan Studt)

Herkunftsstaaten wie Afghanistan denke, in denen je nach Landesteil unterschiedliche Sicherheitslagen herrschen.

Demgegenüber begrüße ich ganz ausdrücklich, dass die Anforderungen an ärztliche Bescheinigungen zur Reisefähigkeit jetzt klarer definiert sind. Unsere Behörden müssen aufgrund derartiger Bescheinigungen einschätzen können, ob eine amtsärztliche Begutachtung Betroffener vor einer Abschiebung erforderlich ist. Dies ist mit ärztlichen Zweizeilern, wie sie oft genug vorgelegt werden, schlechterdings nicht möglich. Es ist daher zu begrüßen, dass die Behörden, deren Arbeit inzwischen schwierig genug ist, ausreichend dezidierte Arbeitsgrundlagen an die Hand bekommen.

Das **Nichtbetreiben des Asylverfahrens** kann nach der Neufassung des § 33 des Asylgesetzes in der Tat die Verfahrenseinstellung nach sich ziehen. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Antragsteller unverzüglich nachweisen kann, dass er das Nichtbetreiben nicht zu verantworten hat. Darüber hinaus kann jederzeit die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt werden. Je nach Einzelfall kommt es dann zum erneuten Vollverfahren oder der Antrag gilt als Asylfolgeantrag. Inwieweit diese Regelung der Verfahrensbeschleunigung dienen kann, erschließt sich mir allerdings auch nicht.

Meine Damen und Herren, insgesamt erscheint der Gesetzentwurf an verschiedenen Stellen verbesserungsfähig und - das sage ich auch - korrekturbedürftig. Aber das gewählte Gesetzgebungsverfahren - zu nennen sind die Herausnahme der zustimmungsbedürftigen Teile, zum Beispiel zu den „sicheren Herkunftsländern“, und die Einbringung als Fraktionsinitiative - verkürzt die Mitwirkungsrechte des Bundesrates maximal. Es gibt für uns keine Gelegenheit zu einer fachlichen Stellungnahme.

Die CDU-Fraktion rennt mit ihrer dringenden Aufforderung, die in den **Asylpaketen I und II** vereinbarten Maßnahmen auch **in Schleswig-Holstein** konsequent umzusetzen, bei mir ganz offene Türen ein, wenn und soweit diese Maßnahmen in das Bundesgesetzblatt Einzug gehalten haben. Die Landes- und die Kommunalbehörden in Schleswig-Holstein sind es gewohnt, rechtliche Grundlagen gesetz- und rechtstreu anzuwenden. Natürlich wissen auch wir, dass die umfassenden Gesetzesänderungen, die wir im Asylpaket I bereits vereinbart haben und die uns im Asylpaket II bevorstehen, nur funktionieren, wenn es Fortbildungen gibt. Genau das passiert in diesen Tagen. Natürlich müssen unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesbereich die kommunalen Vertreter entsprechend infor-

mieren, sensibilisieren und vorbereiten. Das geschieht, das ist gängige Praxis.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal die Gelegenheit nutzen, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zuwanderungs- und der Kreisausländerbehörden in aller Öffentlichkeit für ihre dort geleistete Arbeit zu danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mir ist sehr bewusst, dass in den **Kommunen** sowohl die Quantität als auch die Qualität der zu bearbeitenden Aufgaben in einem beachtlichen Maße zugenommen hat und dass dies nicht allein durch personelle Ertüchtigung aufgefangen werden kann. Die praktische Umsetzung der gleichsam im Stakato einhergehenden Gesetzes- und Veränderungsänderungen braucht auch Erfahrung und Zeit, und gerade Zeit ist bei den ausführenden Behörden in diesen Tagen tatsächlich Mangelware. Umso mehr erfüllt mich die dort erbrachte Leistung mit Hochachtung.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Bei genauer und respektvoller Betrachtung der auf kommunaler und auf Landesebene erbrachten Leistungen ist es keineswegs angezeigt, in jeder schwierigen Situation mit dem Finger aufeinander zu zeigen oder einen Verriss in den Medien zu organisieren. Wir werden die Herausforderungen nur meistern können, wenn wir vertrauensvoll zusammenarbeiten sowie uns wechselseitig stützen und unterstützen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge in den Drucksachen 18/3836 und 18/3837 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will - -

(Wortmeldung Angelika Beer [PIRATEN])

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der PIRATEN von allen anderen Fraktionen so überwiesen worden. - Danke schön.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 15 und 45:

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Gemeinsame Beratung

a) Chancen für eine erfolgreiche Integration verbessern - Unterrichtsangebote für Asylbewerber und Flüchtlinge ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3817

b) Bericht zur Integration von Flüchtlingskindern ins Schulsystem

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3715

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommt zunächst die Landesregierung mit dem älteren Bericht zu Wort. Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Sehr geehrte Damen und Herren, die **Integration der jungen Flüchtlinge** in unser **Schulsystem** ist in der Tat eine Herausforderung, der wir uns stellen. In dem Bericht der Landesregierung wird in vielen Punkten dargelegt, wie diese Herausforderung bewältigt wird.

Vorweg noch eine Bemerkung: Wenn wir uns anschauen, wie wir in diesem Bereich der Integration agieren, dann können wir ganz deutlich sehen, dass wir aus den Erfahrungen mit Einwanderung nach Deutschland gelernt haben. Als in den 50er- bis 70er-Jahren die sogenannten **Gastarbeiter** zu uns kamen, war es nicht üblich, regelhaft Deutschlernangebote für Kinder und für Erwachsene zu unterbreiten. In diesem Bereich haben wir, die Gesellschaft, viel gelernt, und das setzen wir auch um. Wir sind klüger und klarer geworden. Wir wissen, dass Bildung der Schlüssel zur Integration ist. Die deutsche Sprache muss erlernt werden. Deshalb bieten wir Sprachkurse an. Im Übrigen erwarten wir auch, dass Deutsch gelernt wird. Wir sind auch stolz auf unsere Grundwerte und vermitteln sie denjenigen, die zu uns kommen. Wir erwarten, dass sie akzeptiert und gelebt werden.

Wir wissen, dass auch Arbeit ein wichtiger Schlüssel zur Integration ist. Deshalb sind die Hürden für

die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen richtigerweise gesenkt worden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die deutsche Gesellschaft hat die Konsequenzen gezogen und stellt sich bei dieser Integrationsleistung schlauer als früher auf.

Wir wissen, dass Integration nicht allein durch den Staat gewährleistet werden kann. Deshalb packt die gesamte Gesellschaft mit an.

Ungefähr jeder beziehungsweise jede fünfte Schutzsuchende ist schulpflichtig. Wir sagen sehr deutlich: Das Menschenrecht auf Bildung gilt auch für nach Schleswig-Holstein geflüchtete Kinder. Es wird umgesetzt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Schulen leisten auf diesem Gebiet Großartiges. Rückblickend können wir feststellen, dass wir im Jahr 2015 ungefähr 8.000 Flüchtlingskinder integriert haben. Wenn wir das zu Beginn des Jahres 2015 gewusst hätten, hätten wir vielleicht doch tief durchgeatmet. Rückblickend können wir feststellen, dass die Herausforderung im Großen und Ganzen sehr gut bewältigt worden ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Schulen, den Lehrkräften, den Schulleitungen, den Eltern, den vielen ehrenamtlichen Unterstützern und natürlich auch den vielen Schülerinnen und Schülern, die sich engagieren, sehr herzlich danken. Sie alle haben erheblich dazu beigetragen, dass das letzte Jahr so gut lief.

(Beifall SPD und CDU)

Wir sind auch insofern gut aufgestellt, weil wir 2002 begonnen haben, ein System von **DaZ-Zentren**, „Deutsch als Zweitsprache“-Zentren, aufzubauen. Wir konnten auf ein atmendes System aufbauen. Wir haben die Zentren und die Klassen ausgeweitet. Die Grundstruktur, dass wir ein mehrstufiges Sprachlernsystem haben, bei dem die einzelnen Module aufeinander aufbauen, hat uns dabei sehr geholfen.

Wir beginnen bereits bei der **Erstaufnahme** mit **Deutschunterricht** und beschulen die Schülerinnen und Schüler in den sogenannten Basisstufen, in denen die zugewanderten Kinder erste Deutschkenntnisse erhalten, bis die Kinder so gut sind, dass sie ins Regelsystem integriert werden können. Ich denke, das mehrstufige Modell, was wir machen - es machen nicht alle Bundesländer -, hat sich im letz-

(Ministerin Britta Ernst)

ten Jahr bewährt. Wir werden es im Kern fortführen.

Wir werden auch an den **beruflichen Schulen**, an denen es keine DaZ-Stufe gibt, diese aufbauen. Auch bei diesen ist es richtig, erst Grundkenntnisse in Deutsch zu erlernen, um dann in die Berufsvorbereitung zu gehen. Wir sind gerade dabei.

Wir sind auch dabei, für die beruflichen Schulen ein Curriculum für diesen Unterricht zu erstellen, in dem es nicht nur um Sprache gehen wird, sondern das auch an das anknüpfen wird, was ich vorhin gesagt habe, nämlich die Verankerung unserer Werte. Auch das gehört in die Schule.

Darüber hinaus ergänzen wir das schulische Angebot. Wir haben mit den **Wohlfahrtsverbänden** einen Vertrag geschlossen. Es gibt viel ehrenamtliches Engagement in Schleswig-Holstein. Der Nachmittag und die Ferien sollen genutzt werden. Das sind wichtige Eckpunkte für die Integration von Flüchtlingskindern.

Viele Lehrkräfte haben sich weitergebildet; sie haben eine **DaZ-Fortbildung** gemacht. Wir haben gestern öffentlich vorgestellt, dass wir bei den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst nicht mehr darauf setzen, dass sie sich irgendwann fortbilden. Vielmehr nutzen wir den Vorbereitungsdienst, so dass man bereits das DaZ-Modul erlernen kann. Viele junge Lehrkräfte, die künftig neu bei uns eingestellt werden, werden bereits eine DaZ-Qualifikation haben.

(Beifall SPD)

Noch einige Worte zum vorliegenden **CDU-Antrag** auf Verlängerung der Berufsschulpflicht: Es ist ein großes Kompliment an die beruflichen Schulen, die hier Erhebliches leisten. Dem in Ihrem Antrag verborgenen Kompliment schließe ich mich ausdrücklich an.

(Beifall SPD und CDU)

Einer generellen **Ausweitung** der **Berufsschulpflicht** möchte ich aber doch einige Argumente entgegenstellen. Sie müssen sich klarmachen, dass die Verantwortung für 18-jährige Flüchtlinge im Kern beim **Bund** liegt. Ich finde, man muss gute Gründe haben, warum man in diesem Bereich eine **Zuständigkeit** von einer Ebene komplett auf eine andere verlagert. Ich halte das nicht für richtig. Ich gebe Ihnen mit, dass auch die anderen Bundesländer dies so sehen. Bayern wird immer als Land mit einer langen Berufsschulpflicht angeführt. Aber auch Bayern ist nicht unbedingt dabei, die Berufsschul-

pflicht für erwachsene junge Leute in jedem Punkt durchzusetzen.

Ich habe der gestrigen Ausgabe der „FAZ“ entnommen, dass die CDU im Bund in ihrem Integrationspapier von einer Forderung nach einer Ausdehnung der Berufsschulpflicht abgerückt ist. Sie haben dies in einen Prüfauftrag verwandelt. Insofern weiß ich nicht, ob der von Ihnen vorgelegte Antrag inzwischen überholt ist, weil es auch in Ihrer Partei Diskussionen gegeben hat.

(Unruhe)

Ich will Ihnen noch einige Argumente nennen, und ich bitte Sie, wirklich zuzuhören. Im Übergangsbereich setzen wir darauf, dass die **Akteure**, die sich um die jungen Menschen kümmern, **gut zusammenarbeiten**. Das sind die Schulen, das sind das Jobcenter, die Bundesagentur, die Kommunen und die Jugendhilfe. Wir haben für unsere Jugendlichen darauf gesetzt, dass dieser Ausbau verbessert wird und die Kooperation vorangetrieben wird, unter anderem mit dem Instrument der Jugendberufsagentur.

(Beifall SPD)

Sie müssen starke Argumente haben, um zu begründen, weshalb Sie für junge Flüchtlinge, die zu uns kommen, eine Sonderregelung treffen wollen.

(Beifall FDP - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Mit einer Ausweitung der Berufsschulpflicht ist zwangsläufig verbunden, dass Sie all den jungen Menschen mit einer Bleibeperspektive den Leistungskatalog über das SGB II, die Leistungen der Bundesagentur, der Jobcenter, entziehen. Die jungen Menschen mit einer Bleibeperspektive, die 19, 20, 21 Jahre alt sind, können jetzt selbstverständlich eine assistierte Ausbildung absolvieren, ein EQJ machen. Das sind bewährte Maßnahmen.

Der Bund hat erheblich daran gearbeitet, diesen ganzen Instrumentenkasten für diese Gruppe auszuweiten. Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass Ihre schlichte Forderung, die einfach klingt, den gegenteiligen Effekt auslöst. Sie würden einer großen Gruppe von Jugendlichen die bereits bereitgestellten Maßnahmen mit einem Schlag verwehren.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Ich denke, das kann nicht in Ihrem Interesse sein. Deshalb verweise ich positiv auf das Programm, was Ministerkollege Meyer für junge Flüchtlinge vorgestellt hat. Es gibt eine Kooperation mit Mitteln des Landes, des Wirtschaftsministeriums und der Bundesagentur mit dem Ziel, Angebote für

(Ministerin Britta Ernst)

2.000 Flüchtlinge zu unterbreiten, darunter auch für jüngere Flüchtlinge. Insofern ist ihre, die vermeintlich einfachste Lösung nicht unbedingt die beste. Wir sollten im Bildungsausschuss weiter darüber diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Redezeit aller Fraktionen verlängert sich auf 8 Minuten. - Ich erteile Frau Abgeordneter Anita Klahn für die FDP-Fraktion, die den Änderungsantrag gestellt hat, das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Ministerin, dass ich 3 Minuten mehr Redezeit habe.

Ich möchte mich dem Dank der Ministerin anschließen, den sie an die Lehrkräfte in diesem Land gerichtet hat. Auch wir, die FDP-Fraktion, sehen mit großem Dank und großem Respekt, was die Lehrkräfte leisten.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Es ist eine große Herausforderung, junge schulpflichtige Flüchtlinge in unserem Land bei nicht unbedingt geklärten Rahmenbedingungen bestmöglich zu versorgen. Das machen sie mit hohem Engagement. Dem kann man gar nicht genug danken.

Frau Ministerin, auch Sie haben bereits formuliert, dass **gute Integration** nur durch **gute Bildung** möglich ist. Daraus resultiert natürlich, dass die zunehmende Anzahl von minderjährigen schulpflichtigen Flüchtlingen und eine noch größere Anzahl von Flüchtlingen, die bis zu 25 Jahre alt sind, in ein gutes System der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen integriert werden müssen.

Anders als die Migranten mit mehrjährigen Erfahrungen in Deutschland soll den Flüchtlingen **Deutsch** beigebracht werden, damit sie die Sprachkompetenzen erhalten; sie sollen aber auch unsere **Kultur** kennenlernen. Das unterscheidet die Flüchtlinge von der Gruppe, für die DaZ ursprünglich gemacht worden ist. Bei DaZ hatte man darauf gebaut, dass die jungen Menschen bereits viele Jahre hier sind, dass sie Grundkenntnisse in Deutsch haben, aber nicht ausreichende, um den Sprung in das berufliche Leben zu schaffen. Daher ist es richtig, dass sie davon sprechen, diese **Kurse anzupassen**. Wir müssen schauen, wie man diese besser gestal-

tet, um auf die besonderen Bedarfe, gerade der Flüchtlingskinder, einzugehen.

Ich honoriere auch ausdrücklich die **zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen**, wobei sich an dieser Stelle die Frage stellt, ob die Stellen mittlerweile alle besetzt worden sind. Auch stellt sich die Frage, ob eine Verteilung der Lehrer an die Schulen erfolgt ist. Denn wir hören von den Schulen, dass es zum Teil noch nicht zu diesen Einstellungen gekommen ist. Die Entlastung findet eben noch nicht statt. Vielleicht können Sie uns darauf noch eine Antwort geben.

Wir hören von den Schulen auch andere unbeantwortete Fragen, wie die Frage danach, nach welchen **Kriterien die Flüchtlingskinder** an die Schulen und in die Schulstufen **verteilt** werden. Ich denke, dafür wäre es wichtig, dass wir eine genauere Kenntnis darüber haben, wie die Anzahl von Flüchtlingskindern und Asylsuchenden in den Schulen ist; sie brauchen im Unterricht eine andere Ansprache als Kinder mit mehrjährigen Erfahrungen in unserem Sprach- und Kulturkreis.

Der Bericht gibt dazu leider keine Auskunft. Dabei haben wir ausdrücklich danach gefragt. Wir haben im Vorfeld bereits versucht, dies über eine Kleine Anfrage in Erfahrung zu bringen. Wir haben darin auch gefragt, wie Sie zum Beispiel den **Bedarf an Lehrerstellen** ermitteln. Sie beantworten die Fragen einfach nicht. Die Antwort darauf fehlt mir auch wieder in dem vorliegenden Bericht.

Im Bericht heißt es, es gebe keine festgelegten **Klassengrößen**, sondern die Gruppengröße sei von der aktuellen Situation und den Möglichkeiten vor Ort abhängig. Gerade heute ist in der „KN“ die Kritik der GEW-Vorsitzenden Astrid Henke zu lesen, dass im Regelfall 12 Schülerinnen und Schüler 25 Wochenstunden Unterricht erhalten sollen. In der Regel ist es aber eher umgekehrt: 25 Schüler bekommen 10 Wochenstunden Unterricht. Auf diese Art und Weise lässt sich Sprachentwicklung und Integration nicht erfolgreich gestalten.

Landrat Sager aus dem Kreis Ostholstein hat dem Ministerpräsidenten erst vor Kurzem das Problem geschildert, dass bei ihm 80 Jugendliche in einer Klasse seien. Die Antwort ist gewesen: Wir müssen Kompromisse finden, und wir müssen Dinge tun, die uns nicht gefallen. - Das kann es nicht sein.

Grundsätzlich hat es der Bericht mit zielführenden Zahlen nicht wirklich so. **Finanzielle Auswirkungen** werden nur versatzstückhaft dargestellt, und besonders erschreckend ist für uns, dass die Landesregierung anscheinend wirklich keinen Plan für

(Anita Klahn)

eine **Bedarfsentwicklung** hat. Ich gebe zu, dass das alles schwierig ist. Die Flüchtlinge stehen nicht Schlange und melden sich an, dass sie demnächst kommen werden. Aber wenn Sie schon einen Bericht abliefern, warum liefern Sie in diesem Bericht dann nicht die Zahlen, die Bedarfsberechnungen zum Stand der jetzt aktuellen Situation? Ich denke, das hätte das Ministerium mit seinen Mitarbeitern durchaus leisten können. Auch schon seit der Haushaltseinbringung fragen wir nach der Bedarfsentwicklung und bekommen dort keine Antworten. Ich finde, bei diesem Thema ist es völlig inakzeptabel, im Nebel herumzustochern.

(Beifall FDP und CDU)

Auch bei der **außerschulischen Sprachförderung und Integration** ist der Bericht sehr einsilbig. Die Landesregierung investiert hier zusätzliche Mittel. Sie haben es eben selbst gesagt.

Konkret bekommen die **Wohlfahrtsverbände** 1,5 Millionen € zusätzlich. Unklar ist dabei aber, wie viele zusätzliche Maßnahmen tatsächlich geschaffen werden, wie die gewünschte Wirkung sich tatsächlich entfalten kann, wie die Zusammenarbeit mit den kooperierenden Schulen ist? Herr Habersaat, die Projekte, die Sie in Zahlen nennen, sind doch schon vorhanden. Wir können nicht erkennen - und Sie beantworten es einfach nicht -, welche zusätzlichen Maßnahmen mit welchem qualifizierten Personal gemacht werden.

Wir konnten heute auch der Zeitung entnehmen, dass Sie vorhaben, Lehramtsanwärtern zukünftig die **zweite Hausarbeit zu erlassen**, wenn sie die **DaZ-Seminare** besuchen und dort eine Abschlussarbeit schreiben. Ich frage mich, ob das mit der **Prüfungsordnung** wirklich zu vereinbaren ist, denn die Hausarbeitsnote - da zitiere ich § 11 der Prüfungsordnung - soll die im Vorbereitungsdienst exemplarischen Aspekte der eigenen schulischen Arbeit dokumentieren und reflektieren. Ich denke, da müssen Sie uns im Ausschuss noch einmal Antworten geben, wie das zu gestalten ist. Die aktuelle Prüfungsordnung ist erst aus dem letzten Dezember, sie ist also nicht ganz so alt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ganz zum Schluss möchte ich noch kurz auf den **Antrag der Union** eingehen, der ein ganz wichtiges Problem aufwirft und darstellt. Aber auch ich sehe es tatsächlich als schwierig, die **Berufsschulpflicht** einfach zu verlängern, weil ganz andere Probleme - Frau Ministerin ist darauf schon eingegangen - damit verbunden sind. Ich denke, dass wir das eher in ein Schulrecht umwandeln sollten. Das Hauptpro-

blem an dieser Stelle ist tatsächlich der Zugang zur Krankenversicherung. Vielleicht lässt sich an der Stelle für berufsbildende Maßnahmen eine ganz einfache Befreiung bei den Krankenkassen erreichen. Da müssen wir ins Sozialgesetzbuch schauen. Ich denke, an der Stelle müssen wir im Ausschuss darüber nachdenken.

Die Berufsschulen haben sich auf den Weg gemacht, die Jugendlichen, die zwei bis drei Jahre brauchen, bevor sie ausreichende Sprachkenntnisse haben, auf dem Weg zu begleiten und gleichzeitig zu schauen, welche beruflichen Qualifikationen sie bereits mitbringen und welche Interessenlagen sie haben. Auch an dieser Stelle hätte ich mir tatsächlich aus dem Bericht schon erhofft, konkrete unterstützende Maßnahmen von Ihnen zu finden. Sie haben gesagt, Sie seien jetzt dabei, alles zu entwickeln. So ganz neu ist die Flüchtlingskrise nicht. Ich hätte vom Ministerium an dieser Stelle schon etwas mehr an Antworten erwartet. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, Astrid Damerow [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Ministerin, danke ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern ganz herzlich für den vorgelegten Bericht. Ebenso schließe ich mich natürlich auch dem Dank meiner Vorredner an unsere Schulen, an die Schulleitungen, an die Lehrer und an die vielen ehrenamtlichen Unterstützer an. Hier ist wirklich gerade in diesem Bereich in den vergangenen Jahren Hervorragendes geleistet worden. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ihr Bericht ist sehr informativ, aber natürlich - die Kollegin Klahn hat es eben angesprochen - wirft er auch noch eine Menge Fragen auf. Aber ich denke schon, er ist eine Grundlage, auf der wir in den nächsten Monaten auch weiterarbeiten können.

Er macht vor allem auch deutlich, wie groß die **Herausforderungen** sind, vor denen wir bei der Integration von Flüchtlingen in unser Bildungssystem stehen. Wir wissen: Auch in diesem Jahr werden Menschen hier in unserem Land Schutz suchen. Unter diesen werden viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche sein - mit höchst unterschiedlichen

(Astrid Damerow)

Voraussetzungen. Einige von ihnen haben noch nie eine Schule besucht. Andere bringen bereits Vorkenntnisse mit, also ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen an unser Schulsystem und unsere Lehrkräfte. Für all dies müssen wir Lösungen finden. All dies müssen wir möglichst schnell schaffen.

(Beifall CDU)

Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die wesentlichen Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Aus diesem Grund müssen wir alles tun, um **Teilhabechancen an Bildung** zu sichern. Die im vorliegenden Bericht aufgeführten Möglichkeiten eines Nachteilsausgleichs bei Abschlussprüfungen und der sogenannten Herkunftssprachenprüfung sind sicherlich ein richtiger Schritt. Ebenso wichtig ist natürlich die frühzeitige Unterrichtung in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen. Darüber haben wir bereits im vergangenen Jahr häufig diskutiert. Wir begrüßen es sehr, dass es hier nun tatsächlich auch möglich wird, dieses zunehmend durchzuführen.

Allerdings wissen wir, dass bereits heute viele Klassen im Bereich Deutsch als Zweitsprache überfüllt sind und auch die Lehrkräfte vielerorts an ihre Grenzen stoßen. An der Stelle möchte ich natürlich schon einmal daran erinnern, dass wir in unseren Haushaltsanträgen 480 Lehrerstellen zur Beschulung von Flüchtlingskindern bereitstellen wollten,

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um die Situation vor Ort zu verbessern. Sie haben diesen Haushaltsantrag abgelehnt. Heute könnten wir diese Lehrerstellen sehr gut brauchen.

(Beifall CDU - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD] - Zurufe SPD)

- Herr Habersaat, auch wenn Sie noch so temperamentvoll ans Mikrofon laufen, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Anita Klahn [FDP] - Martin Habersaat [SPD]: Besser ist das!)

Spricht man mit Betreuern und Flüchtlingen vor Ort, wird noch ein weiteres Problem deutlich: Viele der zu uns flüchtenden Menschen sind **zu alt**, um in unser **Schulsystem** aufgenommen werden zu können. Doch ebenso fehlt vielen von ihnen die Voraussetzung für eine unmittelbare Arbeitsaufnahme. Aber auch diese Menschen müssen und wollen wir integrieren; denn auch sie können die Fachkräfte

von morgen oder übermorgen sein. Auch das haben wir hier schon häufig angesprochen. Dazu müssen wir diesen Menschen aber auch die Möglichkeit geben, an unseren Berufsschulen fit für die Arbeitsaufnahme gemacht zu werden.

Ohne einen in Deutschland anerkannten Schulabschluss ist die Integration in den Arbeitsmarkt jedoch nur schwer möglich. Genau hier müssen wir ansetzen. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag die **Altersgrenze der Schulpflicht** auf 25 und in Ausnahmefällen auf 27 Jahre anheben, und diesen Menschen damit also auch ein Recht auf Schulbildung einräumen. Besonders freut es mich, dass wir dazu auch die Unterstützung des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Schmidt, erhalten haben. Ebenso gefreut habe ich mich über die Unterstützung der Landesarbeitsgruppe Migration und Arbeit Schleswig-Holstein. - Vielen Dank, Herr Döring.

Natürlich ist uns bewusst, dass uns eine Ausweitung der Schulpflicht und damit das Recht auf Unterricht vor große Herausforderungen stellt. Aber gerade weil diese Herausforderung so groß ist, ist es doch besonders wichtig, dass wir uns ihr jetzt und heute stellen.

Ich verweise hier im Übrigen auch einmal auf den **Flüchtlingspakt der Landesregierung**, auf die Seiten 37 und 38, in dem Sie dieses Problem schon angesprochen hatten. Das Problem hat durchaus noch weitergehende Folgerungen, nämlich dann, wenn diese jungen Menschen in Praktika gehen und während eines Praktikums das 18. Lebensjahr vollenden. Dann bekommen wir große rechtliche Probleme, im Übrigen nicht nur diese jungen Menschen, sondern auch die sie einstellenden Firmen oder auch die Schulleitungen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich denke, wir haben hier sehr dringenden Handlungsbedarf.

Ich muss an der Stelle etwas gestehen, was kein Geheimnis ist - die Kollegen gucken auch schon -: Ich bin nicht die ausgewiesene Bildungspolitikerin meiner Fraktion. Mir ist auch vollkommen klar, dass das alles ein sehr komplexes Thema ist. Sie selbst hatten das angesprochen, Frau Ministerin. Aber aus Ihren Ausführungen ist auch mir als bildungspolitischem Laien doch deutlich geworden, dass Sie eine Möglichkeit finden müssen, um das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.

(Astrid Damerow)

Ich glaube, das Thema ist es wert, dass wir es ausführlich im Bildungsausschuss diskutieren. Da werden dann auch unsere Fachleute wieder dabei sein; denn wir alle wissen aus den Gesprächen, die wir im vergangenen Jahr mit den Praktikern vor Ort geführt haben - wir haben das in einer Flüchtlingskonferenz übrigens ebenfalls thematisiert -, dass das ein Thema ist, das die Menschen vor Ort drückt und wo wir dringend Abhilfe schaffen müssen. Es kann nicht sein, dass wir gerade diese große Gruppe der jungen Menschen zwischen 18 und 27 sich selbst überlassen und nicht alles unternehmen, um ihnen hier die notwendige Unterstützung an die Hand zu geben. Deshalb bitte ich um Ausschussüberweisung und bin gespannt auf die Ergebnisse der Diskussion. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Damerow, Sie können natürlich nichts dafür, dass Sie hier eben reden mussten. Man merkte doch sehr, dass die CDU gerade ihre einzige Bildungsexpertin abgeschossen hat. Das werden Sie auch zukünftig merken.

(Peter Lehnert [CDU]: Arroganz der Macht!
- Weitere Zurufe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Wochen habe ich mit mehreren Kollegen eine **DaZ-Klasse** in einer Berufsschule in Pinneberg besucht. Selten bin ich so berührt aus dem Besuch einer Klasse herausgekommen. Man spürte, welche Hoffnungen und Ängste diese jungen Männer - es waren nur Männer in der Klasse - im Augenblick prägen. Eine Klasse mit 16- und 17-jährigen hochmotivierten Jugendlichen. Wir wussten, wenn wir in ihre Augen schauten, dass die Schulzeit für sie am Ende des Schuljahrs enden wird.

Es kann nicht der richtige Weg sein, in so einer Phase einen funktionierenden Klassenverband zwingend auseinanderzureißen. Man spricht im Allgemeinen von drei Jahren, die für ein Erlernen der deutschen Sprache notwendig sind. Vor vielen Jahren hat sich Schleswig-Holstein deshalb - die Ministerin hat eben darauf hingewiesen - auf den Weg gemacht, die **DaZ-Strukturen** aufzubauen. Sonst wären wir heute nicht so weit. Bereits in den 90er-

Jahren, als ich Germanistik studierte, konnte ich DaF-Module - so hieß es damals: Deutsch als Fremdsprache - belegen, weil sich Schleswig-Holstein schon in den 90er-Jahren auf den Weg gemacht hat.

Die DaZ-Kurse in Schleswig-Holstein mit den Stufen in drei Jahresschritten bauen genau auf diesen Erkenntnissen auf. Wir konnten im Bericht der Ministerin hören, wie die Schulen auf diese Aufgabe reagieren.

Fast 10.000 Schülerinnen und Schüler lernen täglich in den DaZ-Klassen die deutsche Sprache. Über 400 Klassen, die es an den allgemeinbildenden Schulen im letzten Jahr so noch nicht gab, erhalten täglich Unterricht. Natürlich könnte es noch mehr Unterricht sein, natürlich könnten wir hier noch mehr Lehrkräfte für einen gelungenen **Spracherwerb** einsetzen. Jeder, der einmal einen Fremdsprachenkurs besucht hat, weiß, dass eine Eins-zu-eins-Betreuung sicherlich am sinnvollsten ist. Ich finde aber, dass weit über 400 Klassen - neu hinzu -, der Unterricht für über 10.000 Schülerinnen und Schüler - neu hinzu -, die Schaffung von weit über 500 Stellen für Lehrkräfte - neu hinzu - eine Leistung sind, hinter der wir uns wahrlich nicht verstecken müssen.

(Beifall SPD)

Frau Kollegin Klahn, die Regelung zwölf Schülerinnen und Schüler für 25 Stunden, auf die Sie sich vorhin beriefen, gibt es nicht.

(Anita Klahn [FDP]: Das müssen Sie Frau Henke mal erzählen!)

Statt darauf zu verweisen, was alles noch nicht klappt, ist es mir eher daran, Danke zu sagen für all das, was klappt. Danke für die Organisation bei dieser Herausforderung durch das Ministerium, die Schulämter, die DaZ-Zentren, die unterrichtenden Lehrkräfte und die vielen, vielen Personen, die helfen, dass die Geflüchteten möglichst schnell die deutsche Sprache lernen können, um sich hier zu integrieren.

Vorhin habe ich eine E-Mail erhalten, dass das Gymnasium Altenholz am 17. März 2016 ein integratives Fußballturnier plant. Solche Aktionen sind absolut wertvoll.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die CDU fordert nun **pauschal** eine **Beschulung** bis 25 oder gar 27 Jahre. Bei einer längeren Be-

(Kai Vogel)

schulung bin ich ganz auf Ihrer Seite. Die Frage ist nur: Wie?

Wenn aus dem Weg zu G 8 etwas zu lernen war, dann ist es, dass geringe Akzeptanz erlangt wird, wenn Politik einfach entscheidet, weil sie es gerade für sinnvoll hält, die Schulen, die dies umzusetzen haben, allerdings ohne Vorlauf in dieses Abenteuer starten müssen.

Was hieße eine pauschale Beschulung bis 25 oder 27 Jahre sofort? Viele Berufsschulen hätten nicht die entsprechenden Räume und nicht die notwendigen Lehrkräfte. Handelt es sich von jetzt auf gleich - wie es die CDU fordert -, dann wäre uns der Protest jeder Berufsschule, jedes Berufsschülers und jeder Berufsschülerin absolut sicher.

Integration kann nur gelingen, wenn wir nicht die eine gegen die andere Gruppe ausspielen. Der von der CDU vorgeschlagene Weg, der sich aus dem Antrag ergibt: Rückt deutlich mehr zusammen und kürzt den Unterricht in den Berufsschulen, damit die Flüchtlinge genügend Stunden haben, um beschult zu werden, würde Unfrieden schaffen.

Junge Erwachsene ab 18 Jahren sind nicht mehr schulpflichtig. Damit ist der Bund über das SGB II für die Finanzierung der Maßnahmen dieser jungen Erwachsenen zuständig. Hier nun wie die CDU pauschal zu sagen: „Ach, lass das doch die Schleswig-Holsteiner zahlen“, bringt wieder eine Gruppe gegen die andere auf. Viele Millionen € aus dem Haushalt zusätzlich auszugeben, die eigentlich der Bund zahlt, ist wahrlich nicht durchdacht.

Was passiert eigentlich mit einem 28-, 29- oder 31-Jährigen, der noch weit über 30 Jahre hier arbeiten kann? Soll dieser Geflüchtete ganz knapp zu alt sein? Eine gelungene **Integrationsmaßnahme** muss ein Zusammenspiel von Bund und Ländern sein. Zudem ist eine **individuelle Passgenauigkeit** wichtig. Es kann zum Beispiel sein, dass eine Volkshochschule ein stimmigeres Angebot bietet. Wir sollten versuchen, diese Maßnahmen zusammenzubinden. Die Jugendberufsagenturen verbinden genau diese Schnittstellen. Es ist gut, dass sie auch in Schleswig-Holstein in diesem Jahr starten.

Kehren wir in die Klasse am Anfang zurück. Den Jugendlichen ist absolut egal, wer für ihre Beschulung zahlt. Warum nicht im Jahr eins in genau der Berufsschule das Land und ab dem Jahr zwei ebenfalls wieder in genau der Berufsschule der Bund, und die Beschulung dieses Klassenverbundes kann weiter erfolgen? Eine **Aufhebung des Kooperationsverbots** wäre hier absolut hilfreich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie merken, es gibt noch viele Fragen, die wir klären sollten. Wie meine Vorredner beantrage ich deshalb Überweisung in den Ausschuss und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Where is the school? - Das war einer der Augenblicke im letzten Jahr, die mich besonders beeindruckt haben. Ich stand am Kieler Bahnhof. Es kamen unzählige Geflüchtete an, nach langen Bahnfahrten quer durch Deutschland und wochenlanger Flucht. Es stand ein 16-jähriger Junge mit seinen beiden Kumpeleis vor mir. Sie fragten nicht: Wo kann man hier schlafen, wo geht es zur Fähre, oder wo gibt es etwas zu essen? Sondern die Frage war: Wo ist hier die Schule?

Er ist wahrscheinlich einer von knapp 10.000 **Kindern und Jugendlichen**, die innerhalb eines Jahres in unsere **Schulen** gekommen sind. Ministerin Britta Ernst hat es bereits angedeutet: Wenn man das vorher gewusst hätte, hätte man wahrscheinlich echt weiche Knie bekommen. So haben alle gar keine Zeit gehabt, sich Sorgen zu machen.

Aber natürlich ist das ein **Kraftakt**. Das ist ein Kraftakt für die Lehrkräfte in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in den DaZ-Basiskursen, in den Grund- und Gemeinschaftsschulen, auch besonders in den beruflichen Schulen. Da wird unglaublich viel gestemmt, und die DaZ-Struktur gibt es dort erst seit zwei Jahren; da ist noch gar keine Routine eingekehrt. Auch einige Gymnasien beteiligen sich da bisher.

Das ist ein Kraftakt für die Schulleitungen, für die DaZ-Koordinatoren und auch für die Schulleitungen, wenn man sich überlegt, was da alles organisiert werden muss. Frau Klahn, deswegen verstehe ich auch nicht, dass Sie sagen, es müsste hier irgendwie klare, planbare Zahlen geben. Denn momentan ist eines der Probleme, dass die Themen immer wieder auf einen zukommen.

(Anke Erdmann)

Es ist ein Kraftakt, sich jeden Tag neu einzustellen, besonders auch für die Lehrkräfte. Dass so viele Lehrkräfte „nebenbei“ Zusatzqualifikationen erwerben, um diesen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, ist ein dickes Dankeschön wert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Das ist auch ein Kraftakt für die Kinder und Jugendlichen, die hierherkommen, die ein Päckchen zu tragen haben, die Dinge gesehen haben, die wir uns gar nicht vorstellen möchten. Sie sind jetzt in unseren Klassen, sind bemüht und finden es oft wirklich toll, endlich wieder zur Schule gehen zu können. - Where is the school?

Ungefähr 10.000 Kinder und Jugendliche sind innerhalb eines Jahres in unsere Schulen aufgenommen worden. Sie sind aufgenommen worden; bis wir sie richtig integriert haben, wird es noch ein langer Weg werden. Bei einigen geht es unglaublich schnell, innerhalb von wenigen Monaten können sie in die Regelklassen gehen und Anschluss finden, bei einigen dauert es etwas länger.

Ich bin froh, dass es eine **Weichenstellung** durch die **Landesregierung** gibt, seit dem 1. Januar 2016 700 zusätzliche Stellen. Frau Klahn, natürlich sind nicht alle Stellen besetzt; einige sind erst zum 1. Februar freigeschaltet worden. Aber auch da gab es - glaube ich - schon Besetzungen im Vorfeld, damit mehr Lehrkräfte ankommen. Das finde ich sehr gut.

Die FDP muss sich einmal überlegen, was sie eigentlich will: Hier sprechen Sie davon, dass die Situation an den Schulen so schwierig sei, und gleichzeitig sagt Ihr Fraktionsvorsitzender, er werde gegen die Haushaltspolitik des Landes klagen. Da muss man in der FDP-Fraktion vielleicht irgendwie einmal eine Linie finden.

Was mir an den Aktivitäten des Ministeriums besonders gut gefällt, ist unter anderem, dass auf die **außerschulische Bildung** abgestellt wird. Die Initiativen im Bereich Ganztage und auch in der Ferienbetreuung sind wirklich gute Modelle und zeigen, dass wir die Schulen nicht nur allein betrachten dürfen, sondern dass das integriert laufen muss. Ich danke auch noch einmal den ganzen Ehrenamtlichen - Frau Ernst hat das schon angesprochen - und den Schülerinnen und Schülern, die unglaublich viele Projekte angeschoben haben und sich an ihnen beteiligen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es wird mehr LiV-Stellen geben, und ich muss sagen, mir gefällt das Projekt, dass man im zweiten Examen statt einer Examensarbeit einen DaZ-Kurs aufbauen kann, wirklich gut. Das ist für mich pragmatisches und zukunftsorientiertes Handeln. Das ist übrigens kein Problem mit der Prüfungsordnung. Die ist ja verändert worden. Verordnungen sind ja nicht in Stein gemeißelt, und man kann schauen, wie das aussieht. Soweit ich weiß, ist das alles konform gelaufen.

Trotzdem - das kann man nicht wegreden - ist es eine unglaubliche **Herausforderung** für viele Schulen. Wir hören unterschiedliche Sachen. Teilweise läuft das sehr gut. Dann kommt möglicherweise ein Schwung an Kindern und Jugendlichen, und auf einmal sind die Gruppengrößen wieder deutlich größer, oder eine Lehrkraft wird krank. Wir wissen, dass das an einigen Standorten auf Kante genäht ist. Deswegen hat mich auch das Interview von Aloys Altmann vom Bund der Steuerzahler so unglaublich geärgert, der gesagt hat, wie könne man jetzt eigentlich all diese Lehrerstellen bewilligen, die uns dann jahrelang noch auf der Tasche lägen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Dieser Typ hat wirklich keine Ahnung, wovon er spricht. Ich würde einmal vorschlagen, dass er in einen dieser DaZ-Kurse geht und sich das anschaut, dann sieht er, wie die Arbeit aussieht, die da gemacht wird. Die ist sehr wertvoll, und daran ist überhaupt nicht herumzukritteln.

(Zuruf SPD: Es ist nur ein Verein!)

- Ja, es ist nur ein Verein, genau! Aber dieser hat offensichtlich immer noch eine große Stimme.

Natürlich ist noch nicht alles ganz klar, fix und fertig, sondern es ist ein System, das noch erweitert werden muss. Natürlich muss man sehen, was im Sommer passiert. Wenn ich mir zum Beispiel Kiel anschau, stelle ich fest: Wir haben bisher ungefähr eine Zahl von Kindern und Jugendlichen in einer Größenordnung von einer Grund- und einer Gemeinschaftsschule, die auch in den **Regelunterricht** an den Schulen gehen sollen. Wie schaffen wir es also, Kinder und Jugendliche in der Nähe ihres Wohnortes zur Schule gehen zu lassen, auch Geflüchtete, die sich oft an bestimmten Orten stärker aufhalten als an anderen, und trotzdem alle Schulen einzubeziehen? Das ist momentan einer der Punkte, wo man vor allem auch regional gute Lösungen finden muss. Ich glaube, es müssen möglichst viele Schulen mit ins Boot, auch die Gymna-

(Anke Erdmann)

sien. Einige scharren schon mit den Hufen und wollen gern. Ich glaube, diese Chance sollte man ihnen auf alle Fälle geben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Einer der Punkte, wenn man mit Lehrkräften aus DaZ-Basisklassen spricht, ist, dass sie sagen, es sei schon sehr herausfordernd geworden. Die Spannweite von - das ist jetzt kein Klischee - dem eritreischen Hirtenjungen ohne Schuhe bis hin zu dem fast fertigen Abiturienten aus Syrien neben ihm stellt schon eine Herausforderung an Heterogenität dar. Dann kommt dazu ein permanenter Lerngruppenwechsel. Wir wissen, es gibt keine stabile Lerngruppe, sondern gerade im Bereich der Geflüchteten kommen permanent neue Kinder und Jugendliche dazu. Andere gehen wieder, ziehen also weg. Ich glaube, momentan haben wir eine sehr unruhige Situation, obwohl man den Kindern und Jugendlichen natürlich Stabilität wünschen würde. Ich weiß aber nicht, wie man das anders regeln kann. Ich bin froh, dass wir eine **Schulpflicht** ab dem ersten Tag haben.

Wir hören eben auch, dass die Sorge besteht, ob man auch in einem Jahr noch genügend Personal finden wird. Deshalb ist die Fragestellung DaZ in der zweiten Phase der Lehramtsausbildung sehr gut. Die zusätzlichen Referendariatsstellen hatte ich schon angesprochen. Möglicherweise kann man auch darüber nachdenken, ob die DaZ-Zentren DaZ-Schulassistentinnen und -Schulassistenten bekommen können. Warum greifen wir nicht auch auf Lehrkräfte zurück, die möglicherweise unter den Geflüchteten sind, die zum Beispiel Englisch und Mathe unterrichten könnten? Das wäre eine Überlegung. Aber auch die bedarf natürlich noch einer Überprüfung.

Zu dem Antrag der Fraktion der CDU wird gleich meine Kollegin Ines Strehlau sprechen. Ich kann Ihnen aber sagen, was eines der Gründe ist, warum der Flüchtlingsbeauftragte dafür ist. Plötzlich hätten nämlich alle Jugendlichen einen **Anspruch auf Bildung**. Momentan gilt das nur für die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 18, die aus Staaten mit einer klaren Bleibereichtsperspektive kommen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Komme ich, Herr Präsident. - Das heißt, all die jungen Menschen aus Afghanistan zum Beispiel sind von den Maßnahmen ausgeschlossen. Aber da könnte man von Bundesregierungsseite für eine Öffnung eintreten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den vorgelegten Bericht danke ich der Bildungsministerin und ihrem Haus ausdrücklich. Wir wissen aus den zurückliegenden Sitzungen aller beteiligten Ausschüsse, dass hier eine Menge an **Koordinierungsarbeit** zu leisten ist und die Entwicklung hinsichtlich Daten und Fakten oft schneller ist, als man es aufschreiben kann.

Wer die **Flüchtlingspolitik** kritisiert, der wird doch, wenn es um die **schulpflichtigen Kinder** geht, feststellen können, dass die Landesregierung hier schnell reagiert hat. Sie hat hier versucht, möglichst viel richtig zu machen und angemessen zu erledigen. Das möchte ich grundsätzlich für den Bereich der Schulpolitik feststellen. Dafür danke ich auch ausdrücklich.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Darum unterstelle ich auch bei allem, was ich im vorgelegten Bericht lese, zunächst großes Bemühen und politisches Engagement. Dennoch kann der Bericht nicht wirklich zufriedenstellend sein, weil er nur dokumentiert, was auf geduldigem Papier gut funktioniert, was aber bei genauem Hinsehen leider der Realität in den Schulen nicht standhält.

Wir üben den Spagat zwischen dem politisch Möglichen und dem realpolitisch Besten, und da kommen wir noch immer nicht zusammen. Seit 2012 wurden 84 DaZ-Zentren eingerichtet und stufenweise ausgebaut. Der Bericht zeigt auf, dass sich durch den massiven Flüchtlingsstrom allerdings die Zielgruppe und damit der Anspruch an diese Zentren geändert haben. Im September hat der NDR in Schleswig-Holstein einen praxisnahen Bericht, einen Bericht aus dem Schulalltag, gezeigt. Dabei

(Sven Krumbeck)

wurde auch das Bemühen der Landesregierung unter der Fragestellung: „Alles gut?“, beleuchtet.

Der **schulische Alltag** beginnt in den Sekretariaten, in denen überraschend immer mal wieder Schülerinnen und Schüler ankommen, die auf die Schulen nicht vorbereitet werden konnten. Die Kinder sind natürlich nicht an unseren Schulalltag gewöhnt. Sie sprechen gar kein Deutsch, sind traumatisiert oder nachhaltig verunsichert. In den DaZ-Klassen sitzen so nicht selten 28 oder 30 Kinder, ursprünglich sollten es 12 sein.

Managen sollten das alles die **Lehrkräfte**, die inzwischen eine Rarität auf dem Arbeitsmarkt sind. Denn auch das wissen wir: Die zusätzlich von der Regierung zur Verfügung gestellten Stellen werden zwar ausgeschrieben, können dann aber nicht besetzt werden, weil das qualifizierte Personal bundesweit gesucht wird. Eine unbesetzte Stelle dient dann vielleicht der Profilierung der Regierung, hilft aber den Schulen nicht. Sie müssen improvisieren. Da werden eben Klassen geteilt und der Unterricht in Teilen von Schülern mit übernommen.

Auf Seite 10 des Berichtes finden wir die Hinweise auf **flexible Lösungen** und die Leistungen der Wohlfahrtsverbände. Es ist zwar gut, dass hier viele zusammenarbeiten, nur mit diesen vielen müssen wir im Gespräch bleiben, auch wenn es um den heute vorgelegten CDU-Antrag geht. Den finde ich in der Sache gut. Darum signalisiere ich hier schon einmal Unterstützung und freue mich auf die Ausschussberatung. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Thema **Zuwanderung** und bei der Frage nach notwendigen **Integrationsmaßnahmen** überschlagen sich die Meldungen nahezu täglich. Ich denke, dass die Diskussion darüber, wie wir die Menschen, die zu uns kommen, bestmöglich integrieren, extrem wichtig ist. Bereits in der Debatte zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt wurde deutlich, dass die **Sprachkompetenz** ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Integration ist. Die sprachliche Barriere ist eine Hürde, die erfolgreich in Angriff genommen werden muss.

Was für den Arbeitsmarkt gilt, gilt natürlich auch für die Integration ins Schulsystem. Daher ist es dringend geboten, dass wir uns in diesem Zusammenhang mit dem Ausschnitt **Schule** befassen. Aber ich will deutlich sagen, dass wir bei diesen Fragen ganz sicher nicht am Anfang stehen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.

Aus dem vorliegenden Bericht geht klar hervor, dass wir zum Beispiel beim Thema DaZ-Unterricht über mehrjährige Erfahrung verfügen. Diese Form der Sprachförderung in den allgemeinbildenden Schulen ist in der Tat fachlich und institutionell etabliert. Bereits seit 2002 wurden in Schleswig-Holstein schrittweise bis 2013 und 2014 insgesamt 84 **DaZ-Zentren** eingerichtet. Hierfür wurden 220 Lehrerstellen im dreistufigen Modell eingesetzt.

Seinerzeit wurden die DaZ-Zentren unter dem Vorzeichen errichtet, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Sprachförderung quer durch alle Fächer und Lernbereiche zu geben - also für Kinder und Jugendliche, die bereits längere Zeit in Deutschland gelebt haben, die aber aufgrund ihrer eingeschränkten Sprachkompetenz Nachholbedarf aufzeigten.

Mittlerweile hat sich die Situation an den **DaZ-Zentren** durch die **Flüchtlingskinder** deutlich geändert. Hier geht es um Kinder und Jugendliche, die heute unter ganz anderen Voraussetzungen am Unterricht an den DaZ-Zentren teilnehmen. Es sind junge Menschen, die teilweise extreme Lebensereignisse gemacht haben und durch Krieg und Flucht traumatisiert sind. Sie sind in einem fremden Land, mit einer fremden Sprache und einer anderen Kultur.

Diese Kinder und Jugendlichen zu integrieren, ist eine große pädagogische Herausforderung. Dazu kommt, dass sich die Zahl der Flüchtlingskinder im letzten Jahr mehr als vervierfacht hat. Dies stellt alle Beteiligten vor große Aufgaben. Das dürfte allen hier klar sein.

Es gilt, diese jungen Menschen innerhalb kürzester Zeit an unsere Sprache und an unser Schulsystem heranzuführen. Laut Bericht haben wir 122 DaZ-Zentren mit - Stand Februar 2016 - mittlerweile 406 Klassen, die sich über das Flächenland Schleswig-Holstein verteilen. Aktuell haben wir rund 9.700 Schülerinnen und Schüler mit DaZ-Bedarf, die von 700 Lehrkräften begleitet werden. 6.087 Schülerinnen und Schüler sind an den Basisstufen der allgemeinbildenden Schulen, 3.611 Schülerinnen und Schüler sind an den berufsbildenden Schulen.

(Jette Waldinger-Thiering)

In den DaZ-Zentren wird aber mehr als nur Sprache vermittelt. Insbesondere die **interkulturelle Bildung und Erziehung** ist wichtig, um die jungen Menschen an unsere Gesellschaft heranzuführen. Um dies alles zu ermöglichen, hat das Land große Anstrengungen unternommen und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Auch im Haushalt 2016 sind bereits zusätzliche Mittel eingeplant. Ergänzend zum Schulangebot haben wir 2015 Mittel im Umfang von 1,5 Millionen € für einen „Sprachförderungs- und Integrationsvertrag“ bereitgestellt. Damit wollen wir den jungen Menschen auch außerhalb der Schulzeit Bildungsimpulse zukommen lassen, denn Sprache lebt davon, auch in der Freizeit gesprochen zu werden.

Der Bericht weist noch eine Menge guter und hilfreicher Integrationsmaßnahmen auf, doch leider reicht die Zeit nicht, hier alle zu nennen.

Das **Engagement** der **Lehrkräfte** und aller Beteiligten an den Standorten ist bemerkenswert. Für diese enorme Leistung gilt allen unser großer Dank, die bisher mitgeholfen haben,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

diese gesellschaftliche Herausforderung so erfolgreich zu bewältigen.

Kurz noch zum Antrag der Kollegin Franzen. Der Ansatz, den **über 18-Jährigen** Zugang zur **Berufsschule** zu gewähren, um sie dort zu integrieren, ist im ersten Moment nachvollziehbar. Jedoch halte ich den Antrag für wenig hilfreich. Zum einen liegt die Verantwortung für nicht mehr berufsschulpflichtige Menschen beim Bund, zum anderen verbauen wir den über 18-Jährigen mit der Berufsschulpflicht ihr individuelles Recht, andere Möglichkeiten - auch mit beruflicher Perspektive - wahrzunehmen. Deshalb freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss.

Eines möchte ich noch in Richtung Frau Klahn sagen. In dem Bericht, den uns die Bildungsministerin vorgelegt hat, steht auch, dass uns die Wohlfahrtsverbände im Sommer 2016 einen ausführlichen Sachbericht zu den vereinbarten Zielen und den einzelnen Projekten geben werden. Insofern freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss und auf den Bericht im Sommer, um zu sehen, wozu unser Geld gebraucht worden ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Davon habe ich zurzeit drei. Den ersten davon liefert der Herr Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein gilt ab dem ersten Tag die **Schulpflicht für Flüchtlinge**. Das ist zunächst einmal eine richtig gute Nachricht und nicht in jedem Bundesland selbstverständlich. Sogar in den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es ab Tag eins DaZ-Vorbereitungskurse. Darüber, ob und wie man diese Schulpflicht für die **Jugendlichen über 18** ausweitet, sind wir gern gesprächsbereit.

Ich habe mich über das Signal der CDU gefreut, die sagt: Das Geld spielt keine Rolle, wir würden auch die Finanzierung übernehmen, die bisher der Bund übernommen hat. Es ist ja diese Koalition gewesen, die im Bildungsbereich seit 2012 massiv Stellen aufgebaut und damit Ihren Stellenabbaukurs an allen möglichen Enden korrigiert hat. Ja, Sie haben im letzten Haushalt beantragt, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Aber Sie wollten auch die Bafög-Mittel nicht an die Schulen geben. Das heißt: Unter dem Strich führen die Schulen bei Weitem nicht so gut, wie Sie es hier darstellen. Wir lernen ja auch, wie seriös Sie neuerdings arbeiten, Herr Koch, wenn der eine Kollege Tausende von neuen Polizeibeamten fordert und der andere Kollege das mit schlanker Hand wieder einsammelt. Langsam machen wir uns Sorgen, Herr Koch. Sie entwickeln sich zu einem finanzpolitischen Hallo-dri.

(Unruhe - Zurufe Tobias Koch [CDU] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir haben in der Tat noch viel zu tun. Drei Themenblöcke möchte ich hier ansprechen, die mir in dieser Hinsicht besonders am Herzen liegen.

Der erste ist: Die **Jugendberufsagenturen** können in der Tat ein Weg sein, um Schulen, Bundesagentur und Kreise gemeinsam in die Verantwortung zu bringen und gemeinsam Angebote für die bis 25 oder 27 Jahre alten Menschen zu entwickeln. Wir haben das in sechs Kreisen und kreisfreien Städten gestartet. Ich bitte Sie alle, mit uns gemeinsam dafür zu werben, dass mehr Kreise und kreisfreie Städte mitmachen, damit die Jugendberufsagenturen genau dort helfen können, wo sie helfen sollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Martin Habersaat)

Der zweite Block betrifft die Bundesebene und auch die Bundes-CDU, die sich ja in Berlin mit der Frage befasst, ob die Berufsschulpflicht ausgeweitet werden soll. Das ist doch der Schlüssel, um endlich dieses bescheuerte Kooperationsverbot aufzuheben und in ein **Kooperationsgebot** zu verwandeln. Da müssen wir gemeinsam weitermachen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der dritte ist, dass wir gemeinsam die **Strukturen**, die in Schleswig-Holstein zweifelsohne vorhanden sind, Stück für Stück ausweiten müssen. Ich habe keine Zeit, weiter darauf einzugehen, weil ich noch kurz auf den Steuerzahlerbund eingehen möchte, über den ich mich auch geärgert habe. Ich beruhige mich dann immer damit, dass ich mir vorstelle, ich würde einen Bund der Luftatmer gründen. Alle Menschen wären in meinem Bund vertreten. Dann würde ich dem Steuerzahlerbund zwar nicht sagen, dass es völliger Blödsinn sei, was er da verkündet, würde ihm diese Worte aber doch zum Prozess der Selbsterkenntnis angeboten haben wollen. - Vielen Dank.

(Heiterkeit - Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Erdmann! - Ich habe mich gemeldet, weil mir eigentlich vieles, was Sie gesagt haben, ganz gut gefallen hat. In der Sache hat mir vieles gut gefallen, vor allem, weil mich die **Begeisterung**, mit der die sogenannten **DaZ-Lehrerinnen und -Lehrer** an die Sache herangehen, wirklich selbst begeistert.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich finde es toll, mit wie viel Engagement und Einsatz hier unter schwierigen, zum Teil sehr schwierigen Verhältnissen etwas geleistet wird, das dazu beitragen soll, dass sich junge Menschen selbstbewusst in unsere Gesellschaft integrieren können.

Was wir nicht brauchen - Frau Erdmann, das will ich auch mit aller Entschiedenheit zurückweisen -, ist der Versuch, den ich mitbekomme, wie man sich Stück für Stück vom **Konsolidierungskurs** verabschieden will. Wenn Sie ehrlich sind, müssten Sie

mitbekommen haben, dass die FDP-Fraktion als Oppositionsfraktion beim vergangenen Landeshaushalt an sämtliche Titel, die flüchtlingsinduziert oder auch nur vermeintlich flüchtlingsinduziert gewesen sind - ich will das gleich begründen -, nicht herangegangen ist, weil wir gesagt haben: Das ist eine Aufgabe, die wir wuppen müssen, und da wäre es billig, sich als Opposition einfach vom Acker zu machen. Gleichzeitig machen wir aber sehr deutlich, dass wir am Konsolidierungskurs festhalten wollen. Da gibt es keine zwei Meinungen in der FDP-Fraktion zwischen Frau Klahn und Herrn Kubicki. Was wir nicht wollen, ist, dass die Bewältigung dessen, was durch Schutz suchende Menschen an zusätzlichen finanziellen Kosten auf uns zukommt, zum Vorwand genommen wird, sich vom Konsolidierungskurs zu verabschieden.

Wenn man dem Kollegen Stegner zuhört, stellt man fest, dass er sogar mit Unwahrheiten argumentieren muss. Ich will nur darauf hinweisen, dass Sie behauptet haben, der schwarz-gelbe Konsolidierungskurs in der letzten Legislaturperiode habe zu den Verhältnissen im Friesenhof geführt. Herr Stegner, wenn Sie so etwas nötig haben, um sich vom Konsolidierungskurs zu verabschieden, sage ich: Es ist vollkommen richtig, dass unser Fraktionsvorsitzende für den Fall des Falles eine Verfassungsbeschwerde angekündigt hat.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie können gleich Ihre Zwischenfrage stellen. Was wollen wir definitiv nicht? - Wir wollen die **zusätzlichen Lehrerstellen**, die hier gefordert und möglicherweise in der Tat auch notwendig sind. Liebe Kollegin Erdmann, was wir aber nicht wollen, ist, dass zum Beispiel zusätzliche Stellen in der allgemeinen Abteilung des Innenministeriums geschaffen werden. In der Finanzausschusssitzung wurde mir erklärt, davon seien bestimmt auch einige flüchtlingsinduziert. Zu den restlichen Stellen hieß es: Schauen wir mal, die sind trotzdem notwendig. Das sind genau die Personalstellen, bei denen wir nach wie vor sagen: Nein, die wollen wir nicht. Hier ist uns der Konsolidierungskurs definitiv wichtiger.

(Beifall FDP)

Jetzt würde ich eine Zwischenfrage des Kollegen Stegner zulassen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, Sie hätten jetzt das Wort.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Dr. Garg, ich habe der Zeitung entnommen, dass der Kollege Kubicki Sie als seinen geborenen Nachfolger als Fraktionsvorsitzenden bezeichnet hat. Ich fände es nicht so schön, wenn Sie sein Nachfolger in der Disziplin würden, verkürzt und sinnentstellend zu zitieren. Das haben Sie hier aber getan. Mir würde es völlig fernliegen, eine Formulierung zu gebrauchen, die Sie hier gerade eben angesprochen haben. Es gibt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der beschäftigt sich mit diesem Thema.

Was ich allerdings gesagt habe, ist: Die Zeit des schlanken Staates ist in bestimmten Bereichen vorbei. Wenn wir einen **handlungsfähigen Staat** wollen, dann müssen wir ihn personell auch ausstatten, nicht nur im Bereich der Lehrer und der Polizei, sondern auch im Bereich der Jugendhilfe müssen wir das tun. Das zeigen die Verhältnisse. Ich habe wahrheitsgemäß darauf hingewiesen, dass es im Sozialministerium in diesem Bereich eine Stellenreduzierung gegeben hat. Nichts anderes habe ich getan. Die kausalen Zusammenhänge, die Sie eben hergestellt haben, habe ich weder hergestellt, noch habe ich so ein Zitat gebraucht. Ich bin Ihnen dankbar, dass ich das der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit noch einmal darlegen konnte. Insofern haben Sie Dank für Ihre Bemerkung, für Ihr verkürztes Zitat aber nicht.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Das war kein verkürztes Zitat, sondern es war exakt das, was in dem Artikel dargestellt wurde. Sie können sich ja gegen das, was in dem Artikel aus dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag wiedergegeben wurde, wehren. Das war exakt das, was wiedergegeben wurde, nämlich dass Sie den schwarz-gelben Konsolidierungskurs mit den Verhältnissen im Friesenhof gleichgesetzt haben. Das passt auch zu Ihnen, Herr Dr. Stegner. Deshalb danke ich Ihnen recht herzlich dafür, dass Sie mir die Gelegenheit gaben, noch einmal darauf hinzuweisen, wie Sie Politik betreiben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Als Nächste hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir einmal wieder zu den Jugendlichen zurück, die uns - so glaube ich - allen am Herzen liegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch ich möchte sagen, dass die **beruflichen Schulen** einen super Job machen. Ich würde auch noch die Schulsozialarbeit einbeziehen, die gut flankiert. Es ist richtig, wichtig und gut, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen diese **Schulsozialarbeit** auch an den beruflichen Schulen fest verankert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir hören es immer wieder: Die beruflichen Schulen haben eine riesige Herausforderung zu meistern. Ich finde, dass sie das sehr gut machen. Es bewährt sich auch unser Konzept der RBZ, weil die RBZ als Anstalten öffentlichen Rechts Mittel einwerben können. Sie können zum Beispiel bei der BA Sprachkurse einkaufen, und das tun sie. Sie sind sehr flexibel, nehmen Herausforderungen an und machen mit den Kapazitäten, die sie haben, eine tolle Arbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt, wir müssen das Konzept der RBZ noch weiter vorantreiben.

Zum Antrag der CDU und der **Ausweitung der Berufsschulpflicht**: Hierzu hat die Ministerin einiges gesagt. Die Berufsschulpflicht auszuweiten, ist über das Ziel hinausgeschossen. Auf der anderen Seite sehen wir alle, dass wir die Problematik haben: Was machen wir mit den Jugendlichen, die über 18 sind oder es bald sein werden? Ich finde, hier haben wir die Verantwortung, dass wir ein **Gesamtkonzept** schnüren müssen. Im Moment haben wir das Programm des Landes BÜFAA SH. Wir haben das Programm der Agentur für Arbeit PerjuF, wir haben die Sprachkurse der BA, wir haben aber auch die STAFF-Kurse, wir haben die Integrationskurse, und wir haben die DaZ-Kurse. Hieraus müssen wir ein Gesamtkonzept machen, sodass kein Jugendlicher verloren geht. Weder ein deutscher Jugendlicher noch ein Flüchtlingsjugendlicher soll uns verlorengehen. Ich glaube, dass die Ministerin mit der Lenkungsgruppe, in der sie die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Ministerien an einem Tisch

(Ines Strehlau)

hat, eine gute Basis hat, um weiter daran zu arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir müssen bei all diesen Dingen darauf achten, dass wir alle Jugendlichen mitnehmen. Ich finde die **Einteilung** in vier Staaten mit **sicherer Bleibeperspektive** und den Rest unsäglich.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ganz viele Afghanen und auch Jugendliche anderer Nationalitäten an den beruflichen Schulen. Das ist **sozialer Sprengstoff**, den wir uns ins Haus holen. Liebe CDU, wirkt doch bitte im Bund darauf hin, dass wir diese Trennung aufheben. Wir können damit nicht gut einen gesellschaftlichen Zusammenhang organisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich freue mich, jetzt mehrfach das Stichwort der **Aufhebung des Kooperationsverbots** gehört zu haben. Ich hoffe, dass die SPD dies im Bund aufnimmt und dass die CDU dies auch tut. Ich glaube nicht, dass das etwas in dieser Legislaturperiode wird. Ich hoffe, dass es in der nächsten Legislaturperiode etwas damit wird. Ich weiß, wir haben auch einen grünen Ministerpräsidenten, der der Aufhebung des Kooperationsverbotes nicht positiv gegenübersteht, aber das kann sich ja ändern.

(Martin Habersaat [SPD]: Noch nicht!)

Ich würde mich freuen, wenn dies vorankäme, denn dann könnte auch die Berufsschulpflicht mit vom Bund getragen werden. Dann würden wir dies unter anderen Vorzeichen diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3817 sowie den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/3715, dem Bildungsausschuss zu überweisen, wobei der Bericht zur abschließenden Beratung überwiesen werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig.

Ich gebe Ihnen folgenden Hinweis: In der Mittagspause, und zwar jetzt unmittelbar im Anschluss an die Plenarsitzung, findet in Raum 139 eine Sondersitzung des Europaausschusses und im Raum 122 eine Sondersitzung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses statt.

Wir treffen uns um 15 Uhr wieder hier. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung 13:07 Uhr bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung. Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Cannabis legalisieren - Konsumenten entkriminalisieren

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3844

Drogenpolitik braucht Prävention, Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten und entschiedene Verfolgung des Drogenhandels

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3878

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag meiner Fraktion zur Entkriminalisierung breiter Massen ist alles andere als eine vom Gebrauch der Substanz, über die wir hier reden wollen, getrübbte Idee. Ich schicke das voraus, weil ich ziemlich sicher bin, dass alle Redner nach mir unseren Antrag in der Luft zerreißen

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Nein!)

oder wahrscheinlich zerreißen werden.

(Wolfgang Dudda)

Wir befinden uns mit diesem Antrag eigentlich in bester Gesellschaft. Diese beste Gesellschaft gehört wahrlich nicht zum Kreis derer, die verdächtig wären, sich als Konsumenten lediglich um ihre eigenen Interessen zu kümmern. Die 123 Strafrechtsprofessoren des Schildower Kreises, die sich in ihrer Resolution „Notwendigkeit der Überprüfung der Wirksamkeit des Betäubungsmittelgesetzes“ an die Abgeordneten des Bundestags gewandt haben, sind wohl eher unverdächtig, an den Spätfolgen eines übermäßigen Cannabis-Konsums zu leiden.

Gleiches gilt sicherlich auch für den Chef der Gewerkschaft des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, auf den ich gleich noch zu sprechen kommen werde.

Aus dem Kreis des Schildower Kreises spricht der Sprecher Lorenz Böllinger, und er nennt das **Betäubungsmittelgesetz**, das zurzeit gilt, sogar verfassungswidrig, weil die Bestrafung von **Cannabis-Konsum** unverhältnismäßig sei. Das Gesetz erschwere die Prävention und sei ein opferloses Delikt, wie er sagt. Er sagte dies am Rande einer Fachtagung in Frankfurt im Herbst 2014 der „Frankfurter Allgemeinen“. Der Konsument, so führt er aus, schädige nur sich selbst, wenn überhaupt.

Auf derselben Veranstaltung führte Dirk Peglow vom Bund Deutscher Kriminalbeamter aus, dass 145.000 - diese Zahl muss man sich merken - von insgesamt 250.000 ermittelten Drogendelikten im Jahr 2013 Cannabis betrafen. Von denen wurden knapp 90 % eingestellt.

Dazu sagt dann der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, es sollte eine Diskussion über alle Rauschmittel von Alkohol über Tabak und Cannabis bis hin zu harten Drogen geführt werden. Es müsse neu bewertet werden, wie gefährlich harte, aber auch vermeintlich harmlose legale Drogen seien. Dann müsse man abwägen, ob ein regulierter Markt für Cannabis oder andere Substanzen eine gute Alternative sein könnte.

(Beifall PIRATEN)

Die Zahl der 145.000 Cannabis-Delikte aus dem Jahr 2013 überrascht nicht. Jetzt kommt eine andere wichtige Zahl; die kommt von dem Suchtforscher Heino Stöver von der Fachhochschule Frankfurt. Er hat in einer Untersuchung festgestellt, 2013 hätten 12 % der Deutschen Cannabis konsumiert. Nur 3 % seien allerdings Gewohnheitskonsumenten. Der Dauergebrauch sei auf niedrigem Niveau stabil und werde, wie der Vergleich mit anderen Ländern zeige, durch rechtliche Änderungen kaum verändert.

Damit kann das leidige „Haschisch-ist-die-Einstiegsdroge-Argument“ auch abgehakt werden. Ja, fast alle Konsumenten sogenannter harter Drogen haben am Anfang Haschisch geraucht. Von diesen gibt es in Deutschland laut der Studie des Fachverbandes Sucht e.V. etwa 319.000. Wir müssen diese Zahl einmal Folgendes gegenüberstellen. Von den 9,84 Millionen Cannabis-Konsumenten im Jahr 2013, wie die Fachhochschule Frankfurt feststellt hat, sind etwa 2,46 Millionen Gewohnheitskonsumenten. Mit anderen Worten: Über 98 % der Cannabis-Konsumenten sind eben nicht den harten Drogen verfallen.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Ähnliche Erkenntnisse haben 23 US-Bundesstaaten dazu bewogen, ihre Cannabis-Politik zu liberalisieren bis hin zur Freigabe für Erwachsene, so wie es das zweitgrößte Land der Erde, nämlich Kanada, jetzt auch betreibt. Weltweit hat aktuell zum Beispiel Uruguay sechs Substanzen zum Eigenanbau freigegeben, Portugal ist umgeschwenkt von der Repression auf die **Prävention**, ein weltweiter Trend der Vernunft zieht ein, Deutschland bleibt außen vor.

Neben der anfangs von mir genannten Unverhältnismäßigkeit der Strafverfolgung von Cannabis-Delikten möchte ich auch das Argument anführen, dass es diese absolut nicht mehr zeitgemäße Verbotspolitik ist, die der Mafia und den Terroristen die Taschen vollmacht.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein staatlich kontrollierter Vertrieb wäre für diese Leute ein echter Schlag ins Kontor. Die durch eine solche Politik frei werdenden Kapazitäten der Polizei und Justiz könnten sich endlich wichtigeren Dingen zuwenden als der formellen Abarbeitung von im Grammbereich befindlichen Kleinstdelikten im Cannabisbereich.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist doch absolut unglaublich, einen verschärften Kampf gegen die Einbruchskriminalität zu fordern und den nicht führen zu können, weil sich Polizei und Justiz mit ihren Ressourcen im Grammbereich bei Cannabis verzetteln.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die 9,84 Millionen Deutschen, die 2013 Cannabis konsumiert haben sollen, haben nach ihrem Kon-

(Wolfgang Dudda)

sum tatsächlich nichts auf der Straße verloren. Sie haben aber genauso wenig irgendetwas in Kriminalstatistiken oder polizeilichen Datenbanken verloren. Genau dem trägt unser Antrag Rechnung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ja. - Lassen Sie uns wegkommen von einem Drogenkrieg, der nicht zu gewinnen ist, und hinkommen zu einer zeitgemäßen **Suchtpolitik**, die die Menschen, und zwar Millionen von redlichen Menschen, nicht kriminalisiert. Wichtiger als neue Bargeldobergrenzen sind Obergrenzen bei Cannabis, bis wir das geschafft haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Mit dem Änderungsantrag der Koalition kann ich wenig anfangen, weil er nur versucht, eine Suchtproblematik dort zu erzeugen, wo keine ist.

Ich beantrage namentliche Abstimmung in der Sache.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Herr Abgeordnete Hans-Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das YouTube-Video der PIRATEN zur Lockerung des Tanzverbotes hat es bereits angekündigt. Es hat auch nicht lange gedauert, bis der Antrag der PIRATEN zur **Legalisierung von Cannabis** gestellt worden ist. Meine Damen und Herren, es wird Sie sicherlich nicht verwundern, wenn ich vorweg sage, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meiner Ansicht nach liegen unsere Aufgaben auch weiterhin in der Abwehr von und Vorbeugung gegen **Suchterkrankungen**, aber nicht in der Förderung, wie wir es mit Ihrer Forderung nach einer uneingeschränkten Legalisierung tun würden. Die **Gesundheit** der Menschen muss immer im Mittelpunkt stehen. Wir sind bei Änderungen in der

Pflicht, auch zusätzlich über die sozialen Folgen einschließlich der gesundheitlichen Risiken und der Langzeitfolgen des Konsums nachzudenken. Diese Risikoabschätzung fehlt mir bei Ihrem Antrag.

Liebe PIRATEN, mit Ihrem Antrag versuchen Sie, den Konsum der illegalen Droge Cannabis als Genussmittel für Erwachsene hoffähig zu machen.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Das ist doch schon hoffähig!)

Was ist aber mit den Jugendlichen? Das Problem der jungen Konsumenten schweigen Sie hier einfach aus. Fakt ist doch: Je jünger ein Konsument von Cannabis und anderen Drogen ist, umso größer sind die Risiken.

Bisher besteht unsere Drogenpolitik doch aus vier Säulen: erstens **Prävention**; zweitens Beratung und Hilfe; drittens Schadensreduzierung und -verhinderung; viertens Strafverfolgung. Meiner Ansicht nach wollen Sie mit Ihrem Antrag die vierte Säule eliminieren, auch wenn Sie in Ihrem Antrag davon reden, dass die **Strafverfolgung** flexibilisiert werden soll.

Wie soll zukünftig mit Dealern umgegangen werden, die ihre Ware als Eigenverbrauch deklarieren? Wie soll mit konsumierenden Autofahrern umgegangen werden? Dazu findet sich nichts. Sicherlich können wir über die Verteilung der Schwerpunkte auf die einzelnen Säulen reden. Einig waren wir uns bisher aber alle, dass vor allem die Präventionsarbeit intensiviert und ausgebaut werden muss. Eine Abschaffung einer dieser vier Säulen lehnen wir strikt ab.

(Beifall CDU)

Wir sind bei Ihnen, wenn es darum geht, den Zugang zu Cannabis als Arzneimittel zu erleichtern. Für chronisch schwer kranke Patienten soll es schneller und einfacher möglich sein, an hilfreiche Medikamente zu kommen. In diesem Bereich gibt es bereits einen Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums, sodass wir hierbei in naher Zukunft mit einer Verbesserung rechnen können.

Zum Schluss möchte ich kurz auf den Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen eingehen. Unter Punkt 2 sprechen Sie von einer „konsequenteren Strafverfolgung“. Allerdings sprechen Sie nur von Dealern und vom organisierten Drogenhandel. Dabei wird einiges ausgespart.

Unter Punkt 5 geht es um Drogenkonsumräume. Das haben wir bereits im Rahmen der vergangenen Anhörung im Jahr 2012 thematisiert. 91,5 % der

(Hans Hinrich Neve)

Fachleute haben dies abgelehnt. Nur 27,5 % sahen überhaupt einen geringen Bedarf.

Nun zu Punkt 7 Ihres Änderungsantrags. Im Referentenentwurf geht es auch um Cannabis als Arzneimittel sowie um die qualitätssichernde Versorgung von Cannabis. Cannabis ist schließlich nicht gleich Cannabis. Dort wird auch der Anbau geregelt. Es geht aber auch darum, dass dies ausschließlich zu medizinischen Zwecken geschieht. Insofern sehen wir Punkt 7 Ihres Antrags, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, als erledigt an; denn da ist schließlich schon etwas im Gange. Das ist unsere Sicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich bleibe ich bei der Einschätzung: Cannabis ist eine Droge, die Suchtpotenzial birgt und gesundheitsschädlich ist. Wir werden alle Anträge ablehnen. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr letzter Satz war erstaunlich. Insofern kann ich Ihnen nur etwas zu bedenken geben: Sie haben dem, was in unserem Änderungsantrag steht, bereits im Jahr 2013 zugestimmt. Vielleicht haben Sie das aber übersehen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ende 2013 hat der Landtag einen Beschluss gefasst, der für eine fortschrittliche und konsequente **Drogenpolitik** klare Zielvorgaben macht. Erstens: **Prävention** und Aufklärung über die Gefahren. Zweitens: Niedrigschwellige Hilfsangebote für Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten. Drittens: Eine qualifizierte Hilfe für Suchtkranke. Viertens: Konsequente Strafverfolgung von kriminellen Dealerinnen und Dealern sowie organisiertem Drogenhandel.

Neben Drogenberatungsstellen verschiedenster Träger ist die Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein die Institution, die gemeinsam mit dem Sozialministerium fachliche Erkenntnisse und Einschätzungen bündelt und die Drogen- und Suchthilfe in unserem Land gewährleistet.

Im PIRATEN-Antrag geht es nun um die Frage, ob sich das Land Schleswig-Holstein aktiv dafür ein-

setzen soll, den Konsum von Cannabis-Produkten und damit konsequenterweise den Handel, den Besitz und den Anbau von **Cannabis** zu legalisieren.

Meine Damen und Herren, auch wir wollen nicht, dass zum Beispiel Jugendliche, die gelegentlich Cannabis probieren beziehungsweise eine kleine Menge Substanz zum Eigenbedarf bei sich tragen, kriminalisiert werden. Das tun wir in Schleswig-Holstein durch die konsequente Anwendung von § 31 a des Betäubungsmittelgesetzes im Übrigen auch nicht. Daneben steht die Frage, ob eine komplette **Legalisierung** des Cannabis-Konsums und damit des Handels und Anbaus im Sinne des PIRATEN-Antrags angestrebt wird.

Natürlich verfolgen auch wir die Diskussion um dieses Thema, auch die Diskussion um den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf. Wenn Sie die zahlreichen Stellungnahmen, die der Sozialausschuss im Rahmen einer Anhörung im Herbst 2013 eingeholt hat, aufmerksam gelesen haben, dann werden Sie festgestellt haben, dass es von fachlicher Seite erhebliche Zweifel gibt, ob ein solcher Schritt der richtige ist. So wird auf die Wirkung von Cannabis als Einstieg in eine Suchtkarriere sowie darauf hingewiesen, dass Beratungen wegen Cannabis-Konsums und seiner Wirkungen die häufigsten Ursachen sind. Dies ist insgesamt eine sehr zurückhaltende Bewertung und Warnung vor einer Verharmlosung der Risiken von Cannabis-Konsum.

Meine Damen und Herren, die mit einer Legalisierung verbundenen Risiken sind bisher noch in keiner Weise ausreichend beleuchtet. Das gilt auch für die von Befürwortern erwarteten positiven Effekte. Da ein solcher Schritt, einmal gegangen, nahezu unumkehrbar ist, ist Zurückhaltung geboten.

Der manchmal erzeugte Eindruck - der Kollege Dudda hat das vorhin auch versucht -, dass Deutschland das letzte Land sei, das sich einer Legalisierung von Cannabis widersetzt, ist doch falsch. Eine Legalisierung, wie von den PIRATEN vorgeschlagen, gibt es bisher nur in Uruguay, Ecuador und neuerdings in einigen Staaten der USA.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In allen anderen Ländern, auch den viel diskutierten Ländern wie Holland, Spanien und Portugal, sind die gesetzlichen Bestimmungen ähnlich wie bei uns. Es gibt in einem klar definierten Rahmen Regeln zur Tolerierung von Konsum und zum Teil auch von Handel, ohne dass es zu einer rechtlichen Legalisierung kommt.

(Peter Eichstädt)

Auch die Annahme, dass ein legalisierter Handel mit Cannabis-Produkten bewirken würde, den illegalen Handel auszutrocknen, sollte zumindest zu Ende gedacht werden. Selbst wenn dies bei Cannabis der Fall wäre, steht doch zu befürchten, dass sich der Handel in andere illegale Bereiche verschiebt und so neue Märkte mit anderen illegalen Drogen entstehen. Durch die Legalisierung werden nicht automatisch auch die Dealer legal.

Ich halte es für eher unwahrscheinlich, dass all diejenigen, die jetzt diesen Handel betreiben und damit von der Illegalität profitieren, nach einer Legalisierung alle brav eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann machen und sich dann legalen Tätigkeiten zuwenden.

(Heiterkeit Sandra Redmann [SPD])

Wahrscheinlicher erscheint es mir, dass sich der Handel zu anderen illegalen Produkten verschiebt und größere Probleme entstehen, als wir derzeit haben. Deren Geschäftsidee ist doch die Illegalität, und daran werden sie sich orientieren.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen in einem Änderungsantrag unsere fortgeschriebenen drogen- und suchtpolitischen Eckpunkte zur Beschlussfassung vorgelegt. Bereits vor zwei Jahren sprach sich eine breite Mehrheit dieses Hauses dafür aus.

Auf einen Punkt möchte ich besonders hinweisen: Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen, durch Änderung des Betäubungsmittelgesetzes Cannabis-Extrakte und Cannabis-Blüten als verschreibungsfähige Betäubungsmittel für die Versorgung von Schmerz- und Palliativpatienten zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Gebot der Humanität und sollte schnell realisiert werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Kern geht es in dem Antrag der PIRATEN darum, wie das deutsche Recht auf den **Konsum von Cannabis** reagieren soll. To punish or not to punish? Bestrafen oder nicht bestrafen? Das ist hier die Frage.

Für uns Grüne ist seit Langem klar: Strafe ist die falsche Antwort. Der „War on Drugs“ ist weltweit gescheitert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ein Viertel der erwachsenen Deutschen hat schon einmal Cannabis geraucht. 2,5 Millionen Menschen konsumieren gelegentlich. Neben Alkohol und Tabak gehört Cannabis zu den mit Abstand am häufigsten konsumierten Drogen.

Jegliche Prohibition gegen Genussmittel nutzte nichts, korrumpierte die Gesellschaft nachhaltig und musste zuletzt aufgegeben werden. Prohibition von Kaffee im 18. Jahrhundert in Deutschland und von Alkohol in den USA im 20. Jahrhundert - alles wirkungslos!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Glücksspiel!)

Der Aufstieg der Mafia in den USA ist unmittelbar mit der Alkoholprohibition verknüpft. Diese Erkenntnisse sind weder neu noch sensationell.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

123 Strafrechtsprofessorinnen und Strafrechtsprofessoren - Kollege Dudda hat schon darauf hingewiesen - haben sich in einer Resolution an den Bundestag gewandt und dringend die **Legalisierung** des Drogenkonsums gefordert, darunter bekannte Schwergewichte des deutschen Strafrechts, zum Beispiel der BGH-Richter Thomas Fischer - den meisten Menschen mittlerweile durch seine „Zeit“-Kolumnen bekannt. Selbst die beiden Polizeigewerkschaften fordern, dass dieser Unsinn endlich beendet wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Warum ist Prohibition Unsinn? Ich nenne sechs Gründe:

Erstens. Cannabis-Konsum ist ohne Frage gefährlich, vor allem für Kinder und Jugendliche. Dies gilt jedoch für Tabak und Alkohol mindestens genauso. Cannabisrauchen wird mit dem scharfen Schwert des Strafrechts verfolgt, aber der Konsum von **Alkohol** und **Tabak** nicht.

Zweitens. Mit dem Verbot gibt der Staat die Kontrolle über den Jugendschutz und die Reinheit der Droge auf. Der gigantische Drogenhandel wird in den **Schwarzmarkt** verdrängt. Die Folgen: fehlende Kontrolle über die Stärke des Wirkstoffs und gesundheitsschädliche Beimengungen zur Profitstei-

(Burkhard Peters)

gerung. Teilweise wird Blei beigefügt - hochgefährlich! Verbraucher- und Jugendschutz gibt es auf dem Schwarzmarkt nicht.

Drittens. Der Zweck - die Abschreckung - wird systematisch verfehlt. Alle seriösen Studien zeigen, dass es eine Kausalität zwischen Strafandrohung und Konsum nicht gibt.

Viertens. Prohibition schadet am Schluss allen, zum einen der Gesellschaft, zum anderen - noch viel schlimmer - den Konsumentinnen und Konsumenten. Prohibition verhindert eine adäquate medizinische und psychotherapeutische Versorgung der Problemkonsumentinnen und -konsumenten, die nämlich wirklich Probleme haben. Das Verbot kriminalisiert und stigmatisiert eine Straftat ohne Opfer. Jeder darf rauchen wie ein Schlot oder sich zu Tode saufen. Das Verbot erzeugt Beschaffungs- und Begleitkriminalität. Es fördert organisierte Kriminalität und korrumpiert den Rechtsstaat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ein von Millionen Menschen gezeigtes Verhalten wird zwar unter Strafe gestellt, letztlich aber mangels Ressourcen überhaupt nicht effektiv verfolgt. So verliert das **Strafrecht** seine abschreckende Wirkung.

Fünftens. Prohibition produziert unsinnige Kosten. Die Mehrheit der Verfahren wird eingestellt. Kollege Dudda hat das alles schon sehr genau dargelegt. Jedes Jahr werden Milliardensummen in unnötige Verfahren investiert. Der Staat gibt neunmal so viel für Strafverfolgung aus wie für Prävention und Behandlung. Das darf nicht sein und muss dringend wieder auf die richtigen Füße gestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Sechstens. Alle Feldversuche mit der Freigabe des Cannabis-Konsums - in den Niederlanden, in der Schweiz, in Spanien, Portugal, Tschechien und so weiter und so fort - belegen nur eines: Der Konsum weitete sich nicht aus!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann aus meiner Sicht nur einen Schluss geben: Kriminalisierung von Drogenkonsum ist für die Prävention nicht erforderlich, sondern ungeeignet. Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Deshalb hat die grüne Bundestagsfraktion einen ausgezeichneten Entwurf für ein **Cannabiskon-**

trollgesetz vorgelegt. Der Entwurf verfolgt einen völlig neuen Ansatz. Er ermöglicht Volljährigen den legalen Zugang zu Cannabis und setzt auf der anderen Seite den Kinder- und Jugendschutz konsequent um. Er reguliert Anbau und Vertrieb, berücksichtigt den Verbraucherschutz und fördert die Suchtprävention. Darüber hinaus regelt er die Besteuerung und die Folgen für das Fahrerlaubnisrecht. Der Entwurf wird in der Fachwelt wegen seiner Qualität und Klarheit als mustergültig bewertet.

Ich halte daher den Antrag der PIRATEN für richtig. Gleichzeitig ist zu betonen, dass wir in der Drogenpolitik in Schleswig-Holstein schon eine Menge erreicht haben und bei der Verfolgung von Drogenkonsum selbst nach Einschätzung des Hanfverbandes den moderatesten Kurs in der gesamten Bundesrepublik fahren. Dies bildet unser Änderungsantrag ab. Dass wir Grünen dabei nicht stehen bleiben wollen, habe ich wohl ausreichend deutlich gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte es vorwegnehmen: Über dieses Thema wird in der FDP sehr lebhaft und mit unterschiedlichen Standpunkten diskutiert. Insbesondere unsere Jungen Liberalen, aber auch einzelne Mitglieder unserer Fraktion setzen sich für die **Legalisierung von Cannabis** ein.

(Beifall PIRATEN)

Das wird heute sicherlich zu einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Mitglieder unserer Fraktion führen.

(Zuruf FDP)

- Ich weiß nicht, was er in der Pause geraucht hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, der schleswig-holsteinische FDP-Landesverband hat sich aber grundsätzlich gegen eine Legalisierung ausgesprochen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ganz knapp!)

(Anita Klahn)

- Das habe ich anders gesehen, lieber Heiner. - Denn Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben.

Auch aus unserer Sicht ist die Legalisierung des Cannabis-Konsums der falsche Weg. Wir haben über dieses Thema mehrmals im Landtag diskutiert. Ich bin der Meinung, man sollte auch einmal auf die Expertenseite hören.

Ich empfehle im Übrigen, den „Stern“ vom 11. Februar diesen Jahres zu lesen, der die grundsätzliche Problematik des Drogenkonsums und dessen Folgen beschreibt. Dabei geht es nicht nur um Cannabis, sondern auch um das, was noch dazugehört.

Die Landesstelle für Suchtfragen lehnt die Legalisierung ab. Stattdessen sollte eine Politik betrieben werden - wie es im Übrigen auch die EU-Drogenstrategie vorsieht -, die zu einer Verringerung sowohl der Nachfrage als auch des Angebots führt. Als negative Effekte einer Anhebung des Grenzwertes führt die Suchtstelle die Verharmlosung von Cannabis, den Anstieg des Konsums sowie die Konterkarierung präventiver Bemühungen an.

Ein niedriger Grenzwert ist zudem geboten, da der THC-Gehalt von Cannabis-Produkten stetig steigt. So stellten Experten für Toxikologie des Bundeskriminalamtes fest, dass sich der Wirkstoffgehalt der heutigen Pflanzenprodukte verdoppelt bis verdreifacht hat. Auch die Landespolizei spricht sich klar gegen eine Anhebung des Grenzwertes aus. Dieser liegt in 12 Ländern bei 6 g. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern sind es 5 g. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin sind es 10 g. Vielleicht wäre es einfacher, wenn sich die anderen Länder an unseren Wert anpassen. Dann hätten wir die vom Abgeordneten Krumbeck geforderte bundeseinheitliche Regelung.

Ich halte es in diesem Zusammenhang übrigens für richtig - wie es auch die Richtlinie des Generalstaatsanwalts vorsieht -, dass trotz des Grenzwertes bei jugendlichen Konsumenten regelmäßig Verfahren einzuleiten sind, um die Heranwachsenden zu einem Beratungsgespräch in einer Drogenberatungsstelle zu verpflichten.

Dieses Vorgehen ist aus liberaler Sicht ein zielführender Teil der Präventionsstrategie. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass der Konsum von Cannabisprodukten - dies gilt auch für geringe Mengen - harmlos ist. Zahlreiche Langzeitstudien zeigen den schädlichen Einfluss des Cannabiskonsums gerade auf Jugendliche. So weist eine Studie der Duke University nach, dass das zentrale Nervensystem und das Denkvermögen durch den Kon-

sum nachhaltig geschädigt werden. Die Duke University ist im Übrigen nicht irgendeine Klitsche, sondern eine renommierte Universität. Die Studie zeigt, dass Cannabis zu psychischer und körperlicher Abhängigkeit führt, der Intelligenzquotient, die Aufmerksamkeit und die Fähigkeit, sich etwas zu merken, abnehmen.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen wohl nicht den Zusammenhang auszuführen, der zwischen einem höheren Intelligenzquotienten einerseits sowie einer höheren Bildung und einem höherem Einkommen, einer besseren Gesundheitsführung und damit einem längeren Leben andererseits besteht.

(Sandra Redmann [SPD]: Das habe ich nicht verstanden!)

- Das kann ich mir vorstellen.

Die Landesstelle für Suchtfragen verweist zudem darauf, dass weitere Untersuchungen zeigen, dass bei jungen Erwachsenen, die sechs oder mehr Jahre lang Cannabis konsumieren,

(Unruhe - Glocke Präsident)

ein doppelt so hohes Risiko vorliegt, an einer Psychose zu leiden. Zudem würde ein erhöhter Cannabiskonsum dazu führen, dass die Gesundheitskosten stark anwachsen. Das sind Entwicklungen, weder für die Gesellschaft noch für den Einzelnen, die wir befördern wollen.

Es wird gern auf Staaten wie Colorado verwiesen, die Cannabis legalisiert haben. Hier möchte ich um eine ehrliche Betrachtung bitten. Es ist richtig, dass es in diesen Staaten zu einem Rückgang der Kleinkriminalität gekommen ist; aber zugleich gab es einen Anstieg der Verkehrsunfälle unter Drogeneinfluss. Ich kann hier keinen Gewinn erkennen.

Auf den Vorschlag der Grünen, die Einnahmen aus einer denkbaren Cannabissteuer für das Stopfen von Schlaglöchern auf Straßen zu nutzen, muss ich nicht weiter eingehen, da dieser Vorschlag wohl nicht wirklich ernst gemeint war.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine persönliche Anmerkung als Mutter machen, eine Anmerkung, die sicherlich für viele Eltern gilt: Mütter bekommen ihre Kinder nicht und Eltern erziehen ihre Kinder nicht, damit diese später Drogen nehmen, gleich welcher Art. Lassen Sie uns also **Präventionspolitik** betreiben. Lassen Sie uns gern darüber reden, wie wir die Präventionspolitik auch beim Alkoholkonsum und Rauchen weiter verbessern kön-

(Anita Klahn)

nen; aber wir brauchen keine Legalisierung weiterer Drogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Keine Macht den Drogen! Das sollte die Lebenswirklichkeit sein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW erhält Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Koalition hält an ihrem Ziel fest, Schleswig-Holstein in seiner modernen und fortschrittlichen Drogen- und Suchtpolitik zu stärken und sie weiter fortzuschreiben. Um es klar zu sagen: Bei aller Modernisierung und Fortschreibung der **Drogenpolitik** steht der Präventionsgedanke für uns immer im Vordergrund. Das geht auch deutlich aus dem vorliegenden Änderungsantrag hervor. Für uns steht der Konsument beziehungsweise der Suchtkranke im Fokus, den wir mit **Prävention** und Aufklärung erreichen wollen.

Damit dies gelingen kann, brauchen wir niederschwellige und qualifizierte Hilfsangebote. Hier müssen wir zunächst ansetzen, um den suchtkranken Menschen Hilfe zukommen zulassen, und zwar Hilfe, die sie brauchen und annehmen wollen.

Damit wir diesen Ansatz erfolgreich weitergehen können, brauchen wir die finanzielle Absicherung und Fortentwicklung effektiver Suchtpräventionsangebote für legale und illegale Drogen sowie die Umsetzung eines konsequenten Kinder- und Jugendschutzes.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Deshalb gilt: Wir müssen die Kinder und Jugendlichen frühzeitig erreichen, bevor sie als Heranwachsende oder Erwachsene mit schier unüberwindlichen medizinischen und sozialen Problemen in den Einrichtungen der Drogenhilfe landen. Mit diesem Ansatz sind wir in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg.

Es geht uns nicht darum, Suchtkranke oder Konsumenten von Drogen zu kriminalisieren. Diese repressive Vorgehensweise hat nach Auffassung des SSW bisher zu keinem Erfolg in der Drogenpolitik geführt. Die Kriminalisierung des Drogenkonsums dient weder der Suchtvorbeugung, noch ist sie im Sinne der Überwindung von Abhängigkeit beson-

ders effektiv. Sonst würden viele der Menschen nicht kiffen.

Die konsequente **Strafverfolgung** muss dort ansetzen, wo mit dem Stoff gehandelt und gedealt wird. Das soll heißen: Kriminelle Dealer und der organisierte Drogenhandel gehören in den Fokus der Strafverfolgung.

Wie wir wissen, hat Schleswig-Holstein bereits zweimal einen Anlauf unternommen und Initiativen auf Bundesebene angestrebt, um eine bundeseinheitliche Definition der geringen Mengen zum Eigenverbrauch von Cannabis gemäß § 31a BtMG zu erreichen. Bisher war dies leider erfolglos.

Daher werten wir den Antrag der PIRATEN als eher rückwärtsgerichtet, als dass er uns in der Sache voranbringt.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir müssen erkennen, dass es derzeit kurzfristig nicht möglich ist, eine bundesweite Vereinheitlichung der Regelung hinzubekommen. Das sollten wir dann akzeptieren.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja!)

Wir sollten uns daher auf den Punkt konzentrieren, um den es eigentlich gehen muss, wenn man etwas weiterentwickeln will, nämlich auf die medizinische Verwendung von Cannabis.

Cannabis hat durchaus Potenzial im medizinischen Gebrauch. Auch wenn an der medizinischen Anwendung noch intensiv geforscht wird, gibt es bei der Anwendung von Cannabis bei Schmerz- oder Palliativpatienten bereits Erfolge.

Cannabis ist natürlich kein Allheilmittel, aber es gibt anscheinend Anwendungsbereiche, wo Cannabis eine effektive und nebenwirkungsarme **Medizin** darstellt. Daher halten wir es für angebracht, hier für eine Öffnung der Regelung zu werben.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Änderungsantrags ist die Thematisierung der substanzlosen Sucht, insbesondere der **Mediensucht**. Eine jüngst veröffentlichte Studie der DAK macht die Notwendigkeit einer umfassenden und qualifizierten Präventionsarbeit für den Bereich der Mediennutzung deutlich. Demnach könne ein exzessives Agieren im virtuellen Raum zu massiver Irritation innerfamiliärer Kommunikation, zu Entwicklungsverzögerungen und sogar zu völligem sozialen Rückzug führen.

(Lars Harms)

Auf Bundesebene wurden bereits von verschiedenen Stellen Initiativen in Gang gebracht, die sich diesem Thema widmen oder Empfehlungen zur Hilfe und Prävention erarbeiten.

Auch bei uns im Land gibt es Beratungsstellen und andere Anlaufstellen, die sich bereits mit diesem Thema befassen. Trotzdem halte ich es für sinnvoll und richtig, Mediensucht aus der stillen Ecke herauszuholen und - diese Gelegenheit gibt der vorliegende Antrag - das Bewusstsein für diese Form der Sucht zu schärfen. Darauf sollten wir den Fokus legen. Das ist ein Riesenproblem. Ich würde sogar sagen, dies ist ein wesentlich größeres Problem als der Cannabiskonsum, meine Damen und Herren.

(Zuruf CDU: Das würde ich nicht sagen!)

Suchtpolitik ist vielfältig, und unser Änderungsantrag verdeutlicht das auch. Es geht nicht nur um die Legalisierung von Cannabis. Vielmehr geht es um viele verschiedene Suchtformen. Sowohl in der Prävention als auch in der Frage der Entkriminalisierung der Süchtigen ist das Land nach unserer Auffassung sehr gut aufgestellt. Wir dürfen nicht nur dieses eine plakative Thema der Legalisierung von Cannabis immer wieder aufgreifen; das lässt sich schön vermarkten, das steht auch schön in der Zeitung, aber das hilft uns im Wesentlichen nicht weiter. Vielmehr brauchen wir eine konsistente **Suchtpolitik** für alle Suchtbereiche. Daran sollten wir arbeiten und uns möglicherweise ein bisschen zurückhalten, mit einem Thema in die Zeitung zu kommen. Es ist nicht immer hilfreich, ein solches Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Der Angesprochene weiß dies sicherlich. Aber ich glaube, es hilft wirklich mehr, an der Suchtproblematik zu arbeiten. Wir werden in vielen Bereichen noch dazu kommen zu untersuchen, wie man die legalen Drogen, die legalen Süchte bearbeiten kann; das sind die Volksdrogen Nummer eins. Das ist nicht unbedingt Cannabis. Das ist der Alkohol, das ist die Mediensucht, und das sind viele andere Dinge.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Lars Harms [SSW]:

Ich glaube, auch daran müssen wir arbeiten.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Wir kommen zu den persönlichen Beiträgen. Zunächst spricht Herr Abgeordneter Torge Schmidt. Danach sprechen Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann und anschließend Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Peters, ich muss leider sagen, dass mir Ihre Rede außerordentlich gut gefallen hat. Ich finde allerdings, sie passt nicht so ganz zum Antrag der Koalitionsfraktionen.

(Beifall PIRATEN)

An die Kollegin Klahn gerichtet: Ich glaube, die von Ihnen genannte Frage stellt sich keinem. Niemand möchte Cannabis für Kinder und Jugendliche legalisieren. Das ist, glaube ich, völlig falsch. Cannabis bleibt eine Droge, und **Drogen** dürfen nur von Erwachsenen konsumiert werden.

Die große Frage, die sich stellt, ist, wie man den Schwarzmarkt einschränken kann; der Kollege Dudda hat es angesprochen.

Die Legalisierung bereitet viele Fragen. Herr Tietze, ich muss Sie enttäuschen. Ich halte es tatsächlich für falsch, **Cannabis** stark zu besteuern, wenn wir es legalisieren. In den USA hat sich nach der Aufhebung der Prohibition von Alkohol gezeigt, dass man die legale Alternative auch finanzierbar machen muss, wenn man einen Schwarzmarkt trockenlegen möchte. Eine hohe Besteuerung ist diesem Ziel nicht gerade förderlich.

Es gibt entscheidende Fragen, die wir im Rahmen einer **Legalisierung** diskutieren müssen. In der globalen Debatte geht es heutzutage nicht mehr darum, das Ganze zu verbieten. Ich hoffe, dass diese Diskussion größtenteils bald zu Ende geführt sein wird. Die wichtige Frage, die wir uns eigentlich stellen und über die wir uns viel lieber und auch gerade mit der CDU streiten sollten, ist: Was passiert, wenn wir es legalisiert haben?

(Beifall PIRATEN)

Da stellen sich nämlich tatsächlich viele Fragen. Das haben Sie zu Recht angesprochen, Herr Kollege Neve. Die Frage, ob Cannabis am Steuer konsumiert werden darf, stellt sich zum Beispiel gar nicht. Das Fahren unter Einfluss ist heute schon verboten, das möchte auch kein Mensch ändern.

Die entscheidenden Fragen betreffen die Regulierung, also: Wie besteuern wir das? Das habe ich

(Torge Schmidt)

eben gerade angesprochen. Aber es gibt auch noch ganz andere entscheidende Fragen, die wir uns stellen müssen, nämlich: Wie gehen wir mit Lebensmitteln beziehungsweise Süßigkeiten mit Cannabis um? Ich bin der Meinung, dass wir so etwas durchaus nicht legalisieren sollten, weil Süßigkeiten gerade Jugendliche und Kinder ansprechen. So etwas mit Cannabis versetzt ist kontraproduktiv. Es stellt sich auch die Frage: Wie gehen wir mit Badesalzen um, Frau Klahn?

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Fakt ist - das kann man auch wunderbar sehen, wenn man zum Beispiel durch die Straßen von Kiel geht -, dass Cannabis gesellschaftlich durchaus schon akzeptiert ist. Die wenigsten Leute haben heute irgendwelche Skrupel davor, auf der Straße einen Joint zu rauchen. Der Weg des Verbots ist definitiv der falsche. Kanada macht uns vor, wie es gehen kann. Auch wir in Deutschland sollten uns langsam einen Ruck geben, eine fortschrittliche Drogenpolitik machen und Cannabis legalisieren.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

(Uli König [PIRATEN]: Ich hoffe, du sagst das, was du meinst, und nicht das, was deine Partei sagt!)

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

- Ich sage das, was ich will.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss eines richtigstellen: Peter Eichstädt hat uns da nicht richtig zitiert. Wir haben damals, 2013, ausgehend von dem Antrag Drucksache 18/157 einen eigenständigen Antrag eingebracht. Lieber Herr Eichstädt, wir hatten einen eigenen Antrag, dem wir zugestimmt haben. Den Antrag der Koalition haben wir abgelehnt, gemeinsam mit einer anderen politischen Partei, die davon heute nichts mehr wissen will.

(Beifall CDU - Zurufe Lars Harms [SSW] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, mit der FDP haben wir das gemeinsam abgelehnt. Fazit ist: Wir lehnen **Drogenkonsumräume** noch immer ab. Wir halten das für falsch. Auch die Anhörung damals hat ergeben, dass so etwas gar nicht notwendig ist, weder in Kiel noch sonst wo in

Schleswig-Holstein. Deswegen machen wir Anhörungen, damit wir uns ein Bild verschaffen können.

Dann möchte ich eine Anmerkung erwähnen, und zwar den Vorschlag von Herrn Dr. Tietze, notleidenden Bauern zu empfehlen, sie mögen Bio-Drogen anbauen. Schlimmer geht es ja gar nicht! Ich frage mich: Was sagen die Leute da oben? Da oben sitzen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter. Was halten die eigentlich von so einer Diskussion, wie wir sie hier führen?

(Anita Klahn [FDP]: Die schütteln den Kopf!
- Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage jetzt nicht die Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter, wer von ihnen schon einmal etwas geraucht hat.

Ich finde die Debatte etwas skurril, weil es sich zum Teil um echtes Pirouettendrehen handelt. Ich glaube, wir haben in Schleswig-Holstein eine ausgesprochen fortschrittliche **Drogenpolitik**. Ich möchte daran erinnern, dass es eine Sozialministerin Heide Moser gab, die einen Modellversuch zur Abgabe von Cannabis über Apotheken auf den Weg gebracht hat. Sie ist damit gescheitert. Möglicherweise war die Zeit nicht reif, möglicherweise war die Vorbereitung nicht so, dass es auf größere Akzeptanz gestoßen ist.

Verehrte PIRATEN, im Landtag im Jahre 2016 irgendjemanden aufzufordern, in Schleswig-Holstein eine moderne Drogenpolitik zu betreiben - da sind eher Sie Ihrer Zeit hinterher und nicht die restlichen im Landtag vertretenen Parteien.

(Beifall FDP, SPD, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Peters, ich teile die Argumente, die Sie in Hinblick auf das Austrocknen von Märkten genannt haben. Auch bei legalen Drogen wie **Tabak** beispielsweise gibt es Tabaksmuggelkartelle. Ich kann relativ wenig damit anfangen, den Anspruch damit zu verbinden, man würde Kriminalität grundsätzlich abstellen, wenn man **Cannabis** legalisierte. Ich kann auch relativ wenig mit einer Debatte anfangen, ob in Zukunft in Süßigkeiten Cannabis verbacken werden soll oder nicht. Lieber Tor-

(Dr. Heiner Garg)

ge Schmidt, es gibt auch **Alkohol** in Pralinen. Ich glaube nicht, dass das die wirklichen Probleme sind, die wir haben.

Um es sehr deutlich zu sagen: Ich halte die Argumentation der Union zumindest für ausgesprochen fragwürdig. Liebe Kollegin Rathje-Hoffmann, sehr geehrter Herr Kollege Neve, konsequenterweise müssten Sie all das, was Sie gegen Cannabis vorgebracht haben, im Prinzip auch gegen Tabakkonsum und gegen Alkoholkonsum vorbringen. Das habe ich von Ihrer Seite noch nicht gehört. Insofern finde ich, dass die Union in Sachen moderner Drogenpolitik kein besonders aktueller Ratgeber ist. Jedenfalls würde ich Sie nicht zum Ratgeber machen wollen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich gestehe unumwunden ein, dass mir mein Fraktionsvorsitzender einmal richtig gezeigt hat, wie die wirklichen Machtverhältnisse in der FDP Schleswig-Holstein sind. Nach einem fulminanten Redebeitrag auf dem Landesparteitag hat sich die FDP Schleswig-Holstein, anders als die Bundespartei, in der Tat mit einer knappen Mehrheit gegen die Legalisierung ausgesprochen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war eine Zweidrittelmehrheit!)

Ich halte den vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen in Hinblick auf eine Weiterentwicklung der modernen Drogenpolitik in Schleswig-Holstein nicht nur für unterstützungswürdig, sondern ich halte ihn - das sage ich ausdrücklich auch in Hinblick auf Konsumräume, liebe Frau Rathje-Hoffmann - für ausgesprochen positiv.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Aus diesem Grunde wird die FDP-Fraktion dem Antrag der Koalitionsfraktionen geschlossen zustimmen. Dann schauen wir einmal, welchen drogenpolitischen Weg Schleswig-Holstein in Zukunft einschlägt. Ich glaube, die Vorschläge, die hier zur Debatte stehen, sind genau die richtige Alternative. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Jetzt kommt die Landesregierung zu Wort. Die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, spricht zu Ihnen.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Diskussion um Verbot und Legalisierung des Konsums von Cannabis als Rauschmittel ist ein öffentlich ganz stark beachteter, aber eben auch nur ein Aspekt von **Suchtpolitik**. Die Diskussion hat insofern mit Sicherheit ihre Berechtigung, als ein ausschließlich auf Repression setzender Ansatz in der Suchtpolitik in der Tat als gescheitert gelten darf. Ein ausschließlich auf Legalisierung setzender Ansatz wäre allerdings genauso verfehlt.

Richtigerweise stellen deshalb beide vorliegenden Anträge auf Entkriminalisierung von Cannabiskonsum und nicht auf das In-Verkehr-Bringen, gar in gewerblicher Absicht, ab.

Aus gesundheitspolitischer Sicht bleibt festzuhalten, dass wir über eine Substanz mit erheblich gesundheitsgefährdendem Potenzial bei regelmäßigem Konsum reden. Dies ist gerade in der jüngeren Forschung deutlich bestätigt worden. Das wurde hier auch von anderen schon vorgetragen. Es geht um kognitive und mentale Einschränkungen, um den Verlust von Gedächtnisleistungen, Aufmerksamkeit und Sprachfähigkeit. Es geht vor allem bei Jüngeren darum, bei regelmäßigem **Cannabiskonsum** mit verdoppeltem Risiko an Schizophrenie zu erkranken - so der Befund einer schwedischen Studie. Weitere Daten und Fakten finden Sie in einer Vielzahl von fachlichen Stellungnahmen von Suchtexperten und Verbänden sowie Beratungsstellen.

Das häufig und immer wieder zitierte Bild von dem vermeintlich harmlosen Tütchen lässt sich gesundheitspolitisch nicht halten, vor allem - auch das ist schon angesprochen worden - seitdem eine quasi industrielle Produktionsweise mit einer dramatischen Erhöhung des THC-Anteils in Cannabisprodukten einhergeht.

Meine Damen und Herren, das hat Folgen. Nahezu 20 % derer, die mit Abhängigkeitserkrankungen eine Einrichtung der ambulanten Suchtkrankenhilfe

(Ministerin Kristin Alheit)

aufsuchen, sind heute Cannabiskonsumenten. Noch einmal: Hierbei rede ich über **Suchtkrankenhilfe**.

Jetzt komme ich zum kriminalpolitischen Aspekt des Ganzen. Es ist richtig: Eine unnötige Kriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten wäre falsch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einsicht ist fester Bestandteil der Suchtpolitik dieser Regierung. Der Antrag der Koalitionsfraktionen spricht ja auch die verschiedenen Elemente dieser Politik an. Ja, **Strafverfolgung** ist Teil dieser Politik, wobei Schleswig-Holsteins Strafverfolgungsbehörden intensiv von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Besitz von Cannabis zum Eigenverbrauch mit Augenmaß zu behandeln - dies bereits heute im Rahmen der jetzt geltenden Rechtslage nach dem Grundsatz: Hilfe vor Strafe.

Um dies auch aus Sicht des Justizministeriums einmal ganz klar und deutlich zu sagen: Ein Beschuldigter wird heute kaum durch ein Gericht verurteilt werden, weil er eine Eigenbedarfmenge von 7 g Cannabis mit sich führt. Der Regelfall bei Besitz in Mengen über 6 g bis unter 30 g stellt die Einstellung des Verfahrens dar verbunden mit der Auflage, an Beratungsstunden der Drogenberatungsstellen teilzunehmen. Unterhalb von 6 g erfolgt in Schleswig-Holstein eine Verfahrenseinstellung wegen Geringfügigkeit.

Das Land hat, wie Sie wissen, zuletzt 2013 auf der Justizministerkonferenz eine bundeseinheitliche Regelung zum Umgang mit Cannabisprodukten zum Eigenkonsum angesprochen. Dies wäre wünschenswert, fand und findet allerdings bundesweit leider keine ausreichende Unterstützung.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, der Ansatz, eine unnötige Strafverfolgung zu vermeiden, ist richtig. Er ist auch Ansatz der von der Landesregierung verfolgten Suchtpolitik mit Strafen, wo sie im kriminellen Bereich geboten sind, und mit Angeboten und Anstößen zu Beratung und Hilfe gleichzeitig.

Noch einmal: Aus gesundheitspolitischer Sicht ist jeder nicht gerauchte Joint zu begrüßen. Dass dieses Ziel mit Repressionen allein nicht zu erreichen ist, wissen Sie alle. Die Suchtpolitik setzt vorrangig auf Hilfe, auf **Prävention** und auf Aufklärung. Das ist der richtige Weg, und den werden wir weitergehen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

(Volker Dornquast [CDU]: Persönliche Erklärung!)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Weil die Frau Ministerin auf den Aspekt der Strafverfolgung eingegangen ist, möchte ich einen Punkt hervorheben, der in dieser Debatte überhaupt noch nicht genannt worden ist. Hört man sich die flammende Rede des Kollegen Burghard Peters' gegen die Prohibition an, könnte man meinen, dass die Grünen und die Koalition alles tun, um dagegen vorzugehen. Tatsächlich ist es aber so, dass Sie ausgerechnet an dem einzigen Hebel, den wir hier im Land hätten, nämlich die Freigrenze für sogenannte geringe Mengen an Eigenbesitz anzuheben, nicht ansetzen, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart und versprochen wurde, diese Mengen anzuheben - so steht das ausdrücklich darin.

Wir müssen der Öffentlichkeit ganz klar sagen, dass Sie trotz aller schönen Worte diesen einzigen Hebel, den wir im Land haben, nicht nutzen. In Schleswig-Holstein ist nur eine Menge bis zu 6 g eine geringe Menge, während es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz 10 g sind, in Berlin bis zu 15 g. Das soll eine fortschrittliche Drogenpolitik sein, Herr Kollege Dr. Garg? Davon kann doch keine Rede sein.

Frau Ministerin, Sie haben von 7 g gesprochen. Warum soll ich denn, wenn ich 7 g zum **Eigenbedarf** besitze, eine Auflage erhalten, mich beraten zu lassen? Das ist doch keine fortschrittliche Drogenpolitik, sondern eine rückwärtsgerandete Repressionspolitik, die wir PIRATEN ablehnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Piratenfraktion hat eine namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/3844 beantragt. Ich lasse zunächst darüber abstimmen. Nach § 63 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn Sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen verlangt wird. Wer dieser namentlichen Abstimmung

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist ausreichend.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Davon frage ich, ob die Anträge zu eigenständigen Anträgen erklärt werden sollen. - Das ist der Fall.

Dann kommen wir zunächst zu dem Antrag, über den eine namentliche Abstimmung beantragt wird. Das ist der Antrag der Piratenfraktion mit der Drucksachenummer 18/3844.

Ich bitte jetzt die Kollegen im Präsidium, die Namen aufzurufen, und dem Antrag der PIRATEN deutlich mit Ja zuzustimmen oder mit Nein nicht zuzustimmen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor. Für den Antrag haben sechs Abgeordnete gestimmt, 59 haben sich dem Antrag nicht angeschlossen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall Rainer Wiegard [CDU])

Jetzt kommen wir zur Geschäftsordnung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor der Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/3878 beantrage ich, unter Nummer 6 in der vorletzten Zeile die Worte „Strafen und“ zu streichen, sodass die ganze Nummer 6 lautet:

„Bis eine bundeseinheitliche Regelung verbindlich ist, soll das bewährte Verfahren für die geringe Menge zum Eigenverbrauch von Cannabis in Schleswig-Holstein gemäß § 31 a BtMG beibehalten und den Strafverfolgungsbehörden in diesem Rahmen die Möglichkeit eingeräumt werden, auf den Einzelfall flexibel zu reagieren und so möglichst unnötige Ermittlungsverfahren zu vermeiden.“

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Antragsteller hat das übernommen. Dann ist der jetzt geänderte Antrag zur Abstimmung zu stellen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die FDP-

Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Das sind die Piratenfraktion, die CDU-Fraktion und die Abgeordnete Klahn von der FDP-Fraktion. Damit ist der Tagesordnungspunkt 24 abgeschlossen.

Ich rufe den nachzuziehenden Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein (WohlföGSH)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3809

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3877

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Grundsatzberatung. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Langem ist uns ein Wunsch der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein bewusst. Wir kennen ihn schon lange. Man möchte ein eigenes Wohlfahrtsgesetz haben, ein Landeswohlfahrtsgesetz.

In vielen Diskussionen und auch in vielen persönlichen Gesprächen, die wir geführt haben, wurde immer sehr eindringlich von Vertreterinnen und Vertretern des DRK, des Paritätischen, der Caritas, der Diakonie, der AWO und der Jüdischen Gemeinschaft dieser Wunsch nach einem eigenen Gesetz geäußert. Vorausgegangen waren einige recht schmerzhaft Kürzungen mit dem Ergebnis, dass das aktuelle jährliche Budget der LAG bei 2 Millionen € liegt, und das schon seit langer Zeit. Deshalb ist der Wunsch nach einer Erhöhung und nach Stabilität der Förderung aus unserer Sicht sehr verständlich.

Ich möchte gern einige Fakten nennen. Worum geht es? - 2.000 Vereine, Verbände, Einrichtungen, Dienste und Werke der Gesundheitspflege, der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der psychiatrischen Versorgung, der Sozial-, Familien- und Migrationsberatung sind in der LAG organisiert. Diese Vereine und Verbände beschäftigen ungefähr 83.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Katja Rathje-Hoffmann)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Garg, bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin, könnten Sie mir noch einmal die Summe nennen, die den Wohlfahrtsverbänden in Schleswig-Holstein insgesamt zum Ableisten sozialer Arbeit und sozialer Projekte zur Verfügung steht?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ich kann Ihnen die Summe nennen für den Sozialvertrag I, das sind 2 Millionen €. Die Gesamtsumme mit den vielen anderen Leistungen kann ich Ihnen jetzt nicht nennen, Herr Garg. Die können wir nachreichen.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal richtigstellen, dass es sich dabei ausschließlich um die Summe handelt, die im Sozialvertrag I festgeschrieben ist, und nicht um die Summe, die den Wohlfahrtsverbänden im Land für die Arbeit zur Verfügung steht.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Wenn man zuhört, dann kann man das auch hören. Ich bin noch nicht am Ende meiner Rede angelangt. Da werde ich das erwähnen. Ich dachte, dass man davon ausgehen kann, dass da so viel Sachverstand ist.

Die **Aufgaben der Wohlfahrtsverbände** sind durch den Sozialvertrag I geregelt. Dazu gehören die Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich, die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit im sozialen Bereich sowie Projekte der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der allgemeinen sozialen Dienstleistungen, Beratung und Organisation von Mitgliedsorganisationen und die Migrationsberatung sowie die Fort- und Weiterbildung der Mitgliedsorganisationen mit den Schwerpunkten der Kinder- und Jugendpflege, Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen.

All dies sind die originären Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege zur **Sicherstellung und Unterstützung** der Teilhabe. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch die Wohlfahrtsverbände im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips hat sich seit Jahrzehnten in unserem Land bewährt. Wollte der Staat nunmehr all diese Aufgaben übernehmen, bräuchten wir deutlich mehr Mittel. Und seien wir ehrlich: Ohne die ganzen ehrenamtlichen Mitarbeiter würde es gar nicht funktionieren.

Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände hat zum **sozialen Zusammenhalt** in unserer Gesellschaft beigetragen. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen ist diese Aufgabe für uns als Gesellschaft wichtiger denn je, und das ist für uns einer der Gründe dafür, einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung vorzulegen.

Bislang wurden diese Aufgaben durch den sogenannten Sozialvertrag I für einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegt, ich erwähnte es. Mit unserem Gesetzentwurf verfolgen wir das Ziel, die Verbände der LAG dauerhaft und verlässlich leistungsfähig zu erhalten, um auch in der Zukunft eine flächendeckende und wohnortnahe **Daseinsvorsorge** sicherstellen zu können, zur Stärkung der gemeinwohlorientierten Einrichtungen und zur guten und nachhaltigen Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das ist für uns elementar in Schleswig-Holstein, und deswegen wollen wir dieses Gesetz. Dieses Gesetz bietet **Planungssicherheit** - auch über fünf Jahre hinaus - und ist damit mehr wert als ein Sozialvertrag wie der genannte Sozialvertrag I.

Geplant ist, die Finanzhilfen von bisher 2 Millionen € um 10 % auf 2,2 Millionen € zu erhöhen. Hinzu kommt eine festgelegte **Dynamisierung**. Das heißt, jährlich soll analog zur jahresdurchschnittlichen Steigerung des Verbraucherpreisindex geprüft werden, inwieweit für die Durchführung der von den Spitzenverbänden wahrzunehmenden Aufgaben eine Erhöhung der Finanzhilfe erforderlich ist. Ebenfalls vorgesehen haben wir eine Vereinbarung zwischen dem zuständigen Ministerium und der LAG, in der die Eckpunkte der Förderung festgeschrieben werden. Eine Veröffentlichung dieser soll für mehr **Transparenz** sorgen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass die Zeit für diese gesetzliche Regelung reif und gekommen ist, um die wertvolle und unverzichtbare Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände zu sichern. - Danke schön.

(Katja Rathje-Hoffmann)

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die rasante Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat in den vergangenen Jahrzehnten natürlich auch die soziale Arbeit erfasst und stellt damit auch die Wohlfahrtspflege vor immer neue Herausforderungen.

Die Wohlfahrtsverbände als Anbieter zahlreicher sozialer Dienstleistungen müssen sich diesen Herausforderungen zukunftsorientiert stellen. Die Wohlfahrtsverbände sind dabei sozialpolitische Aktivisten. Sie sind aber auch eine große soziale Bewegung in Deutschland mit vielen Millionen Mitgliedern und ehrenamtlich Aktiven. Außerdem sind sie moderne **Dienstleistungsunternehmen** mit Tausenden von Einrichtungen und Diensten. Die Wohlfahrtsverbände leisten hier eine großartige Arbeit, gerade auch die vielen ehrenamtlich Tätigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Peter Lehnert [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wohlfahrtsverbände warnen seit vielen Jahren vor der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland. Dieses Auseinanderdriften in unserer Gesellschaft ist gefährlich. Nach wie vor gibt es eine hohe **Kinderarmut**. Etwa 2,5 Millionen Kinder sind in Deutschland davon betroffen. Dies ist ein Skandal und gesellschaftlicher Sprengstoff. Der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung muss endlich eine höhere politische Priorität erhalten.

Es ist aber auch nicht länger hinzunehmen, dass in Deutschland Millionen Menschen in Mini-, Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen arbeiten. Der gesetzliche Mindestlohn, auch das schleswig-holsteinische Landesmindestlohngesetz, sind hier erste Maßnahmen, mit denen gegengesteuert wird. Denn wir wissen seit Langem: Lohnarmut führt zu Kinderarmut und mündet in Altersarmut. Allein mit dieser Begründung lässt sich eine **Stärkung der Wohlfahrtspflege** in Schleswig-Holstein inhaltlich begründen. Zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege will die CDU-Fraktion genau diese Diskussion aufgreifen, das ist gut, aber - und genau dieses Aber ist notwendig auszuführen - durch einen un-

tauglichen und, wie ich finde, schlecht abgeschriebenen Gesetzentwurf. Dieser Gesetzentwurf gleicht im Wesentlichen dem **niedersächsischen Gesetz** zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege. Dabei scheint die Autorin übersehen zu haben, dass gerade gegen dieses niedersächsische Gesetz durch einen privaten Pflegedienstleister ein **Beschwerdeverfahren vor der Europäischen Kommission** eingeleitet worden ist. Gegenstand der Beschwerde ist der Vorwurf des Verstoßes gegen europarechtliche Beihilfavorschriften. Dieses Verfahren hat die EU-Kommission veranlasst, ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einzuleiten. Das heißt, mit diesem Gesetzentwurf, der im Wesentlichen dem niedersächsischen Gesetz gleicht, leisten wir der Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein eher einen Bärendienst. In den folgenden Ausschussberatungen sollten wir daher sehr genau darauf achten, in Schleswig-Holstein kein europarechtlich bedenkliches Gesetz auf den Weg zu bringen.

Die **Daseinsvorsorge** ist der zentrale Begriff für alle sozialen Dienste, die den Menschen vor Ort ein Zusammenleben ermöglichen. Dazu gehören natürlich die sozialen Dienstleistungen, aber auch die Bereiche Gesundheit, Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Kultur, Energie und so weiter. Gerade der Bedarf an sozialen Dienstleistungen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Gleichzeitig hat aber die **Sparpolitik** in diesem Bereich dazu geführt, dass massiv gekürzt wurde. Dazu hat auch die Sparpolitik von CDU und FDP in Schleswig-Holstein in ihrer kurzen Regierungszeit beigetragen. Das Beschneiden der sozialen Dienste betrifft junge Menschen, es betrifft Langzeitarbeitslose, Ältere, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderung besonders hart. Wer dieser Entwicklung entschieden begegnen will, muss die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Da wäre ein **Gesetz zur Förderung der Wohlfahrtspflege** durchaus überlegenswert - ein Gesetz zur Förderung der Wohlfahrtspflege, das aber die sozialen Dienste der Wohlfahrtsverbände stärkt und damit die Angebote für die Menschen in unserem Land verstetigt.

Aber mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die CDU-Fraktion die Leistungen der Wohlfahrtsverbände um 200.000 € stärken, und gerade dies vor dem Hintergrund, dass nämlich die schwarz-gelbe Regierung jährlich die Mittel der Wohlfahrtsverbände um 15 % gekürzt hat. Da kann man nur grundsätzlich feststellen: erst brutal kürzen, und dann mit weißer Salbe helfen wollen.

(Wolfgang Baasch)

Zusammengefasst: Die Abschrift des niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Wohlfahrtspflege ist europarechtlich bedenklich, es ist finanziell vollkommen unzureichend und damit untauglich.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Mit der **Festschreibung des Sozialvertrages I** ist die Arbeit der Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein auch auf Dauer gesichert. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine zentrale **Säule unseres Sozialstaates**. Wir können alle froh sein, dass wir sie haben.

(Beifall Peter Eichstädt [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Sie fasst alle Dienste und Einrichtungen zusammen, die sich in freier, gemeinnütziger Trägerschaft befinden und im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen tätig sind. Durch diese sinnvolle und wirksame Zusammenarbeit ergänzen sie sich mit allen sozialen Angeboten, und das ist gut für all diejenigen, die Hilfe und Unterstützung brauchen.

Als letztes Jahr innerhalb kurzer Zeit viele Menschen als Flüchtlinge zu uns kamen, haben die Wohlfahrtsverbände in eindrucksvoller Weise gezeigt, was in ihnen steckt, und dafür bin ich und sind wir alle ihnen sicherlich sehr dankbar.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ihre Organisation und ihr Engagement haben aus meiner Sicht einen ganz enormen Beitrag geleistet, und wir sollten uns schon überlegen, wie wir nicht nur warme Worte des Dankes dafür finden, sondern auch langfristig versuchen, eine solide und gute **Basis für die weitere Zusammenarbeit** herzustellen.

Die Wohlfahrtsverbände erhalten zur Erfüllung ihrer Aufgaben Leistungen nach dem Sozialvertrag I. Ein Landeswohlfahrtsgesetz wäre sicherlich - da sind wir uns einig - eine Verstetigung und eine Verbesserung. Es würde mehr Planungssicherheit geben. Es wäre sicherlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände ein gutes Signal. Ich gehe davon aus, dass dadurch

auch Bürokratie abgebaut werden kann. Es würde die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit stärken.

Wir Grüne können die guten Argumente alle nachvollziehen, und ich sage ganz deutlich: Wir stehen einem solchen Gesetz positiv gegenüber. Die gute Zusammenarbeit kann mehr Verbindlichkeit bekommen. Wir müssen allerdings darauf achten, dass bei dem Gesetzentwurf - das hat der Kollege Baasch gerade eben ausgeführt - in Niedersachsen, der ja sehr ähnlich dem Ihren ist, im Moment die Probleme bestehen, dass eine Klage ihn vorübergehend auf Eis gelegt hat. Insofern ist den Wohlfahrtsverbänden in Niedersachsen im Moment gar nicht geholfen. Wir Grüne möchten nicht, dass wir den Wohlfahrtsverbänden mit einem Gesetz einen Bärendienst erweisen, was auch hier beklagt werden könnte und dann nicht hilfreich wäre.

Im Verfahren stellen sich auch ausdrücklich **beihilferechtliche Fragen**. Auch die müssen geklärt werden. Das alles sind Argumente, die wir uns in aller Ruhe und Sorgfalt im Sozialausschuss anhören sollten. Wir sind davon überzeugt, dass bei neuen Gesetzen immer Kinderkrankheiten auftreten können. Die können geheilt werden, und am Ende des Verfahrens können wir sehen, wie so etwas für uns in Schleswig-Holstein aussehen könnte.

Eine Bemerkung sei mir noch erlaubt: Ich freue mich sehr, dass die CDU die Sozialpolitik entdeckt hat. Es können sich nie genug Leute um Sozialpolitik kümmern. Sie hatten dazu ja auch eine Veranstaltung, wenn ich das richtig bei Facebook beobachtet habe. Was wir allerdings im Moment nicht brauchen, ist ein Schnellschuss. Deswegen werbe ich für die weitere Beratung im Sozialausschuss. Das Gleiche gilt für die Änderungen, die die FDP-Fraktion vorschlägt. Auch das sollten wir uns einmal genau anschauen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen mit Ihnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich der Abgeordneten Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Idee, den bestehenden Sozialvertrag I durch ein **Wohlfahrtsgesetz** abzulösen, besteht schon seit einiger Zeit. Meine Fraktion begrüßt da-

(Anita Klahn)

bei diesen Weg, da ein Gesetz für die Wohlfahrtsverbände mehr Verbindlichkeit und Planungssicherheit gewährleistet.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Allerdings an die Kollegen von SPD und Grüne gewandt sage ich noch einmal: **Gutes Abschreiben** erkennt man daran, dass der Abschreiber die Fehler ausmerzt. Das hat die CDU-Fraktion tatsächlich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf getan; denn im Gegensatz zum niedersächsischen Gesetz ist die Verwendung der Mittel für Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern V, XI und XII ausgeschlossen. Das ist genau der Kern, weswegen Niedersachsen jetzt das Klageverfahren hat.

Wir gehen davon aus, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Mittel nicht dafür da sind, Quersubventionierung vorzunehmen oder - wie es in Niedersachsen sogar vorgekommen ist - Vorstände damit zu alimentieren. Mit Interesse haben wir allerdings die von der CDU vorgeschlagene zehnprozentige Erhöhung der Ausgaben und auch die festgeschriebene **Dynamisierung** zur Kenntnis genommen,

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

wobei ich auch hier die Kritik vernommen habe an der fünfzehnprozentigen Kürzung der Vorgängerregierung. Da frage ich doch die jetzt Regierenden einmal: Haben Sie diese Kürzung im Sozialvertrag I jemals zurückgenommen? Ich kann Ihnen das gleich mit einem klaren Nein beantworten.

Wenn Verflechtungen zu Profiteuren von Maßnahmen bestehen, sollten die politisch Handelnden auch besondere Sorgfalt walten lassen, das Für und Wider besonders von Erhöhungen und Geldzuwendungen und in der Begründung der Maßnahmen wohl zu überlegen und abzuwägen.

Das gilt allerdings auch gerade in Zeiten knapper Ressourcen und klammer Kassen. Ich erinnere an die mahnenden Worte des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, der dem Landtag, wie ich finde, völlig zu Recht, ins Stammbuch geschrieben hat, dass aufgrund der gravierenden finanzpolitischen Problemlage ein moderater **Konsolidierungskurs** in den nächsten Jahren kaum hilfreich für unser Land wäre, sondern vielmehr massive Konsolidierungsschritte erforderlich seien. Ungedeckte Schecks dürften nicht mehr ausgestellt werden, so der Kollege Koch in seiner Rede vom 16. Dezember 2015. Da dies noch nicht so lange

her ist, hat dies für die CDU ja wohl immer noch Gültigkeit.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch zwei, eigentlich vier weitere Zahlen in den Raum stellen, die vielleicht zum Nachdenken anregen. Baden-Württemberg stellt bei 10 Millionen Einwohnern rund 3,4 Millionen € den dortigen Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung und Bayern bei 12 Millionen Einwohnern 600.000 €. Mir ist nicht bekannt, dass das sozial- oder bürgerschaftliches Engagement in diesen Ländern zu wünschen übrig lässt, was einen zu dem Schluss kommen lassen könnte, dass insbesondere andere Faktoren dafür bestimmend sind.

Meine Damen und Herren, auch der **Landesrechnungshof** übt erhebliche Kritik am bisher bestehenden Sozialvertrag I. Die entscheidenden **Kritikpunkte** fasst der Prüfbericht 1718/2013, dessen Vorlage die Landesregierung meiner Fraktion im Übrigen verweigert hat - womit wir auch wieder beim Thema Transparenz und Dialog wären - wie folgt zusammen:

Erstens. Das Sozialministerium prüft nicht, ob die im Sozialvertrag I verankerten sozialpolitischen Ziele mit den Projektangeboten erreicht wurden.

Zweitens. Die im Vertrag vorgesehenen Controlling-Gespräche wurden über längere Zeit nicht durchgeführt und erst nach Mahnung des Landesrechnungshofs wieder begonnen.

Drittens. Der finanzielle Schwerpunkt der Mittelverwendung liege in der Organisations- und Strukturförderung der Wohlfahrtsverbände, die keinem unmittelbaren sozialen Zweck diene.

Viertens. Die Wohlfahrtsverbände bewilligen sich die Mittel selbst, der Sozialvertrag stehe damit im Widerspruch zu einer bedarfsabhängigen Projektförderung im Sinne des Zuwendungsrechts.

Gerade den letzten Punkt aufgreifend, sieht meine Fraktion erheblichen **Nachsteuerungsbedarf** beim vorliegenden Gesetzentwurf. Wenn das Land schon die entsprechenden Fördermittel bereitstellt, dann muss es sich auch den sozialpolitischen Gestaltungsspielraum schaffen. Der fehlt leider im bisherigen Gesetzentwurf.

Der Gesetzgeber sollte Leitplanken einziehen, um eigene Schwerpunkte definieren zu können, die dann umgesetzt werden. So wäre es zum Beispiel möglich, ein Schwerpunktjahr zum Thema Flüchtlingskrise oder zur **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** zu machen.

(Anita Klahn)

Richtig ist auch das im Gesetz verankerte **Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs**. Nur sollte diese Regelung keine Kann-Vorschrift sein, sondern es muss eine Soll-Vorschrift sein, damit Prüfungen die Regel werden.

Ebenso sollte der Höchstanteil der Finanzhilfe, der für Verwaltungsaufgaben verwendet werden darf, direkt im Gesetz festgelegt werden.

Abschließend kann aus unserer Sicht daher ein Wohlfahrtsgesetz ganz klar ein besseres Konstrukt sein als die für die Öffentlichkeit undurchsichtigen Sozialverträge. Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf liefert dafür eine Arbeitsvorlage. Wir haben einen verbessernden Änderungsvorschlag eingebracht und freuen uns auf die Beratungen im Sozialausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der CDU ausdrücklich für diesen Gesetzentwurf.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ja, das kann man durchaus sagen. Der stammt von der rot-grünen Regierung in Niedersachsen aus dem letzten Jahr. Der alte Piratengrundsatz „sharing ist caring“ greift. Wenn man das dann auch noch richtig macht, nämlich die Fehler ausmerzt, die im Altentwurf vorgesehen waren - das habt ihr gemacht -, dann kann man dazu nichts sagen als herzlichen Glückwunsch; denn die Förderung des Schutzes in der Art ist neu. Darüber hätten sich andere auch Gedanken machen können. Ich finde das sehr gut. Ich finde es auch sehr gut, dass wir Signale erhalten, dass wir zu vernünftigen Beratungen im Sozialausschuss kommen werden.

Was die Änderungsvorschläge der FDP-Fraktion angeht, teile ich deren Auffassung. Das sind ja auch keine entscheidenden Änderungen, sondern sind nur ein Schliff in Nuancen.

Die sieben in der Landesarbeitsgemeinschaft zusammengefassten Wohlfahrtsverbände haben ihre Leitsätze zusammengefasst. Sie sprechen davon, Frieden und Demokratie seien nur auf einer sozialen und **solidarischen Grundlage** möglich. „Sozial“ heißt für uns, für Menschen zu sorgen. Damit ist

zu den Grundideen des Deutschen Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, des Paritätischen, des Diakonischen Werks, der Jüdischen Gemeinschaft und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden auch schon alles in wenigen Worten gesagt, aber von ganzem Herzen und in voller Überzeugung.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Um was geht es der CDU dabei? Zum einen geht es ihr um Anerkennung; das ist klar. Das tut not und wird sicher auch von jedem im Haus mitgetragen. Es geht aber auch um Planungssicherheit und Gestaltungsspielräume für viele Menschen. Es geht um 83.000 hauptamtliche Beschäftigte und mehr als 2.000 Einrichtungen, Dienste und Beratungsstellen, es geht um 97.000 ehrenamtlich tätige und engagierte Menschen. Damit geht es aber auch, aber nicht nur um das **Ehrenamt**. Die Wohlfahrtsverbände sind große und wichtige Arbeitgeber. Sie haben damit auch eine wichtige wirtschaftspolitische Rolle in diesem Land.

Wir haben die Situation, dass die **Förderung durch den Sozialvertrag I** - der Kollege Dr. Garg fragte danach - geschieht. Die Initiative der CDU will mit ihrem Vorstoß die Förderung bündeln und nachhaltig absichern.

Ich habe bereits im Zusammenhang mit der Suchtprävention deutlich gemacht, dass ich es für richtig finde, unentbehrlichen und stets wiederkehrenden Aufgaben, die andere für das Land wahrnehmen, eine besondere Bedeutung und damit eine herausgehobene Stellung im Land zuzuerkennen. Das kann sich nicht nur in warmen Worten ausdrücken, das muss auch strukturell geschehen. Da ist **Planungssicherheit** das Stichwort.

Die CDU hat in ihrem Entwurf auch bedacht, die Prozesse möglichst unbürokratisch gestalten zu wollen und die Mitwirkung und Prüfung des Landesrechnungshofs sicherzustellen.

Auch da bin ich dabei und freue mich auf die Beratung in den Ausschüssen vor allem mit denen, die durch diese Initiative in ihrer Arbeit gestärkt und abgesichert werden sollen.

Ich möchte ausdrücklich darum bitten, dass wir einen Punkt mitberaten. Dabei geht es mir um die **Suchthilfe** in diesem Land. In diesem Zusammenhang blicke ich gern noch einmal nach Niedersachsen, wo dieser Bereich in die Förderung der Wohlfahrtsverbände aufgenommen wurde. Ich weiß, dass sich bei unserem Nachbarn die Landessuchtstelle in der Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände befindet

(Wolfgang Dudda)

und damit eine Planungssicherheit hat, von der die Verbände bei uns nur träumen können.

Wir hatten bei den Neujahrsgesprächen ja durchaus den Eindruck, dass die Sehnsucht nach **strukturierter Förderung** vorhanden ist, und zwar stark. Deswegen halte ich den Gedanken für sinnvoll und naheliegend, das ebenfalls in die Beratungen aufzunehmen: Ist es sinnvoll, machbar oder wünschenswert, die Suchtprävention hier unterzubringen? Darüber würde ich gern mit Ihnen auch im Ausschuss diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Für die Kollegen des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines will ich hier gleich zu Beginn deutlich machen: Ich habe höchsten Respekt vor dem, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wohlfahrtspflege Tag für Tag für unser Gemeinwohl leisten. Egal ob Paritätischer, AWO, Diakonie, Caritas, die jüdischen Organisationen oder das Deutsche Rote Kreuz, diese und andere Verbände und die in diesem Bereich Beschäftigten eint das Ziel, Menschen in Not mit unterschiedlichen Angeboten zu helfen.

Über 80.000 Haupt- und deutlich mehr Ehrenamtler machen mit ihrer Arbeit in der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, in der Migrationssozialberatung und in vielen anderen Bereichen das Leben der Betroffenen lebenswerter. Wie wichtig dieser Einsatz auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist, lässt sich nur erahnen. Für den SSW steht völlig außer Frage, dass diese Arbeit unsere Wertschätzung und Anerkennung verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Man könnte meinen, dass es selbstverständlich und vielleicht sogar überflüssig ist, aber ein Hinweis ist mir dann doch sehr wichtig: Diese **Wertschätzung** und Anerkennung gilt für mich und meine Partei uneingeschränkt und damit unabhängig von politischen Mehrheiten oder irgendwelchen Zwängen im Rahmen von Haushaltsaufstellungen. Das sage ich ganz bewusst, weil in der Vergangenheit leider auch **Einschnitte bei der Förderung** dieser wichtigen Arbeit gemacht wurden.

Für uns dagegen ist eines völlig klar: Unabhängig von der Frage, ob eine vertragliche oder gesetzliche Lösung die bessere ist, muss das Land diese Arbeit zunächst einmal verlässlich unterstützen. Aus diesem Grund haben wir uns gemeinsam mit unseren rot-grünen Partnern darauf verständigt, die **Kürzungen** unserer Vorgänger in bestimmten Bereichen auszugleichen, auch wenn wir wissen, dass wir dabei noch nicht am Ende der Fahnenstange angefangen sind.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Man muss hier gar nicht das Argument der erheblichen **Folgekosten** durch Kürzungen im Sozialbereich bemühen, um den Sinn dieser Ausgabe zu verdeutlichen. Natürlich ist es auch nicht immer einfach, den Wert der sozialen Arbeit in nackten Zahlen oder sonstigen Vergleichseinheiten zu messen. Doch selbst demjenigen, der hier nur die finanzielle Seite sieht, muss eines klar sein: Ohne unsere Wohlfahrtsverbände und ohne das Engagement der Haupt- und Nebenamtler würden große Teile der **Daseinsvorsorge** schlicht und einfach in sich zusammenbrechen. Selbst wenn das Land all diese sozialstaatlichen Aufgaben selbst wahrnehmen würde, wäre das mit Sicherheit um ein Vielfaches teurer.

Ich möchte gern glauben, dass die CDU ihre Haltung gegenüber der Freien Wohlfahrtsarbeit und der sozialen Infrastruktur insgesamt überdacht hat und mittlerweile zu neuen Schlüssen kommt. Angesichts so mancher Entscheidung in Regierungsverantwortung wäre das in der Tat ein echter Gewinn, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber losgelöst von der Frage, ob man hier aus Überzeugung oder aus Kalkül handelt, ist eines klar: Der vorgelegte Gesetzentwurf beinhaltet durchaus gute Ansätze.

Natürlich ist es grundsätzlich wünschenswert, die Finanzierung dieser Arbeit langfristig abzusichern. Selbstverständlich müssen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege dauerhaft leistungsfähig bleiben. Zugegeben: Der Weg über eine gesetzliche Regelung hat einen gewissen Charme. Eine solche Umstellung der Förderung hat aber natürlich auch weitreichende Konsequenzen, oft auch rechtlicher Art, und sollte deshalb nicht übers Knie gebrochen werden.

Aus Sicht des SSW ist eine detaillierte Aufgabenbeschreibung und eine **transparente und gebündelte Förderung** absolut sinnvoll. Durch eine gesetzliche Regelung kann nicht nur Bürokratie gespart werden. Auch die Hürden, diese Förderung zu Konsolidierungszwecken zu kürzen, wären deutlich höher, weil die Träger der Freien Wohlfahrtspflege

(Lars Harms)

dann einen **rechtlichen Anspruch** auf diese Leistungen hätten.

Nicht zuletzt könnte auf diesem Weg neuer Schwung in die Diskussion um die Art und den Umfang des umstrittenen **Prüfrechts für den Landesrechnungshof** kommen. Wir würden eine Klarstellung und Ausweitung der Rechte des Rechnungshofs jedenfalls begrüßen, weil dadurch ein Beitrag zu mehr Transparenz geleistet werden könnte und möglicherweise sogar eine Hilfestellung möglich wäre, wie man die Mittel, die man gibt, auch wirklich besser einsetzt.

Doch wie gesagt: Diese Entscheidungen sind weitreichend und wollen wohl überlegt sein. Wie wir wissen, steht derzeit ein nahezu gleichlautendes Gesetz in Niedersachsen in der Kritik. Wir müssen natürlich zusehen, mögliche Fehler, die sich ergeben haben, nicht zu wiederholen. Das hat die CDU aber auch schon gemacht, indem sie den Entwurf etwas abgeändert hat.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für besonders wichtig, dass wir mit diesem Gesetzentwurf gründlich arbeiten; denn nur so können wir erreichen, was wir im Grunde alle wollen, nämlich eine auskömmliche Förderung der Freien Wohlfahrtspflege, die unsere Wertschätzung dieser wichtigen Arbeit zum Ausdruck bringt und die den Akteuren Planungssicherheit bringt. In der Vergangenheit war es so, dass der Sozialvertrag hierbei nicht immer hilfreich war. Insofern hat eine gesetzliche Regelung einen gewissen Charme. Wir sollten in den Ausschüssen ernsthaft darüber beraten, wie man so etwas umsetzen kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich zunächst einmal feststellen will, dass ich den Aufschlag der Union vollkommen richtig finde. Seit 15 Jahren reden wir über ein Landeswohlfahrtsgesetz und über die **Verbindlichkeit von Leistungen**, die hier niemand infrage stellt.

Unabhängig davon, wie Sie den Gesetzentwurf im Einzelnen handwerklich bewerten, lässt er uns

grundsätzliche Fragen diskutieren, die ich nicht einfach damit beantworten will, dass die Summe zu hoch, zu niedrig oder genau richtig bemessen ist.

Liebe Katja Rathje-Hoffmann, meine Zwischenfrage, die ich vielleicht etwas angefasst gestellt habe, habe ich deswegen gestellt, weil ich glaube, dass es genau der falsche Weg ist, einfach nur den **Sozialvertrag I** in ein Landeswohlfahrtsgesetz umzuwidmen. Vielmehr müssen wir uns die grundsätzlichen Fragen stellen: Was erwarten wir von den Landeswohlfahrtsverbänden? Welche Aufgaben sollen sie erfüllen? Mit wie viel Personal müssen diese Aufgaben erfüllt werden? Welches Budget braucht man hierfür?

(Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Das würde ich nicht an einem Sozialvertrag I festmachen wollen. Ja, Kollege Baasch, dieser ist gekürzt worden. Haben Sie die Kürzung aber zurückgenommen? - Sie haben die Kürzung nicht zurückgenommen.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Lassen Sie uns an dieser Stelle ganz generell darüber reden, wie wir das vernünftig miteinander auf den Weg bringen.

Lieber Kollege Dudda, ich widerspreche Ihnen ungern, aber an dieser Stelle haben Sie etwas übersehen in unserem Änderungsantrag. Es ist mitnichten eine Nuance, die dort geändert werden soll, sondern es ist die prinzipielle Frage, wieviel sozialpolitischen Gestaltungsspielraum das Parlament erhalten soll. Schauen wir uns einmal den **Etat des Sozialministeriums** an. Der Einzelplan 10 ist heute nichts anderes mehr als eine Zahlbarmachung von gesetzlich vorgegebenen Leistungen. Außerdem hängen noch Personalkosten hinten mit dran.

Wenn wir ein Landeswohlfahrtsgesetz schaffen, das nicht eins zu eins dem Sozialvertrag I entspricht, das dem Sozialgesetzgeber Land, also uns, mehr politischen Handlungs- und Gestaltungsspielraum lässt, dann haben wir eine ganz andere Qualität der Diskussion. Das wäre im Übrigen nicht nur im Sinne einer wunderbaren Streitkultur über einzelne Maßnahmen, sondern dann ginge es auch darum, welche sozialpolitische Leitlinie dieses Land in Zukunft verfolgen wird.

Deswegen finde ich die Debatte hochinteressant und hochspannend und würde sie ungern von Anfang an darauf beschränken, ob es 2 Millionen €, 2,5 Millionen € oder wieviel auch immer sind und ob die Mittel dynamisiert sind.

(Dr. Heiner Garg)

Am Ende möchte ich noch etwas Versöhnliches sagen, liebe Freunde von der Union. In der vergangenen Legislaturperiode konnten Ihnen die Kürzungen im Sozialbereich nicht weit genug gehen. Offensichtlich haben Sie jetzt eine andere Auffassung. Das finde ich schön.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW] - Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, ganz vorsichtig!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ganz vorsichtig, Herr Kollege! Ich will Ihnen ausdrücklich zugutehalten: Die Probleme, die Niedersachsen mit dem Gesetz hat, haben Sie definitiv vermieden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Insofern liegt uns eine sinnvolle Beratungsgrundlage vor. - Ich bin am Ende, liebe Frau Präsidentin, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Und die Großzügigkeit des Präsidiums.

Das Wort für die Landesregierung hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Danke schön, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist zwar schon von allen gesagt worden, aber ich will auch aus Sicht der Landesregierung ganz deutlich unterstreichen: Unser **Sozialstaat** ist ohne die Freie Wohlfahrtspflege schlechterdings nicht denkbar. Die Wohlfahrtsverbände sind verlässliche Garanten unverzichtbarer **Dienstleistungen**, innovative Antriebe von Erneuerungen, die veränderte Bedarfslagen in der Bevölkerung früh wahrnehmen und früh aufgreifen.

Die Menschen können sich in unserem Land auf die Verbände verlassen. Das Land kann sich auf die Verbände verlassen. Selbstverständlich müssen sich umgekehrt auch die Verbände auf das Land verlassen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb hat diese Landesregierung von Anfang an klargestellt, dass die kurzfristige **Kürzungspolitik** auf Kosten sozialer Anliegen ein Ende haben muss, mit der meiner Ansicht nach die Vorgängerregierung mehr zerschlagen als effektiv eingespart hat. Davon waren in der vergangenen Legislaturperiode die Wohlfahrtsverbände direkt betroffen, so im Bereich der Suchthilfe und beim Freiwilligen Sozialen Jahr.

Wir haben das rückgängig gemacht. Mit 300.000 € wurden Kürzungen bei Suchthilfe und dezentraler Psychiatrie kompensiert, die wir seit 2015 für innovative Leuchtturmprojekte wieder zur Verfügung stellen. Auch die Kürzungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr haben wir zurückgenommen. Bereits seit dem Haushaltsjahr 2013 liegt der Haushaltsansatz wieder bei 950.000 €.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Die Kürzungen um rund 100.000 € zulasten der Jugendlichen-Freiwilligenarbeit haben wir ebenfalls korrigiert.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich finde, ich gebe genug Gelegenheit zum Klat-schen.

Mit dem Sozialvertrag I haben die Wohlfahrtsverbände gesicherte und ungekürzte Zuwendungen für einen Zeitraum von vier Jahren erhalten und damit eine sehr beachtliche **Planungssicherheit** gewonnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gute Zusammenarbeit gilt es auch für die Zukunft weiterzuentwickeln. Darüber sind wir auch mit den Verbänden einig und in einem vertrauensvollen Gespräch. Das gilt auch für eine gesetzliche Regelung, über die mehr Klarheit, mehr Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden kann. Allen Beteiligten ist aber auch klar, dass eine Neuregelung durchdacht sein und juristischen Prüfungen standhalten muss. Ich muss sagen, dass der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion dies leider vermissen lässt. Ich finde es richtig, von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Dann muss man aber auch die Probleme zur Kenntnis nehmen und nicht hoffen, dass das anderswo nicht auf den Prüfstand gestellt wird und glatt durchgeht.

(Ministerin Kristin Alheit)

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ich erkläre es gleich noch einmal. Hierbei haben wir offenbar schlicht eine andere juristische Einschätzung.

Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf entspricht fast eins zu eins dem niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege. Daran ändern unserer Ansicht nach die Abweichungen bei Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen sowie bei den Leistungen in der Wiedereingliederungshilfe nichts Substanzielles.

Sie wissen, das **niedersächsische Gesetz** wird derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt. Gerügt wird ein Verstoß gegen wettbewerbsrechtliche Regelungen. Zur Feststellung der Europarechtswidrigkeit stehen - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht im Gesetzentwurf doch gar nicht mehr drin!)

- Wir halten die vorgeschlagenen Änderungen für substanziell. Wir würden ein wahnsinnig großes Risiko eingehen, wenn wir auf der Grundlage eines solchen Gesetzes Auszahlungen vornehmen würden. Diese müssten nämlich gegebenenfalls zurückerstattet werden.

Deswegen ist es entscheidend, den **Ausgang des Verfahrens** abzuwarten. In meinem Haus wird ausgesprochen offen betrachtet, wie das Verfahren ausgeht. Ein Gesetz mit entsprechenden Risiken auf den Weg zu bringen, halte ich für viel zu riskant. Das ist eine Unsicherheit, die wir den Verbänden angesichts der weitreichenden Konsequenzen, die sich daraus ergeben, nicht zumuten wollen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Ihnen auf jeden Fall aufgefallen ist, dass in dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion für Schleswig-Holstein die Links zu den Sozialgesetzbüchern V, IX, XI und XII gerade nicht enthalten sind und damit die Grundlage für die Unsicherheit, die

Sie soeben formuliert haben, entfallen ist. Daher muss ich sagen: Ob abgeschrieben oder nicht - die Fehler aus Niedersachsen hat die Union hier gerade nicht gemacht. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie auf einer Basis argumentieren, die zwar bei einer Kritik an Niedersachsen zutreffend wäre, aber auf Schleswig-Holstein und den Entwurf der Union definitiv nicht zutrifft.

(Beifall FDP und CDU)

- Ich sagte es schon im Zusammenhang mit den Zwischenrufen: Wir haben schlicht eine andere juristische Einschätzung. Aber wir werden sehen, wer recht hat. Ich kann nur davor warnen, ein solches Risiko einzugehen. Ich werde noch auf einige andere handwerkliche Defizite, die der Gesetzentwurf aus unserer Sicht hat, aufmerksam machen.

Der Gesetzentwurf kann zum Beispiel eine Doppelförderung nicht ausschließen. Eine Definition von Ausschlussverhalten fehlt. Es wird nicht nachvollziehbar dargelegt, woran die Angemessenheit von Finanzmitteln und deren Erhöhung zu bemessen ist. Zudem fehlen Angaben darüber, was mit jenen Mitteln geschehen soll, die nicht unmittelbar in die sozialen Maßnahmen fließen.

Mir ist allerdings noch etwas aufgefallen - dazu will ich abschließend noch ein paar Worte sagen -: Der Gesetzentwurf nimmt keine angemessene **Würdigung des Ehrenamtes** vor. Dessen professionelle Unterstützung ist aber wesentlicher Bestandteil von Verbandsarbeit und muss daher bei der Förderung der Wohlfahrtspflege immer mitgedacht werden. Geschieht dies nicht, blenden wir einen Kernbereich dieser Verbandsarbeit aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorgelegte Entwurf ist meiner Ansicht nach handwerklich nicht genug durchdacht und muss noch einmal richtig überarbeitet werden. Er birgt juristische Unsicherheiten, die nach meinem Verständnis nicht den Verbänden aufgelastet werden dürfen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3809 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/3877 federführend dem Sozialausschuss

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

und mitberatend, denke ich, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe SPD: Finanzausschuss?)

- Mitberatend.

(Unruhe)

- Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, die Abgeordneten des SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Europäische Dimension der Juristenausbildung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3736

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag will in die Ausbildungsverordnung für Juristen - genauer gesagt: für Rechtsreferendare - eine europafreundliche Regelung einfügen. Was wir vorschlagen, ist etwa in unserem Nachbarland Hamburg seit einiger Zeit gängige Praxis. **Rechtsreferendare** können dort ausnahmsweise ihre Rechtsanwaltsstation unterbrechen, um eine kurze Ausbildungs- beziehungsweise Praktikumsphase zum Beispiel bei der EU-Kommission in Brüssel zu absolvieren.

Es ist, wie ich meine, völlig klar, dass derartige europäische - oder allgemein: internationale - Erfahrungen nicht nur den jungen Rechtsreferendaren, sondern auch deren späteren Arbeitgebern, also

auch dem Land Schleswig-Holstein, nutzen. Gegenwärtig ist dies aber nicht möglich, weil es der hiesigen Juristenausbildungsverordnung an der dazu erforderlichen Flexibilität mangelt. Genauso wie die EU-Kommission nehmen auch Unterorganisationen der UNO Praktikanten nur zu bestimmten Zeiten beziehungsweise Zeitpunkten auf.

Ein Beispiel: Zwischen Juni und September praktiziert Brüssel, das Zentrum einer 500-Millionen-Einwohner-Staatengemeinschaft - der EU -, eine sommerliche Ruhepause, in der solche Stagiaresbeziehungsweise **Praktikumsplätze** nicht angeboten werden, weshalb auch das Hanse-Office den Wunsch einer Rechtsreferendarin, dort in dieser Zeit eine Station zu absolvieren, abgelehnt hat. Andererseits war das Justizprüfungsamt in Schleswig mangels einer Rechtsgrundlage nicht bereit, die in Hamburg wegen der dort geltenden flexiblen Ausbildungsverordnung mögliche Unterbrechungslösung auch bei uns anzuwenden und damit das Praktikum in Brüssel zu einem anderen Zeitpunkt zu ermöglichen.

Die in Genf ansässigen UNO-Unterorganisationen ermöglichen beispielsweise die Aufnahme in eine solche Stagiaire, das heißt in ein Praktikum, zu festen Terminen wie dem 1. April und dem 1. Oktober. Auch dafür wäre es nötig, die **Referendaraus- bildung flexibel** zu gestalten, damit junge Juristinnen und Juristen, die aus Schleswig-Holstein stammen, während ihres Referendariats auch internationale Erfahrungen sammeln können.

Es wäre im Übrigen absurd, wenn das Land bei der Einstellung von Juristen für den höheren Verwaltungsdienst einerseits zwar solche Erfahrungen wünscht und ihr Vorhandensein bei der Auswahl von Bewerbern auch positiv würdigt, andererseits ausgerechnet den eigenen schleswig-holsteinischen Rechtsreferendaren den Zugang zu solchen europäischen beziehungsweise internationalen Kenntnissen durch eine zu starre Ausbildungsverordnung versperrt. Dies gilt es zu ändern.

Die Steigerung der europäischen Kompetenz stärkt die **Europafähigkeit** einer Verwaltung, sich für die gestiegenen Anforderungen innerhalb des gemeinsamen europäischen Rechtsraums aufzustellen. Bereits in der Zeit des Vorbereitungsdienstes erworbenes Wissen, die Erfahrung mit der Arbeit im internationalen Team sowie geknüpfte Netzwerke können später auch für eine Tätigkeit bei uns in Schleswig-Holstein nutzbar gemacht werden. Es läge auch im Sinne der weiteren Entwicklung hin zu einer **europafreundlichen Verwaltung**, die unser aller Anliegen beim Ausbau der europäischen Kooperati-

(Dr. Ekkehard Klug)

on sein sollte, diesen Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist gerade aufgefallen: Heute haben wir einen deutlichen Vorsprung an Frauen, die bei uns Reden halten dürfen.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Wir sind uns sicher, dass das noch ganz schön lange geht. Starke Frauen sind nicht so schnell wegzubekommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: In welche Richtung haben Sie gesprochen, Frau Kollegin?)

- In welche Richtung? In alle Richtungen, einmal ganz herum.

Um gleich deutlich zu sagen, wohin die Reise geht: Der Antrag des Kollegen Dr. Klug ist nachvollziehbar und durchaus zeitgemäß. Wir wollen diesen Antrag gern unterstützen.

Vom ersten Semester an prägt das Europäische Recht die **Ausbildung junger Juristen**. Wer sich heute die Veranstaltungsverzeichnisse der juristischen Fakultäten ansieht, stellt fest, dass es eine breite Palette an Vorlesungen und Seminaren rund um das Europäische und das internationale Recht gibt; denn in zunehmendem Maße haben **Völkerrecht und Europarecht** die innerstaatlichen Regelungen verändert. Die Bedeutung des Ausländerrechts liegt ganz aktuell auf der Hand und wird Verwaltungsbehörden und Gerichte, insbesondere Verwaltungsgerichte, auch zukünftig beschäftigen.

Mit dem **Vertrag von Maastricht** wurden auch **Umweltschutzziele** zum Gegenstand des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft - mit Auswirkungen auf die europäische Handels-, Wirtschafts- und Agrarpolitik. Längst ist es nichts Ungewöhnliches mehr, wenn Berufstätige in verschiedenen europäischen Staaten leben und arbeiten und sich mit dem Gedanken tragen, den Lebensabend im europäischen Ausland zu verbringen, was Auswirkungen auch auf die Rentenversicherung hat.

Dementsprechend ist das **Europarecht** längst auch **Prüfungsbestandteil** in der Juristenausbildung. Das Ziel des Antrags ist es, Referendaren verstärkt und vereinfacht zu ermöglichen, sich bei internationalen Institutionen ausbilden zu lassen. Die Plätze für solch eine Ausbildung sind stark begrenzt. Die Besetzung der wenigen vorhandenen Plätze orientiert sich eben nicht am Ausbildungsrhythmus in Schleswig-Holstein. Deshalb ist es der richtige Weg, in der **Ausbildungsordnung mehr Flexibilität** zu schaffen. Dies steigert auch die Attraktivität unserer Ausbildung. Auch hier stehen wir durchaus in Konkurrenz mit anderen Bundesländern.

(Beifall CDU)

Der vorliegende Antrag verweist in diesem Zusammenhang auf eine Regelung im Hamburger Juristenausbildungsgesetz. Herr Dr. Klug hat zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die Anwaltsstation mit neun Monaten eine der längsten aller Ausbildungsstationen ist. Insofern würde sich dieser Ausflugh, wie ich es nennen will, in die Europäische Union durchaus einarbeiten lassen.

Ich halte es durchaus für eine gute Idee, zu prüfen, ob die **Unterbrechung der Anwaltsstation** zugunsten einer Station bei einer internationalen Institution ein gangbarer Weg ist. Ich habe auf die Vorteile hingewiesen und kann deswegen das, was Herr Dr. Klug gesagt hat, nur unterstützen.

Wir können den Antrag uneingeschränkt befürworten. Ich fände es gut, wenn wir in der Diskussion im Innen- und Rechtsausschuss ein möglichst schlankes Verfahren finden könnten, um mögliche offene Fragen zu klären und uns vielleicht auch eine Rückmeldung aus Hamburg über die Erfahrungen mit dieser Regelung einzuholen. Vielleicht wird es Nachsteuerungsbedarf geben, vielleicht gibt es weitergehende Vorschläge. Vielleicht bietet sich hier im Ausschuss ein Expertengespräch anstelle einer langwierigen Anhörung an.

Ich denke, wir könnten so gemeinsam und zügig zu einer guten Lösung kommen. Deshalb beantrage ich, dass wir den Antrag im Innen- und Rechtsausschuss auch unter diesem Gesichtspunkt beraten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen von der CDU-Fraktion, manchmal ist man etwas irritiert, wenn man erst einen etwas hochtrabenden Titel eines Antrags wie beim vorliegenden über die Europäische Dimension der Juristenausbildung und dann den Antrag selbst liest. Aber manchmal ist die Verpackung alles, Herr Dr. Klug, und sorgt für die erforderliche Aufmerksamkeit.

In der Tat haben andere Bundesländer in ihrer Juristenausbildungsverordnung - das ist keine geschlechtsneutrale Formulierung, wie im Amtsblatt - eine solche Regelung, wie sie von der FDP vorgeschlagen wird.

Formal ist es richtig, dass in Schleswig-Holstein ein Tausch oder eine Unterbrechung, um eine Ausbildungsstation bei der EU-Kommission, anderen diplomatischen Vertretungen oder anderen internationalen Organisationen zu absolvieren, nicht möglich ist. Das stimmt. Eine solche Station kann jedoch während der Verwaltungsstation sowie bei der Wahlstation bereits jetzt abgeleistet werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Ausbildung bei der **Rechtsanwaltsstation** von neun Monaten für die Dauer von einem bis zu drei Monaten bei einem Rechtsanwalt **im Ausland** zu leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon heute ist es möglich, bei entsprechender Planung einen Ausbildungsabschnitt wie gewünscht bei der EU-Kommission, dem Hanse-Office oder einer anderen internationalen Institution zu absolvieren. Das ist möglich. Den Anforderungen an eine **Ausbildung im Europarecht** ist bereits jetzt Rechnung getragen.

Dennoch wird die Regelung, wie von der FDP vorgeschlagen, zu einer Flexibilisierung beitragen. Der Aufnahme der von Ihnen vorgeschlagenen Regelung steht überhaupt nichts entgegen. Vielmehr wäre diese positiv und trüge zur Flexibilisierung in der Handhabung bei.

Deswegen werden wir dem Antrag gern zustimmen. Wenn sich der angehende Jurist oder die angehende Juristin damit gezielt auf das Examen vorbereitet, ist das nur zu begrüßen. Das hat aus meiner Sicht eher eine schleswig-holsteinische Dimension und die Kürze meines Beitrags eine zeitökonomische. Ich glaube, weil die Regelung schlüssig ist, brauchen wir darüber nicht im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Wir können zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe mir zum vorliegenden Antrag sehr viel Schlaues aufgeschrieben, was ich mir nun spare vorzutragen.

Auch ich will darauf hinweisen: Wenn man den Titel des Antrags - „Europäischen Dimension der Juristenausbildung“ - liest, denkt man, dahinter müsse etwas Gewaltiges stecken; da tun sich ganz große Räume auf. Anschließend sackt das Problem in sich zusammen.

Ich habe meinen Referendar einmal nach seinen Stationen befragt. Er hat gesagt: „Ja, dahinter steckt etwas. Das kann in einzelnen Fällen durchaus relevant sein. Dies gilt vor allem in der letzten Phase der Juristen- und Juristinnenausbildung. Dann ist der Kopf sowieso völlig zugequalmt, und es kommt die große Staatsprüfung. Dann ist die Flexibilisierung wiederum unbedingt sinnvoll.“

Aus diesem Grunde stimmen wir dem Antrag zu. Wir brauchen den Antrag nicht an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Vielmehr können wir dem Antrag hier zustimmen, weil wir im Gegensatz zu Hamburg - dort gibt es ein Juristenausbildungsgesetz - eine **Juristenausbildungsverordnung** haben. Deswegen kann unser hochgeachtetes Justizministerium die Änderung selbst vornehmen; das wird es garantiert auch tun. Dann haben wir wieder etwas Gutes für unsere Referendarinnen und Referendare erreicht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat für die Fraktion der PIRATEN Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Juristenausbildung gliedert sich in der Tat in verschiedene Stationen, damit die angehenden Juristinnen und Juristen alle Bereiche kennenlernen können, das heißt die Bereiche

(Dr. Patrick Breyer)

Staatsanwaltschaft, Zivilgericht, Verwaltungsbehörde, Rechtsanwalt und eine Wahlstation.

Im Juristenausbildungsgesetz von Hamburg - Herr Dr. Klug, anders als in Ihrem Antrag ist dies keine Verordnung, sondern ein Gesetz - ist vorgesehen, dass eine **Unterbrechung der Rechtsanwaltsstation** zugelassen werden kann, wenn eine Ausbildung bei der Europäischen Kommission oder anderen internationalen Organisationen im Rahmen der Wahlstation sonst nicht ermöglicht werden kann. Die Formulierung, dass die Europäische Kommission hier als internationale Organisation bezeichnet wird, ist etwas ungewöhnlich. Aber ich glaube, es ist uns klar, was der Sache nach gemeint ist.

In Schleswig-Holstein gibt es diese Unterbrechungsmöglichkeit bisher nicht. Hier muss streng eine Station nach der anderen durchgezogen werden. Aus Termingründen ist es dann teilweise nicht möglich, eine solche **Station bei internationalen Organisationen** abzuleisten.

Sie schlagen, Herr Dr. Klug, darüber hinaus vor, in diese Regelung auch diplomatische Vertretungen und das Hanse-Office einzubeziehen. Das finde ich durchaus richtig. Man sollte aber darüber nachdenken, warum nur die Europäische Kommission und nicht auch der Europäische Gerichtshof oder das Europäische Parlament bedacht werden.

Frau Justizministerin, ich gehe davon aus, dass Sie bei der Umsetzung der Regelung darauf achten, dass alle internationalen Organisationen abgedeckt sind. Nach dieser Maßgabe ist der Antrag unterstützenswert. Ich denke auch, dass wir uns die Beratung im Ausschuss sparen können. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegen des SSW hat der Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegen Peters und Rother haben gerade inhaltlich bereits alles gesagt, was wir in der Koalition zu diesem Antrag bereits besprochen haben. Wenn von der Opposition ein guter Antrag kommt, dann ist es überhaupt kein Problem, dass wir unsere Zustimmung erteilen. Das werden wir gleich tun. Dann wird die Justizministerin die genannte Regelung in der Verordnung entsprechend umsetzen. Dann ist alles gut.

Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Klug, für den guten Vorschlag. Wir würden uns freuen, wenn von der FDP öfter so etwas kommen würde. - Danke.

(Beifall SSW - Heiterkeit FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat noch die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort. - Bitte schön.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es kommt nicht alle Tage vor, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit einer konkreten Einzelfrage der Landesverordnung über die Ausbildung der Juristinnen und Juristen befasst. Dies gilt erst recht, wenn der konkrete Anlass im Dunklen bleibt.

Der Antrag der FDP muss auch deshalb überraschen, weil weder in meinem Haus noch bei dem für die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare zuständigen schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht Fälle aktenkundig geworden sind, in denen es auf Grundlage der derzeitigen Rechtslage tatsächlich ein derartiges Problem gegeben hätte. Auch der Referendarrat, der Interessensvertreter der Referendarinnen und Referendare, weiß nichts dergleichen zu berichten.

Darum noch einmal ein Hinweis: Wenn es in der Praxis der Referendarausbildung tatsächlich irgendwo hakt, sollte der erste Ansprechpartner das OLG sein. Dort werden - davon bin ich überzeugt - regelmäßig **pragmatische Lösungen** im Einzelfall gefunden.

Sollte sich tatsächlich doch einmal ein strukturelles Problem auftun, wird sich das OLG dieses Problems annehmen.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir darzulegen, wie das Verfahren ist, auch vor dem Hintergrund der Anregung der Frau Abgeordneten Ostmeier und weil alles darauf hindeutet, dass in der Sache abgestimmt werden soll.

Wie ist die **Situation in Schleswig-Holstein**? Schon heute können Referendarinnen und Referendare eine Station bei der Europäischen Kommission, bei anderen internationalen Organisationen oder bei diplomatischen Vertretungen während der **Verwaltungsstation** nach Genehmigung durch das Innenministerium sowie in der **Wahlstation** ableis-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

ten. Demnach stehen den Referendarinnen und Referendaren jeweils zwei mögliche Antrittszeitpunkte zur Verfügung.

(Unruhe)

Auch haben die entsprechenden Stellen grundsätzlich keine starren Einstellungsfristen. Die Bewerbung muss lediglich mit ausreichend zeitlichem Vorlauf eingereicht werden. Man kann also nicht sagen: „Huch, ich möchte ab morgen eine Zeit lang im Hanse-Office arbeiten“, und davon ausgehen, dass das klappt. Der Vorlauf beträgt zum Beispiel ein halbes Jahr. Als Ausnahme könnten auf den ersten Blick zwar die fünfmonatigen, bezahlten Praktika im Rahmen des offiziellen Praktikantenprogramms der Europäischen Kommission betrachtet werden. Dieses Programm richtet sich aber in erster Linie gar nicht an Referendarinnen und Referendare. Denn diese können sich stattdessen direkt bei den jeweiligen Generaldirektionen für dreimonatige Stationen bewerben. Dabei sind die Einstellungstermine auch frei wählbar.

(Unruhe)

In der Gesamtschau sollte es daher jeder Referendarin und jedem Referendar auch heute schon grundsätzlich möglich sein, bei entsprechender vorausschauender Planung die gewünschten Stationen zu absolvieren.

Dennoch versperren wir uns der Aufnahme einer entsprechenden **Ausnahmemöglichkeit** in der Juristenausbildungsverordnung überhaupt nicht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Anhaltende Unruhe)

Bei ihrer praktischen Ausgestaltung wird allerdings neben verschiedenen organisatorischen Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf den Einführungslehrgang zu Beginn der Station, die stationsbegleitenden Arbeitsgemeinschaften und das Probeexamen, zu berücksichtigen sein, dass in den Pflichtstationen gezielt auf das schriftliche Examen vorbereitet werden soll. Wenn also im Ausnahmefall die Wahlstation vorgezogen wird, müsste dennoch gewährleistet bleiben, dass eine intensive Vermittlung der examensrelevanten Themen erfolgen kann.

Vielleicht ist es ja tatsächlich so, dass sich durch die von der FDP vorgeschlagene Regelung zukünftig mehr Referendarinnen und Referendare für eine entsprechende Station interessieren. Als Justiz- und Europaministerin würde ich das ausdrücklich begrüßen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Die Kollegin Ostmeier hat mir soeben mitgeteilt, dass Sie nach dem Verlauf der Debatte den Antrag auf Ausschussüberweisung zurückzieht. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung in der Sache.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 18/3736 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 und 28 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Landwirte in wirtschaftlich schwieriger Zeit unterstützen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3816

b) Der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Dumpingpreise verhindern - Gründung einer Vermarktungsplattform vorantreiben

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3848

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Heiner Rickers von der CDU-Fraktion das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Es freut mich, dass das Thema Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein in diesem Plenum auf so viel Interesse stößt. Was mich nicht freut: Wir diskutieren zur besten Melkzeit, 17 Uhr am Nachmittag. Sie wissen, dass die Bauern jetzt an den Melkständen stehen und insofern nicht zuhören können. Der Landwirtschaftsminister ist da, ich bin da, das reicht. Hans Neve ist auch da, da melkt die Frau - auch das geht.

(Zurufe und Heiterkeit)

(Heiner Rickers)

Aber zur Sache.

(Unruhe)

- Zur Sache! Das ist durchaus ein ernstes Thema.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben angefangen!)

Sie wissen, dass die Bauern in Schleswig-Holstein preislich in der Krise stecken. Wir haben einen Minister, der nicht nur für Energiewende und Umwelt zuständig ist, sondern sich auch Landwirtschaftsminister nennt. Und was erwartet man von einem Landwirtschaftsminister? Natürlich erwartet man, dass ein Landwirtschaftsminister der Landwirtschaft auch beisteht, wenn es nicht so gut läuft.

(Beifall CDU und FDP)

Das Thema Landwirtschaft in Schleswig-Holstein haben wir hier des Öfteren diskutiert. Landwirtschaft in Schleswig-Holstein bedeutet auch, dass an einem Grundstandort Produkte hergestellt werden, die als sogenannte Mengenprodukte oder Mengenanpasser deklariert werden. Dazu gehört Getreide in großem Maße, natürlich auch Milch und Schweinefleisch. Das kennen Sie alles.

Schlechte Preise - schlechte Stimmung. Für die schlechten Preise, Herr Minister, können Sie nichts. Aber nun komme ich zum ersten Teil meines Antrags: Für die schlechte **Stimmung** sind Sie durchaus mit verantwortlich!

(Beifall CDU und FDP)

Sie wissen, dass wir in der Gesetzgebung und in der Öffentlichkeit Fragen wie die Pflanzenschutzmittelbesteuerung diskutiert haben, die die **Bauern** durchaus belasten. Vor drei Wochen wurde ein wissenschaftlich aufgearbeiteter Nährstoffbericht herausgebracht, der bestimmt auch in die richtige Richtung weist, aber keine Lösung nennt. Und wieder richtet es sich gegen die Bauern: Nitratbericht, Rückstandsbericht über Pflanzenschutzmittel in Oberflächengewässern oder im Grundwasser. Alles, was irgendwie darauf hinzielt, dass die Bauern in einem schlechten Licht dastehen, wird immer wieder durch die Medien getrieben: Das macht die Stimmung eben so schlecht.

Ich will nicht die Chance verpassen, hier darauf hinzuweisen, dass Sie zur Beratung über den **Milchmarkt** beim **BDM** waren. Das ist auch aner kennenswert. Die Veranstaltung war mit circa 200 Milchbauern aus Schleswig-Holstein besucht.

Am selben Abend gab es dann eine große Veranstaltung von der RSH - nicht Radio Schleswig-Hol-

stein, sondern **Rinderzucht Schleswig-Holstein**. 3.500 Leute, die sich mit Milchproduktion, mit Melken und allem, was damit zusammenhängt, beschäftigen. Die Familien waren alle mit eingeladen, es war eine ganz hervorragende Veranstaltung.

Der Schirmherr, Landwirtschaftsminister Dr. Habeck, war abends nicht zugegen. Es ist nicht nur meine persönliche Meinung, dass es schade ist, dass Sie da nicht die Initiative ergriffen haben, etwas für Mut oder für bessere Stimmung zu sorgen und sich einfach einmal zu zeigen, um den Bauern, die in der Krise sind, etwas mit auf den Weg zu geben.

(Beifall CDU)

Die waren enttäuscht. Der Vorsitzende von der RSH hat das auch so deutlich gesagt, insofern ist das nicht nur meine Meinung.

Damit komme ich zum zweiten Antrag. Wir sind uns alle einig: Politik muss dann einschreiten, wenn im System eines Marktes nicht alles rundläuft. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt.

Die **Ausgangslage** ist relativ klar: In Deutschland gibt es rund 77.000 Milcherzeuger, es gibt 150 Betriebe, die die Milch verarbeiten, und es gibt auf der Gegenseite mit Aldi, EDEKA, Lidl, Metro und Rewe fünf Abnehmer. Das ist Ihnen bekannt. Diese fünf Abnehmer bestimmen in der Urproduktion - gerade von Milch und Fleisch - die Preise und legen dementsprechend Eckpreise fest.

Die Entscheidung von Minister Gabriel auf Bundesebene, EDEKA und Tengelmann auch noch eine Fusion zu genehmigen, ist aus Gesichtspunkten der Marktstrukturgesetzgebung durchaus zweifelhaft. Aus unserer Sicht ist das glatt durchgewunken worden. Deswegen liegt der Antrag vor, den wir hier stellen.

Nach dem Agrarmarktstrukturgesetz gibt es die Möglichkeit, dass sich landwirtschaftliche Erzeugerorganisationen - und dazu gehören nun einmal unsere Meiereieigenossenschaften - zu **Erzeugerorganisationen** zusammenschließen und vom Kartellgebot freigestellt werden. Das heißt: Sie können sich zu **Vermarktungsplattformen** zusammenschließen, die in großen Mengen auch große Player am Markt zusammenfassen, um so dem **Monopol des Einzelhandels** entgegenzutreten.

Dieser mögliche Ansatz - auch da weiß ich, dass es andere Ansätze gibt, die wir hier auch diskutieren sollten - bedeutet: Wir fordern Sie eindeutig auf, die großen Player am Markt an einen Tisch zu holen, und das über Bundesgrenzen und Bundesländergrenzen hinweg. Dazu gehören mit Arla und

(Heiner Rickers)

DMK eher norddeutsche Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, die die Hälfte der Milchproduktion in der Bundesrepublik zusammenfassen.

Der Antrag wird gleichzeitig unterstützt von meinen Länderkollegen aus Bremen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen und ganz vorne natürlich von mir aus Schleswig-Holstein.

Holen Sie diese Leute an einen Tisch, und versuchen Sie über eine Vermarktungsplattform, die gemeinsam von diesen Unternehmen gesteuert wird, einen Gegenpol zum Großhandel, zum Monopol, zu schaffen! Versuchen Sie, damit rechtzeitig, und zwar kurzfristig, ein Signal auszusenden, damit die Preise nicht weiter nach unten, sondern in der Tendenz irgendwann einmal nach oben zeigen. Das wäre eine schnelle Möglichkeit, im Markt etwas zu bewegen, und würde unseren Bauern helfen. Gehen Sie den Weg mit.

Ein Letztes: Akute Probleme brauchen schnelle Ideen. Große Probleme - die haben wir hier - brauchen große Lösungen. Deswegen: Denken Sie nicht klein-klein, sondern folgen Sie unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der **Presseerklärung** der CDU zum vorliegenden Antrag fordern Landesverband und Landtagsfraktion die Einleitung von „Maßnahmen zur **Begrenzung der Macht der Discounter** bei der Milchvermarktung“. Hätten wir Sozialdemokraten das geschrieben, wäre uns wieder vorgeworfen worden, wir hätten keine Ahnung vom freien Markt,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sozialismus pur!)

und den Wettbewerb würden wir auch nicht verstehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Antrag - Herr Rickers hat es gesagt - ist Teil einer CDU-Kampagne, die in insgesamt sieben Bundesländern läuft. Dadurch wird der Antrag aber lei-

der für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein auch nicht besser. Ich bezweifle, dass eine Vermarktungsplattform für Milchprodukte der richtige Weg ist. Sie würde die Milchindustrie stärken und die **Preiskrise** nicht beheben, solange zu viel Milch auf dem Weltmarkt ist. Es gelten die Gesetze des Marktes. Wenn der Preis nicht stimmt, kaufen die Discounter eben in anderen Regionen Deutschlands oder im Ausland.

Die **Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel** ist eines der zentralen Probleme in der Landwirtschaft - da sind wir uns einig. Immer mehr, immer billiger - ein Preiskampf, bei dem der Landwirt oft als Lieferant alleine dasteht. Daher ist es richtig, dass Milcherzeuger zunehmend neue und nachhaltige Konzepte fordern und den Druck auf ihre Molkerereien erhöhen. Dabei sind selbstbewusste Genossinnen und Genossen in den Genossenschaften eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Milchwirtschaft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Diversifikation statt Konzentration ist hier die Forderung.

Am Montag hat der Bundeslandwirtschaftsminister auf dem EU-Agrarrat ein zweites Liquiditätshilfsprogramm vorgeschlagen. Die bisher nicht abgerufenen Mittel aus dem ersten Hilfspaket müssen zügig vergeben werden, und das Geld muss bei den Bauern endlich ankommen. Das dauert. Bis dahin können nur die Hausbanken den Betrieben zur Seite stehen. Ich weiß, dass das oft auch schon geschieht.

Mit dem Blick auf die **Milchbauern** hier in Schleswig-Holstein, zum Beispiel auf die der **Wilstermarsch**, ist mir bange, gerade um die Betriebe mit Weidehaltung - nicht, weil das idyllisch ist, sondern weil Weidehaltung auch Kulturlandschaft erhält und Biodiversität sichert. Das ist den Landwirten durchaus bewusst, und sie sind stolz darauf. Wir müssen für Schleswig-Holstein ein **Weidemilchprogramm** für die Vermarktung dieser besonderen Milch anstoßen. Die Charta „Weideland Norddeutschland“ wie in Niedersachsen kann auch in Schleswig-Holstein eine Option sein.

Wichtig ist eine breit aufgestellte Ernährungswirtschaft. Fördermittel für die Meierei Hamfelder Hof und den Neubau der Meiereigenossenschaft Viöl tragen zur Stärkung der Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein bei.

(Beifall SPD und SSW)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Ihre Aufforderung, die hiesige Landwirtschaft nicht zu verunglimpfen und unter Generalverdacht zu stellen, ist Augenschere. Es ist der Landwirtschaft gegenüber nicht fair, so zu tun, als ob sich gerade die CDU schützend vor die Landwirtschaft wirft.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit ihrer lange gepredigten Wachse-oder-weiche-Taktik haben Sie die Entfernung von Gesellschaft und Landwirtschaft mit beeinflusst.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hilft die **Anerkennung im internationalen Wettbewerb**, wenn die **Menschen in meiner Region** mein Wirtschaften nicht mehr verstehen und akzeptieren, und wenn berechtigte Diskussionen um Tierhaltung, Pflanzenschutzmittel und Nährstoffüberschüsse damit abgewürgt werden, die Landwirtschaft könne nicht anders, schuld sei der Weltmarkt? Dann schaden Sie einer selbstbewussten, verantwortungsbewussten Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

und missachten, dass es hier sehr viele Betriebe gibt, die nachhaltig, ressourcenschonend, als wichtiger Bestandteil im ländlichen Raum gesunde Lebensmittel produzieren, und das für unsere Märkte und für den Export.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Lassen Sie mich zum Schluss vielleicht einen Wunsch äußern. Wichtig für Schleswig-Holstein wäre eine Wiederbelebung der Agrarsoziologie. Die Entfremdung von Gesellschaft und Landwirtschaft ist stetig gewachsen. Es ist mehr als wünschenswert, die Wechselbeziehungen von ländlichen Räumen, Landwirtschaft, Verbrauchern und gesellschaftlicher Entwicklung wieder zum Gegenstand von Forschung und Lehre zu machen. Sonst rennen wir immer hinterher - so wie Sie jetzt mit Ihren Anträgen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute über die **Krise auf dem Milchmarkt** und den anstehenden **Strukturbruch** hier im Land debattieren. Dadurch wird auch ein Stück weit deutlich, wie völlig unterschiedlich wir jeweils die Lage bewerten und welche unterschiedlichen Herangehensweisen wir vertreten.

Die CDU holt ein seit 50 Jahren im Land immer wieder diskutiertes und auch zum Teil mit Erfolg umgesetztes Instrument wieder aus der Kiste. Mir kommt es so vor, als will man an dieser Stelle Molkereikonzerne stärken, die Krise wegdiskutieren, aber wirksame Sofortmaßnahmen nicht fordern will.

Die Krise auf dem Milchmarkt ist nicht plötzlich und unerwartet über uns gekommen. Sie ist nicht die Folge eines kurzfristigen Wegbrechens irgendwelcher Märkte in Russland oder China. Sie ist vielmehr das Resultat einer vom Grundsatz her falschen und **auf stetiges Wachstum** und Eroberung der Weltmärkte **angelegten Agrarpolitik** mit den logischen Folgen: Überschussproduktion, Preisverfall.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Überschüsse drängen dann auf die globalisierten Märkte. Diese aggressiven, mit Dumpingmethoden um Marktanteile kämpfenden Exportstrategien schaden unseren Betrieben, aber auch weltweit. Daran sollten wir immer wieder denken, wenn wir über Fluchtursachen diskutieren.

Ja, die Lage auf dem Milchmarkt ist für bäuerliche Erzeuger existenzbedrohend. Allein in Schleswig-Holstein ist im abgelaufenen und im kommenden Jahren mit einem **Defizit in der Wertschöpfung** der über 4.000 Milcherzeugerbetriebe von über 500 Millionen € jährlich auszugehen. Diese Entwicklung ist auch vor dem Vorzeichen vieler anstehender Investitionen auf den Betrieben in Umwelt, Tierwohl und Arbeitsqualität äußerst kritisch zu bewerten. Dass diese Investitionen anstehen, ist nicht irgendwelches grüne Gedöns und entstammt irgendwelchen grünen Phantasien, sondern es ist auch eine Konsequenz aus Ihrem dritten Weg, der agrarpolitischen Analyse der CDU.

Ja, Liquiditätshilfen, Bürgschaften, sind in diesen schwierigen Zeiten ein Teil der Mittel. 500 Millionen € Liquiditätshilfen wurden für den Sektor im vergangenen Herbst in der EU beschlossen. Diese 500 Millionen € waren nicht an eine Mengenredu-

(Bernd Voß)

zierung gekoppelt. Das war ein großer Fehler. Bundesminister Schmidt fordert jetzt das nächste Programm.

Ich sage ganz klar: Kein Staat kann gegen überlaufende Märkte und verfallende Marktpreise an subventionieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe **CDU**, ich habe schon bei der Vorstellung Ihres neuen **Agrarprogramms** im vergangenen Jahr angemerkt: Sie schreiben vieles Richtige in die Situationsanalyse. Sie sollte vielleicht auch den einen oder anderen weiblichen und urbanen Kreis für Sie als Wähler erschließen. Aber Sie sagen damals wie heute nicht, wie es bezahlt werden soll. Das geht nur über die - wie heißt es theoretisch? - ökonomischen und ökologischen Wahrheiten, die die Preise sagen. Um es anders zu sagen: Das geht einfach nur über funktionierende Märkte. Die haben wir hier nicht.

Ja, **bäuerliche Milchviehhaltung** ist ein zentraler und wichtiger Bestandteil der **Landwirtschaft in Schleswig-Holstein**. In Grünlandregionen ist sie oftmals die einzige mögliche landwirtschaftliche Nutzung. Sie prägt wie kaum eine andere Betriebsform die Kulturlandschaft auch in Schleswig-Holstein und kann wesentlich zum Erhalt der ökologisch wertvollen Grünländereien und der damit verbundenen biologischen Vielfalt beitragen. Die Landesregierung hat durch viele Programme, sei es Grünland, Ökolandbau, Verarbeitung und Vermarktung, Eckpunkte gesetzt, um diese Potenziale zu heben.

Wer nicht liefert, wer es versäumt, diese Facetten, die verschiedenen Optionen, die die Betriebe haben, aufzugreifen, ist wieder einmal die Bundesregierung. Wir warten immer noch auf ein verbindliches öffentliches Label für die Haltungsform von Tieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dringendste Aufgabe ist es jetzt, den Verlust zahlreicher Milchviehbetriebe und damit einen dramatischen Strukturbruch in der Milcherzeugung zu verhindern. Landwirtschaftliche Betriebe kann man nicht im Stand-by-Betrieb abschalten. Wenn sie weg sind, dann sind sie weg. Hier sind europaweit jetzt auch die **Molkereiunternehmen** gefordert. Es gilt, Verantwortung zu übernehmen und Anreize für eine Reduzierung der Milchmenge und damit für bessere Erzeugerpreise zu setzen. Dass dies schnell und effizient und ohne überbordende Verwaltung

möglich ist, das hat vor Kurzem eine holländische Molkerei gezeigt, wenn auch aus ganz anderen Motiven heraus. Das kann unterstützt und gefördert werden durch öffentliche Bürgschaften und öffentliche Darlehen. Die Bundesregierung muss sich auf **EU-Ebene** endlich dafür einsetzen, dass Maßnahmen für eine schnelle Anpassung der Milchproduktion an den Bedarf im Fall von Marktkrisen möglich sind und umgesetzt werden. Und was macht die Bundesregierung? - Am vergangenen Montag tagte der EU-Agrarrat. Gute Vorschläge kamen aus Frankreich, sie gingen in die richtige Richtung. Die Bundesregierung hat diese Vorschläge auflaufen lassen.

Ich komme zum Fazit: Nicht das Bündeln von Molkereien und Molkereikonzernen ist das Zauberwort, sondern mit schnellen Maßnahmen die Menge an die Nachfrage anzupassen und die Erzeuger letztlich am Markt in ihrer Position zu stärken. Ich bitte wirklich darum, die Anträge, die heute von der CDU gestellt wurden, abzulehnen. Ich will nicht auf den Antrag der CDU eingehen: „Seid nicht so böse zu den Bauern“. Ich finde, der Antrag erübrigt sich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor wir auf der Rednerliste fortfahren, möchte ich mit Ihnen gemeinsam auf der Tribüne weitere Gäste begrüßen. Es sind Mitglieder des CDU-Ortsverbands Großsolt. Das sind Gäste der Kollegin Nicolaisen, die uns auf der Tribüne zuhören. Ferner sind es neue Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Landesvorsitzende Ruth Kastner und Arfst Wagner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Herzlich willkommen Ihnen allen hier im Kieler Landeshaus.

(Beifall)

Wir fahren fort. - Das Wort hat der Kollege Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Initiative der CDU, eine **Vermarktungsplattform für Milcherzeuger** einzurichten, lenkt wirklich von den eigentlichen Problemen am Milchmarkt ab.

(Beifall FDP und vereinzelt SSW)

(Oliver Kumbartzky)

Sie lenkt vor allem von der verkorksten Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung ab.

(Beifall FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat dir denn die Rede geschrieben?)

- Die habe ich selbst geschrieben, Herr Arp. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen: Ihr Landesvorsitzender stellt sich hin und gibt die Pressemitteilung heraus: Wir müssen die **Discounter bekämpfen!** - Und was macht die Bundesregierung gleichzeitig? Gleichzeitig handelt sie gegenteilig, denn Wirtschaftsminister Gabriel hat erst vor wenigen Wochen eine **Ministererlaubnis** zur zuvor vom Kartellamt abgelehnten Übernahme der **Tengelmann-Supermärkte** durch den Branchenprimus **EDEKA** in Aussicht gestellt. Dazu muss man wissen, dass nicht nur das Kartellamt die Übernahme abgelehnt hat, sondern dass auch ein Sondergutachten der Monopolkommission empfohlen hat, diese Ministererlaubnis nicht zu erteilen.

(Beifall FDP)

Liebe Freunde von der CDU, ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Statt in Pressemitteilungen solche Forderungen aufzustellen, sollten Sie in Berlin Ihren großen Einfluss geltend machen und mit konkretem Handeln gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorgehen. Damit die Milchviehhalter in Zukunft selbstbestimmte Unternehmer bleiben können, müssen strukturelle Reformen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe und im Sinne des betrieblichen Risikomanagements erfolgen.

(Beifall FDP)

Die deutschen **Milchbauern** brauchen Hilfe dabei, ihre **Wettbewerbsfähigkeit** zu erhöhen, auch um neue Absatzmärkte zu erschließen. Das gilt gerade vor dem Hintergrund des Russland-Embargos. Dafür und für weitere Unterstützungsmaßnahmen ist auf Bundesebene noch viel zu tun, und ich will einmal konkrete Beispiele nennen. Das ist von meinem Vorredner nicht gemacht worden. Ich will konkret benennen, wie man der Krise begegnen kann: Beispielsweise wäre eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe ein sinnvolles Mittel, das die klassische Form der Eigenvorsorge wirksam unterstützen könnte, doch leider wird diese Maßnahme vom Bundesfinanzminister blockiert.

Ein zweiter Punkt: Die Macht der Erzeuger sollte unserer Meinung nach dadurch gestärkt werden, dass die Rechte der Mitglieder gegenüber den Genossenschaftsvorständen wieder ausgeweitet wer-

den. Liebe Genossen, wir wollen auch die Genossen stärken.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Nur leider hat gerade die schwarz-rote Regierung 2006 das **Genossenschaftsrecht** dahin gehend geändert, dass es geschwächt worden ist, aber ich hoffe, dass Sie sich jetzt dafür starkmachen werden, um beim Genossenschaftsrecht wieder auf den Stand von 2006 zurückzukehren.

(Zuruf SPD)

- Habe ich Schwarz-Grün gesagt? - Ich meinte natürlich Schwarz-Rot.

(Weitere Zurufe SPD)

- Ach so, auch nicht schlecht. - Karneval ist vorbei.
- Meine Damen und Herren, die von der Union geforderte Plattform könnte übrigens sogar negative Folgen für die Milchbauern haben: Eine Vermarktungsplattform dieser Art könnte die Discounter dazu bewegen, auf andere Milchzulieferer außerhalb Schleswig-Holsteins auszuweichen und würde die Existenz hiesiger Milchviehbetriebe gefährden. Das Letzte, was der Milchmarkt jetzt braucht, ist mehr **staatliche Regulierung**.

(Beifall FDP)

denn die Milcherzeuger brauchen die von mir eben erwähnten Maßnahmen und notwendigen Rahmenbedingungen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Statt überzogener Regulierungen bei der Agrarinvestitionsförderung müssen Mittel markgerechter und unbürokratischer freigegeben werden.

Nun komme ich vom Bund zum Land und damit zum zweiten Antrag der CDU. Die FDP-Fraktion teilt hier die Forderungen der Union. Die **Landesregierung** darf die Landwirte nicht überfordern, sondern sie soll sie unterstützen. Aber sie tut leider genau das Gegenteil. Sie versucht, sinkende Preise mit steigenden Kosten zu bekämpfen. Dabei bringen immer neue Verordnungen und Gesetze und immer mehr Agrarphilosophie die Landwirtschaft keinen Schritt voran. Da gibt es leider genug Beispiele: Die Knickschutzverordnung, das Dauergrünlanderhaltungsgesetz, die Pflanzenschutzsteuer, auch Habeck-Steuer genannt, und nicht zuletzt das Landesnaturschutzgesetz.

Frau Eickhoff-Weber, apropos Naturschutzgesetz:

(Zurufe SPD)

- Auch so, Frau Redmann. Was ist eigentlich aus dem **Naturschutzgesetz** geworden? Sie wollten doch einen großen Änderungsantrag präsentieren,

(Oliver Kumbartzky)

durch den Sie der Regierung zeigen wollten, was Sie von dem Entwurf gehalten haben. Sie wollten Dialog mit Bauern, Jägern und der Opposition - aber: Fehlanzeige. Im März wollen Sie Ihr Gesetz nun durch den Landtagtag bringen. Ich bin äußerst skeptisch. Ich bin natürlich gespannt wie Bolle darauf, aber ich bin sicher, dass das Vorkaufsrecht und dass die Gewässerrandstreifenbürokratie drin bleiben werden, und das nützt der Landwirtschaft überhaupt nicht.

(Beifall FDP)

Die rot-grün-blaue Koalition und der Umweltminister treffen immer zielsicher diejenigen am härtesten, die sie eigentlich fördern wollen. Das tun Sie mit den eben genannten Gesetzen und Verordnungen. Und wenn Dr. Robert Habeck sagt, er lasse die Bauern mit ihren Problemen nicht allein, dann klingt das aus seinem Mund wirklich wie eine handfeste Drohung.

(Beifall FDP)

Wir brauchen endlich eine Landwirtschaftspolitik, die sich auf Wissenschaft und Sachverstand gründet und nicht durch Ideologie, Meinungsmache und Bauchgefühl bestimmt wird. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schwierige Situation der Bauern wurde hier ausführlich angesprochen, und aufgrund der fortschreitenden Liberalisierung der globalen Absatzmärkte im Agrarbereich und des fortwährenden Preisdrucks kann es ein „Weiter so!“ nicht geben. Die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sichert nicht nur die Nahrungsgrundlage, sondern auch unsere **Kulturlandschaft**. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern sie prägt auch schleswig-holsteinische Kulturlandschaft.

Es ist daher an der Zeit, dass die Landesregierung die richtigen Schwerpunkte für eine moderne innovative und leistungs- und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein setzt. Wir PIRATEN sind der Überzeugung, dass unsere Bäuerinnen und Bauern den Wettbewerb mit den Konkur-

renten in Südamerika oder Asien nicht scheuen müssten. Gerade die steigende Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln muss man als Chance betrachten, denn das derzeitige regionale Angebot deckt bei Weitem nicht die Nachfrage.

Liebe Kollegen, das Ende der Milchquote war lange bekannt, und trotzdem haben weder Landesregierung noch Bauern sich darauf vorbereitet. Jetzt existiert eine massive Überproduktion, die den Milchpreis drückt, und in der jetzigen Situation wäre eine gemeinsame **Vermarktungsplattform** für regionale und qualitativ hochwertig produzierte Lebensmittel, die die Verhandlungsposition der Landwirte deutlich stärken würde, aus unserer Sicht durchaus sinnvoll. Deswegen schlagen wir vor, dass die Anträge an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen werden, um zu gucken, was konkret umsetzbar ist.

(Beifall PIRATEN)

Zum anderen hätte die Landesregierung in Anbetracht des **Endes der Milchquote** einen **Strukturwandel** hin zu einer **ökologischen Premiummilchwirtschaft** fordern und auch fördern können. Ein solcher Wandel kostet Zeit, und er kostet Geld. Wenn der Agrarwandel politisch gewollt ist, dann muss die Landesregierung diesen Willen auch finanziell stärker als bisher unterstützen.

Herr Minister Habeck, das **Agrarmarktstrukturgesetz** bietet aus Sicht unserer Fraktion die notwendigen Mittel, um sich von der hochgezüchteten Turbokuh zu verabschieden und stattdessen auf eine nachhaltig und qualitativ hochwertig produzierte Milch zu setzen.

Gerade die Milchpreise und vor allen Dingen die Krise zeigen doch deutlich, dass ein „Weiter so!“ mit Turbokühen und Massentierhaltung nicht die agrarpolitische Zukunft sein kann. Wir PIRATEN setzen darauf, dass in Schleswig-Holstein der Wandel hin zu einer ökologischen und innovativen Landwirtschaft insbesondere bäuerlicher Familienbetriebe gestärkt wird.

Ich sage aber auch ganz klar - das war am Rande der Grünen Woche auch zu erfahren -: Es ist sinnvoll anzuregen, auf **Bioproduktion** umzusteigen, aber wir müssen auch sehen, dass vor allen Dingen die Milchbauern, die jetzt in die roten Zahlen gerutscht sind, das nicht einfach von heute auf morgen machen können. Die **Umstellung** eines solchen Betriebes dauert zwei bis drei Jahre. Nur zu fordern: „Macht das jetzt einmal!“, geht nicht, weil man sie dann endgültig in den Ruin treibt.

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

Da wir auch gerade über Rinder sprechen, möchten wir die Landesregierung auffordern, sich hinsichtlich der neuen **Cross-Compliance-Regeln** im Sinne der Landwirte wirklich energisch einzusetzen. Die neuen **Anforderungen für tierhaltende Betriebe** sind in keiner Form praxistauglich, sondern auch da wird an der Existenzschraube gedreht. Gerade Landwirte brauchen Flexibilität und keine starre Bürokratie, die den Berufsalltag, aber auch das Tierwohl zusätzlich belasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland ist der kaufkräftigste Markt in Europa, und trotzdem bangen unsere Landwirte um ihre Existenz. Die **Rolle des Einzelhandels** und dessen Einkaufspolitik müssen ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Die Forderung nach Tierwohl, ökologischen und gentechnikfreien Nahrungsmitteln auf der einen Seite und möglichst billigen Preisen auf der anderen Seite wird auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen. Dagegen stellen wir uns entschieden. Wir müssen auch die Frage stellen, inwieweit die Lebensmittelproduzenten in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den marktbeherrschenden Supermarktketten - das ist angesprochen worden - stehen und ob diese nicht ihre Marktmacht missbrauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss zum Schluss kommen. Ich denke auch, dass gerade die Sanktionen gegen Russland eine extreme Belastung für unsere Landwirte darstellen. Nicht nur aus diesen Gründen würden wir uns freuen, wenn sich die Landesregierung dafür einsetzt, diese Sanktionen aufzuheben. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, Wolfgang Kubicki [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gilt nur für den letzten Satz! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Abschiedsgeschenk an die PIRATEN!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Preisentwicklung des Milchmarktes** ist seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Den Milcherzeugern ist es kaum noch möglich, kostendeckend zu wirtschaften. Milch hat sich zu einem

Produkt entwickelt, das zu Ramschpreisen verhöckert wird. Die Folge: Viele kleinere Betriebe bangen um ihre Existenz, und um nicht in eine finanzielle Schieflage zu geraten, werden jetzt sogar schon die Rücklagen angegriffen. Es herrscht Ratlosigkeit und zum Teil Hoffnungslosigkeit in den Betrieben und den betroffenen Familien. Ein Ende ist bisher nicht absehbar. Es gibt keine klare Prognose, wann sich die Situation verbessert. So sieht es leider aus.

Mit dem **Wegfall der Milchquote** im letzten Jahr wurde der Milchmarkt von der Kette gelassen. Seitdem kann in der EU unkontrolliert viel Milch produziert werden. Es wurde seitdem zu viel Milch produziert, sodass wir heute Milch im Überfluss haben. Diese Überproduktion wirkt sich dementsprechend negativ auf den Erzeugerpreis aus. Das sind die Regeln des Marktes. Neben der **Überproduktion** tragen auch das russische Einfuhrverbot und die gesunkene Nachfrage aus China ihren Teil zur Milchkrise bei und haben seitdem die Situation weiter verschärft.

Es ist aber nicht der Landwirt oder der Milchbauer, der den Milchmarkt von der Kette gelassen hat. Dies ist auf einen politischen Beschluss zurückzuführen, die Milchquote aufzuheben. So hart es auch klingen mag: Ungeachtet der derzeitigen Situation war dieser Beschluss richtig. Über Jahrzehnte wurde vonseiten der EU in den landwirtschaftlichen Produktionsmarkt eingegriffen. Falsch gelenkte Subventionen oder Eingriffe haben die Landwirtschaft über Jahrzehnte vergiftet. Nun wird der Landwirtschaft das süße Gift nach und nach entzogen. Wir sehen die Folgen. Aber um es deutlich zu sagen: Der Weg dorthin zurück ist nicht der richtige Weg.

Wenn wir einen solchen Weg wieder einschlagen, dann schaffen wir nie mehr **Marktwirtschaft in der Landwirtschaft**, sondern subventionieren weiter landwirtschaftliche Produktion, auch mit Steuergeldern. Diese Art des Markteingriffs wie in der Vergangenheit ist nicht der richtige Weg. Deshalb müssen wir davon wegkommen. Daher halte ich die Idee, die Agrarpolitik umzustellen, für besser. Mehr Markt und dann eine Grundförderung ohne Bezug auf die Produktion - genau das wäre der richtige Weg.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Warum entsteht der Preisdruck auf alle möglichen landwirtschaftlichen Produkte? Der Druck entsteht, weil es **viele Anbieter** der Produkte gibt - nämlich Landwirte. Auf der anderen Seite des Marktes, bei den Nachfragern, haben wir es mehr oder weniger mit einem **Oligopol** von einigen wenigen großen Lebensmit-

(Lars Harms)

telketten zu tun. Diese Situation führt dann dazu, dass sich die Ketten im Drücken der Preise relativ einig sind und so nicht nur die Landwirte leiden müssen, sondern auch kleinere Lebensmittelketten mehr und mehr aus dem Markt gedrängt werden und verschwinden.

Dass jetzt bei Tengelmann und Co. durch unsere Bundesregierung genau diese Fusion auch noch zugelassen wird, ist eigentlich genau das große Problem, das wir haben, was eigentlich gar nicht sein dürfte.

(Beifall SSW, FDP und Angelika Beer [PI-RATEN])

Auch die Molkereien stehen vor dem Problem, dass sie keine anderen Möglichkeiten haben als mitzubieten oder auszusteigen. Dies führt letztendlich dazu, dass die niedrigen Preise an die Produzenten weitergereicht werden. Daher sollte man eigentlich mehr in das Kartell der Lebensmittelketten eingreifen, oder zumindest muss in Zukunft verhindert werden, dass die Konzentration bei den Nachfragern weiter fortschreitet. Es nützt nichts, wenn man auf der einen Seite ein Oligopol hat, auf der anderen Seite auch noch eines aufzubauen. Dann hebt man wieder den Markt aus. Es ist wichtig, dass aus einem Oligopol auf der Nachfragerseite eben wieder ein normaler Marktteilnehmer wird. Ich glaube, deswegen ist auch der Weg der CDU genau der falsche Weg.

Leider ist aber derzeit eine kurzfristige Lösung nicht in Sicht, die das Problem beheben kann. Dazu kommt, dass Schleswig-Holstein eigentlich keine direkte Handhabe hat. Das sind EU-Regeln. Auch der Bund kann nicht wirklich etwas bewegen. Alleingänge wären deshalb auch kontraproduktiv. Entscheidungen, eine kurzfristige Lösung, sind eigentlich nur auf EU-Ebene zu treffen. Doch der Monolith bewegt sich derzeit nicht.

Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass Landwirte finanziell belohnt werden, wenn sie für die Gesellschaft wichtige Leistungen erbringen. Mittlerweile ist der gesellschaftliche Wille immer stärker geworden, Umweltaspekte in der Landwirtschaft zu berücksichtigen und zu fördern. Wir sind hier bereits auf dem richtigen Weg, indem wir für **Agrar- und Umweltmaßnahmen** stärker fördern. Aber hier muss noch mehr getan werden. Das ist wirklich das einzig große Feld, auf dem wir auf Landesebene wirklich arbeiten können, wo wir wirklich die betroffenen Landwirte dann eben auch entsprechend unterstützen können.

Es nützt nichts, wenn wir uns hier hinstellen und politisch ein Wunschbild aufbauen und sagen: Es wäre doch schön, wenn sich alle in irgendwelchen riesigen Genossenschaften zusammenschließen. - Das bringt gar nichts, sondern es geht darum, zu akzeptieren, dass Mengenbegrenzungen auf dem Markt nicht mehr stattfinden werden, damit ein ganz normaler Wettbewerb herrscht. Wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten wollen, dann müssen wir sie dafür belohnen, was sie für die Gesellschaft tut. Das ist nicht nur Lebensmittelproduktion, das sind vor allen Dingen auch Agrar- und Umweltmaßnahmen. Da können wir auch als Land etwas tun, und da würden wir uns auch immer freuen, wenn die CDU da fest an unserer Seite steht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat jetzt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, auch aus Sicht der Landesregierung noch ein paar Anmerkungen zu einer wahrhaft bedrückenden Situation in der Landwirtschaft, zu einem - wenn ich das sagen darf - wahrhaft schlechten Antrag der CDU und einer wahrhaft widersprüchlichen Ausführung zu diesem Antrag zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit einem Jahr verdienen die Bauern nicht mehr genug für jeden Liter Milch, den sie melken. Das muss man sich einmal vorstellen, wenn man mit jedem Handgriff, den man tut, Minus macht. Was macht das mit einem Menschen? Welche **Arbeitsmotivation** ist dann wohl noch da? Das ist wirklich bedrückend, und die meisten **Landwirte** antworten darauf, indem sie, wenn sie schon so wenig für das bekommen, was sie tun, dann möglichst viel von dem produzieren, wofür sie so wenig bekommen. Das mag individuell vernünftig sein - betriebswirtschaftlich sozusagen -, um das Minus möglichst gering ausfallen zu lassen, aber volkswirtschaftlich ist es natürlich fatal, weil die Menge immer größer wird. Das heißt, die Situation wird immer bedrückender.

Wir haben im letzten Jahr - das ist das Wirtschaftsjahr 2014/2015, das wahre Krisenjahr 2015 ist da nur halb eingepreist - zweistelligen Zahlen von **Be-**

(Minister Dr. Robert Habeck)

triebsaufgaben im Milchbereich, also untere Grenze 10 %, die Daten sind noch nicht voll ermittelt, 10 bis 15 %. Bei 15 % der Milchviehbetriebe bestand im letzten Jahr die Gefahr, aufzugeben. Es gibt keine Besserung in der Prognose, das heißt, im nächsten halben Jahr - so weit gehen die Prognosen - werden keine besseren Preise entstehen. Jetzt stellen Sie sich vor, was das bedeutet: Das heißt, dass, wenn es so weitergeht, jedes Jahr 10 oder 15 % der Betriebe aufgeben. Das heißt, dass wir in fünf Jahren 50 % der Betriebe verloren haben, wenn das endlos weitergeht.

Leute kündigen ihre Lebensversicherung, Familienplanungen werden über den Haufen geworfen, weil gut ausgebildete Landwirte, Töchter oder Söhne, auf einmal sagen: „Ich übernehme den Hof doch nicht mehr, sondern mache etwas anderes.“ Urlaube werden abgesagt. Die Altenteiler müssen wieder mit anpacken. Ganze Biografien kommen durcheinander. Das ist im Moment die Situation in Schleswig-Holstein und weiten Teilen der Bundesrepublik. Ja, die Bundesrepublik ist ein starkes Milchland, besonders auch Schleswig-Holstein.

Die erste Frage, die geklärt werden muss, ist eine Frage, die ich vor allem an die CDU und auch an Herrn Kumbartzky stelle. Sie lautet: Ist das ein Problem? Haben wir überhaupt ein Problem? Die **reine Marktlehre** - das ist die Position des Bauernverbandes - sagt: Nein, es ist kein Problem. Es ist der **freie Markt**. Wir wollen den Markt nicht aussetzen. Die Konsequenz ist: Wenn der Markt das Geld nicht liefert, dann geben die Betriebe eben auf. Das ist der reine Markt. Ich halte das - ich habe es immer gesagt und sage das seit vielen Jahren - für eine falsche Antwort, und zwar aus zwei Gründen:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Die **Bauern** haben eine besondere Situation. Sie sind aus vielerlei Gründen in einer **Abhängigkeit** - das kann man kritisieren; auch ich finde das nicht glücklich -, nämlich in einer Abhängigkeit von dem Preis, der nachträglich gemacht wird; denn sie liefern ihre Milch ab und wissen gar nicht, was sie dafür kriegen. Das geht hin bis zur Abhängigkeit von externen Faktoren. Es ist ja nicht die Schuld der Bauern, dass die Ukraine-Krise zu einem Stagnieren des russischen Marktes geführt hat, und es ist auch nicht die Schuld der Bauern, dass einige Leute der KP in China den Wirtschaftsplan durcheinandergebracht haben. Die Bauern sind ja gar nicht selbst aktive Marktteilnehmer, sondern das Ende der Kette. Das heißt, sie sind zu schützen. Sie sind dem Markt nicht voll auszusetzen, sondern zu schützen.

Zweitens. Funktioniert der Markt nicht in dem Sinne, werden bisher viele **Güter**, die die **Gesellschaft** eigentlich will, nicht in den Erlös eingepreist werden.

Die einzige Philosophie, die wir bisher erlebt haben, ist: „Antworte auf Preisdruck durch mehr und billiger“. Dieses „mehr und billiger“ hat die Krise ausgelöst.

Deswegen - jetzt komme ich zu dem Antrag der CDU - gehen sowohl ihre Ausführungen wie Ihr Antrag an der eigentlichen Frage völlig vorbei. Die Frage ist: Akzeptieren Sie, dass es in diesem Fall eine **Marktkrise** ist, das heißt, dass in den Markt eingegriffen werden muss? Es ist doch nicht das Problem der Bauern, das Landesnaturschutzgesetz hat diese Krise nicht ausgelöst, auch nicht ein Gutachten zu einer Zwangsmittelsteuer, die es gar nicht gibt. Wir haben doch eine reale Situation, und Sie, Herr Rickers, ergehen sich in einem Wolkenkuckucksheim. Das mag zwar auf die Stimmung schlagen. Aber ob die reale Situation die Stimmung, wie eben beschrieben, wirklich versaut, darauf hat es doch gar keinen Einfluss. Der Preis wird doch nicht durch das Landesnaturschutzgesetz beeinflusst. So ein Unsinn!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Heiner Rickers [CDU]: Stimmungsmache!)

Die Frage ist: Akzeptieren Sie die Realität? Wenn Sie die **Realität** akzeptieren, dann müssen Sie die Frage beantworten: Hat Politik die Aufgabe, sich um diese Situation zu kümmern und sich einzumischen? Erstaunlicherweise - das ist das Widersprüchliche - sagen Sie in Ihrem Antrag: Landwirte müssen in schwierigen Zeiten unterstützt werden, und Sie fordern von der Landesregierung, von mir einen Eingriff, die Molkereien, freie Unternehmer - in Bauernhand übrigens -, jetzt zu ermutigen oder zu zwingen, sich zusammenzuschließen. Das finde ich grundsätzlich interessant. Können die das nicht allein machen? Ich meine, es ist doch Ihre bisherige Philosophie gewesen, dass man sich als Landesregierung und als Politik heraushalten soll. Jetzt auf einmal sagen Sie, darum müssten wir uns kümmern.

Das wird noch dadurch interessanter, dass die Meiereien doch eigentlich allesamt **genossenschaftliche Meiereien** sind. Das hatte Herr Kumbartzky hier ausgeführt. Sie fordern mich somit auf, die Bauern als Genossen zu bevormunden. Die können das doch in ihrer Meierei, die ihnen selber ge-

(Minister Dr. Robert Habeck)

hört, gar nicht regeln, sondern ich muss es für sie regeln. Das ist ein sehr interessanter Standpunkt.

Dennoch geht die Frage noch immer an dem Kern vorbei. Wenn wir uns schon - das ist seit Anbeginn dieser Legislaturperiode - in die Politik einmischen, dann müssen wir uns auch in die Realität einmischen, das heißt, wir brauchen keine neuen Vermarktungskonzepte entwickeln, sondern wir müssen weiter Markt machen. Das haben wir getan. Ich möchte deshalb gern zu Protokoll geben: Wir haben immer, ich habe immer, die regierungstragenden Fraktionen haben immer vor dieser Situation gewarnt. Als wir die **zweite Säule** umstrukturiert haben, haben wir immer von einer zweiten gesprochen, weil Betriebe dann, wenn es einmal nicht so gut läuft, die Chance haben müssen, andere Erwerbseinkommen zu erzielen.

Was war damals die Antwort der Opposition: Möglichst wenig Geld in diese zweite Säule geben! Wir wollen den freien Markt, lasst die Betriebe in Ruhe! Jetzt ist es ein großer Vorteil für einige, die sich dem ökologischen Programm oder auch der Direktvermarktung geöffnet haben, dass es Gelder zur Umstellung gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu dem Zitat, ich Sorge für schlechte Stimmung, indem wir einen Nitratbericht herausgeben, indem wir uns über die Frage der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln Gedanken machen, indem wir uns Klimaschutzauflagen über Grünlandumbrüche und Moorstandorte zumuten. Das mag wohl sein. Aber es gibt nun einmal diese Probleme. Es ist doch nicht unsere Schuld, dass wir einen Nitratüberschuss haben. Es tut mir leid, wenn das die Stimmung vermagelt. Dies aber auszusprechen und zu analysieren, ist meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn die Landwirte also nicht genügend Geld für ihre Produkte bekommen, weil der Markt die produzierte Menge von Milch nicht aufnehmen kann - das ist ja die Logik, und die ist richtig -, stellt sich die Frage: Was kann eine Politik, die verantwortungsvoll handelt, in diesem Fall tun? Sie muss einen Anreiz dafür geben, dass die Landwirte mehr Geld für ihre Milch bekommen und so die Milchmenge reduziert wird. Das ist doch der einzige logische Schluss. Die Lösung muss also in einem **Anreizprogramm** oder in einer Anregung liegen, we-

niger zu produzieren und dafür mehr zu bekommen. Das genau wendet sich an die Molkereien.

In der Regel haben Sie recht, wenn Sie sagen, das könnten die doch eigentlich selber machen. Die **Gewinnspannen** der **Molkereien** sind ja riesengroß. Sie betragen zwischen 13 und 70 %. Aber der Preis ist immer gleich. Auch das ist kartellrechtlich sehr interessant. Alle Landwirte kriegen plusminus das Gleiche, die Molkereien jedoch sind im Markt völlig anders aufgestellt.

Ja, an der Stelle muss sich Politik - da folge ich Ihrer Logik, nur folge ich nicht Ihrer Conclusio - einmischen und muss vermitteln. Ich finde es richtig, die Molkereien erst zu bitten und dann zu ermutigen und schließlich im Zweifelsfall durch eine Änderung der Gesetze auch zu zwingen, die **Marktmacht der Bauern** stärker zum Tragen kommen zu lassen. Das heißt, es muss Anreize geben: Leute, liefert weniger Milch an und bekommt ein bisschen mehr Geld für den Liter Milch, den ihr anliefern. Genau das ist die Linie, die wir fortsetzen werden plus aller anderen Programme. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht deshalb nun auch allen Fraktionen zur Verfügung. Als erster macht der Kollege Heiner Rickers von der CDU-Fraktion davon Gebrauch.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, **Agrarphilosophie** haben wir in den letzten vier Jahren nun genug gehört. Aber dieser Philosophie müssen auch Taten folgen. **Taten** helfen aber nur dann, wenn sie auch der Allgemeinheit der Bauern in Schleswig-Holstein in irgendeiner Form ein bisschen Hoffnung geben. Was Sie jedoch tun, ist eindeutig, den Nischen die Hoffnung auf noch mehr Nischen zu wecken, aber den großen Playern am Markt überhaupt keine Perspektive zu bieten. Das ist der Grundansatz, den Sie hier jedes Mal falsch und weit ab von der Realität zum Besten geben. Und das kann ich so nicht stehen lassen.

(Beifall CDU)

Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn über die **Genossenschaften Preissysteme** etabliert werden, die langfristig oder in der Krise vielleicht auch

(Heiner Rickers)

einmal kurzfristig die Preise so beeinflussen, dass der Bauer für das, was er am sogenannten Spotmarkt an schlecht verwertbarer Milch nicht absetzen muss, eine Entschädigung erhält, weil er das nicht liefert. Dann kann man das in den Unternehmen so regeln; es wäre kurzfristig machbar, ohne dass die Politik Einfluss nimmt.

Aber auch dafür müsste man die großen Player am Markt einmal an einen Tisch holen. Die großen Player wohnen aber nicht in Schleswig-Holstein und haben auch ihren Firmensitz nicht hier, sondern die sitzen in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen. Deswegen müssen **länderübergreifende Initiativen** ergriffen werden. Das sollte nicht ein bayrischer Landwirtschaftsminister oder ein Bundeslandwirtschaftsminister, auch wenn er aus Ihrer Sicht vielleicht mein Chef in seinem Ministerium sein sollte, in die Hand nehmen, weil der für seine Bayern ja durchaus andere Interessen vertreten muss.

Der Minister hat richtig dargestellt, dass die **Gewinnspanne** oder die Marge auf die Produkte, die die unterschiedlichen **Molkereien** herstellen, sehr unterschiedlich sein können; sie reichen von ganz schlecht bis ganz gut. Das liegt auch immer ein bisschen mit am Weltmarkt. Die bayrische Molke-reilandschaft ist ganz anders aufgestellt als die in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und zum Teil auch noch in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen. Das sind ganz große Unternehmen, die zum Teil ein Drittel oder ein Viertel oder über die Hälfte - nimmt man zwei große Player, zum Beispiel DMK - der gesamten Milch von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Baden-Württemberg, Bremen und im obersten Norden dieser Republik erfassen und verarbeiten. In Bayern macht man das ganz anders; da ist es kleinstrukturiert. Dort wird viel über Privatmeiereien gemacht, also Unternehmen, die frei am Markt agieren und vielleicht auch besser veredeln können. Dadurch wird der Markt ganz anders gestaltet.

Warum ist das in **Schleswig-Holstein** ein Problem? Ausgehend von der Durchschnittsgröße der **Betriebe** haben wir andere **Strukturen**. Dabei drehen wir uns ein bisschen im Kreis. Milch aus Schleswig-Holstein muss zu zwei Dritteln weg. Sie kann und darf hier nicht getrunken, nicht verarbeitet und auch nicht am Markt in Schleswig-Holstein platziert werden. Sie muss in irgendeiner Form auf die Reise.

Diese Reise wird gestaltet über die großen Unternehmen. Diese müssen Sie an einen Tisch holen, Herr Minister, um zu erklären, dass vielleicht auch der Weg über die Mengenbegrenzung bei den Meiereien ein Weg wäre. So können sie als Gegenpol zu den großen Monopolisten im Lebensmittel-einzelhandel durchaus auch einmal andere Preise fordern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte auf die Uhr achten. Das heißt, dass Sie zu Ihrem letzten Satz kommen müssen.

Heiner Rickers [CDU]:

Letzter Satz: Aldi legt sogenannte Eckpreise fest. Diese Eckpreise können nur von den großen Playern am Markt in irgendeiner Form nach oben gebracht werden. Dazu können Sie einen Beitrag leisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Die Kollegin Angelika Beer hat die Überweisung der Drucksachen 18/3816 und 18/3848 in den Umwelt- und Agrarausschuss beantragt. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer lehnt eine Überweisung ab? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist eine Ausschussüberweisung gegen die Stimmen der PIRATEN von der Mehrheit aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache, zunächst zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3816. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3848. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

der CDU. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind FDP-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich schließe für heute die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen guten Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:52 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
 111. Sitzung am 17. Februar 2016
Cannabis legalisieren - Konsumenten entkriminalisieren
 Antrag der Fraktion der PIRATEN
 Drucksache 18/3844
 (Seite **9311** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Nein	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Abwesend		
Johannes Callsen	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Nein	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Abwesend	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Nein	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Nein	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Nein	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Nein		
Hans Hinrich Neve	Nein	FDP	
Petra Nicolaisen	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heiner Rickers	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Klaus Schlie	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Peter Sönnichsen	Nein	Christopher Vogt	Abwesend
Rainer Wiegard	Nein		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Abwesend	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbek	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Simone Lange	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	65
Thomas Rother	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	6
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	59
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-